

Wortprotokoll
der 12. Sitzung
(öffentlicher Teil)

Arbeitsgruppe
Gesellschaftliche und technisch-wissen-
schaftliche Entscheidungskriterien sowie
Kriterien für Fehlerkorrekturen

Donnerstag, den 22. September 2015,
11.02 bis 17:20 Uhr
10117 Berlin, Unter den Linden 71
Sitzungsaal 123

Vorsitz:

- Michael Sailer
(Sitzungsleitung)
- Prof. Dr. Armin Grunwald

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 Begrüßung	Seite 4
Tagesordnungspunkt 2 Beschlussfassung über die Tagesordnung	Seite 4
Tagesordnungspunkt 3 Anhörung „Sicherheitsanforderungen des BMUB“ in der 17. Sitzung der Kommission am 19. November 2015	Seite 4
Tagesordnungspunkt 4 Beteiligung der AG 3 an den vorgesehenen Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung	Seite 7
Tagesordnungspunkt 5 Umgang mit neuer Beschlussvorlage „Weiteres Vorgehen im Hinblick auf das Nationale Entsorgungsprogramm“	Seite 17
Tagesordnungspunkt 6 Themenkomplex 3 (geowissenschaftliche Kriterien)	Seite 29
Tagesordnungspunkt 7 Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit der AG 1 zu Phase 1 im Standortauswahlverfahren	Seite 54
Tagesordnungspunkt 8 Inhaltsverzeichnis für Kapitel der AG 3 im Endbericht	Seite 60
Tagesordnungspunkt 9 Verschiedenes	Seite 64

Teilnehmer:

Dr. Detlef Appel
Dr. h.c. Bernhard Fischer
Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann
Steffen Kanitz
Dr. Ulrich Kleemann
Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla
Min Christian Pegel
Michael Sailer
Dr. Markus Trautmannsheimer
Prof. Dr. Bruno Thomauske
Ute Vogt
Min Stefan Wenzel
Dr. Thomas Pick
Dr. Axel Kern

RDir'in Mechthild Caspers	BMUB
MinDirig Peter Hart	BMUB
Sylvia Renate Margarete Stoldt	BfS

Dr. Volkmar Bräuer	BGR
--------------------	-----

MR Dr. Eberhard Janß	GSt
----------------------	-----

Gäste: Hans Hagedorn	DEMOS
-------------------------	-------

Tagesordnungspunkt 1 Begrüßung

Vorsitzender Michael Sailer: Ich begrüße jetzt erst mal ganz herzlich unsere Gäste.

Wir haben uns bei der Sitzungsterminfindung nicht daran gehalten, die Bundestagssitzungswochen zu berücksichtigen. Deswegen sind wir in diesem riesigen Saal untergebracht.

(Heiterkeit)

Das tut uns leid, aber es geht nicht anders.

Tagesordnungspunkt 2 Beschlussfassung über die Tagesordnung

Vorsitzender Michael Sailer: Gibt es Änderungsvorschläge oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung? - Dann haben wir die Tagesordnung so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 3 Anhörung „Sicherheitsanforderungen des BMUB“ in der 17. Sitzung der Kommission am 19. November 2015

Vorsitzender Michael Sailer: Dieser Tagesordnungspunkt resultiert daraus, dass wir hier schon öfters darüber gesprochen haben, dass der Wunsch nach einer Anhörung zu Sicherheitsanforderung des BMUB besteht. Gründe sind, glaube ich, genug genannt worden; das müssen wir jetzt nicht mehr begründen.

Die Vorsitzendenrunde hat beschlossen, dass wir die Anhörung in der Kommission durchführen. Also die AG 3 ist insofern terminlich entlastet. Es soll nach dem Arbeitsplan am 19. November in der Sitzung der Kommission stattfinden. Aber die AG 3 ist natürlich nicht entlastet in der Hinsicht, dass wir herauskriegen müssen, was wir da jetzt machen.

Mein Vorschlag wäre jetzt, dass wir erst mal die Anzuhörenden festlegen. Da gab es sowohl von Herrn Fischer als auch von mir Vorschläge für die Anhörung, wen man anhören könnte. Außerdem gibt es von Herrn Fischer ein paar Fragen,

die er in der letzten oder vorletzten Sitzung geäußert hat, und es gibt von Herrn Wenzel eine längere Begründung, warum man das angucken muss, und eine Auswahl oder ein Fragentableau.

Also das sind die Dinge, die wir als Material hatten. Wie kommen wir jetzt zu einer Fragenliste? Die sollten wir in guter Tradition rechtzeitig den Anzuhörenden überschicken. Wie kommen wir zu einer von uns abschließenden Liste der Anzuhörenden? Also bei der Liste der Anzuhörenden muss man immer aufpassen nach den Erfahrungen in den Anhörungen in der Kommission. Wenn wir zwölf Leute einladen, können wir ziemlich alles abhaken. Denn dann kriegen wir in vier Stunden Dubletten und Tripletten erzählt, können nichts nachfragen - außer in wenigen Einzelfällen - und kommen auch nicht zur Diskussion darüber, was wir gehört haben. Deswegen wäre mein Vorschlag, dass wir wie bei der Reversibilitätsanhörung gucken, dass wir vier bis sechs Experten oder Expertinnen einladen.

Wen sollen wir anhören? Da gibt es den Vorschlag, Herrn Baltes und Herrn Mönig anzuhören. Ich hatte auch vorgeschlagen, dass jemand aus der ESK mit dazukommt, und zwar vor dem Hintergrund, dass in der ESK die letzten Jahre eine ganze Menge Diskussionen zu den Sicherheitsanforderungen stattgefunden haben, außerdem Arbeit an den Leitlinien, die die Sicherheitsanforderungen untersetzen sollen. Ich stelle mir die Kollegin Reichert vor, ohne sie gefragt zu haben. Sie ist Mitglied der ESK, Professorin für Hydrogeologie. - Jetzt haben wir eine Wortmeldung aus Hannover, dann aus Koblenz.

Min Stefan Wenzel: Ich weiß nicht, ob Sie als Vorsitzender der ESK das machen können oder das BMUB oder das BfS, aber vielleicht könnte man noch mal vorstellen, welche Gruppen die Sicherheitsanforderungen von 2010 erarbeitet haben, also in welcher Struktur das erarbeitet wurde und welche Akteure da beteiligt waren, damit wir sozusagen die Gelegenheit haben, einmal Akteure auszuwählen, die damals an der Erstellung der Sicherheitsanforderungen 2010 beteiligt waren. Wenn wir beispielsweise sechs Anzuhörende nehmen, können wir zwei oder drei auswählen, die damals an der Erstellung der Sicherheitsanforderungen nicht beteiligt waren.

Denn wenn wir nur die fragen, die das damals geschrieben haben, werden wir hören: Alles wunderbar. - Das liegt meistens in der Natur der Sache.

Vorsitzender Michael Sailer: Frau Caspers, wir müssten es uns aufteilen möglicherweise.

RDir'in Mechthild Caspers (BMUB): Können Sie anfangen?

Vorsitzender Michael Sailer: Also die Diskussion fing 2006, 2007, 2008 oder noch früher an. Also unterschwellig lief die länger, weil die Sicherheitsanforderungen von 1988 schon ein bisschen arg alt waren. Es ist gesagt worden in der Diskussion, die sich dann so 2007/2008 langsam konkretisiert hat, es macht jetzt Sinn, Sicherheitsanforderungen für das zu suchende hoch aktive Endlager zu machen, also für die Abfälle, die wir jetzt vorzugsweise mit angucken müssen, weil es einfach mal aufgeschrieben sein muss, was der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik ist.

Es gab Arbeiten der GRS dazu, die aber kein Entwurf der Sicherheitsanforderungen waren. Es gab mehrere Diskussionen im BMU. Das ist in dem Referat gelaufen, das heute Frau Caspers leitet. Herr Arens - einige werden ihn kennen - war damals Referatsleiter, und dem lag es heftig am Herzen, einen klaren aktuellen Stand der Sicherheitsanforderungen hinzubekommen.

Die ESK ist in verschiedenen Stadien immer mal wieder dazu gefragt worden. Es gab dann eine kleine Arbeitsgruppe, bei der ich dabei war, bei der auch Herr Arens dabei war. Es war eine Mischung aus BMU, ESK und GRS. Es waren ungefähr sechs Leute. Die haben dann das, was aus der Diskussion gekommen ist, in einer langen Klausur durchgearbeitet.

Dann gab es einen Draft; die Anforderungen sind ja vor 2010 schon mal veröffentlicht worden. Nach dem Draft gab es BMU-intern - daran war die ESK also nicht mehr beteiligt - noch einige Diskussionen, vermutlich auch mit den Gremien im Bund-Länder-Ausschuss für Atomkernenergie; da bin ich mir aber nicht sicher. Die 2010er

Version war dann eine upgedatete Version gegenüber der Veröffentlichung von 2009. Aus meinem Verständnis veröffentlicht der BMU öfters Richtlinien - also das gehört in die rechtliche Qualität wie viele anderen Sachen auch -, die nukleares Regelwerk sind. Aber vielleicht können Sie das besser beschreiben, Frau Caspers.

RDir'in Mechthild Caspers (BMUB): Also nach meinem Kenntnisstand ist es damals so gewesen, dass es dazu durchaus Fassungen gegeben hat mit den Ländern, dass diese aber nicht veröffentlicht worden sind, weil es keinen gleichen Adressatenkreis wie bei anderen Richtlinien gibt. Vielmehr haben wir nur einen Vorhabenträger, und der ist darüber informiert worden, dass es diese Sicherheitsanforderungen gibt. Damit waren dem Vorhabenträger die Anforderungen bekannt.

Vorsitzender Michael Sailer: Also die Überlegung war praktisch folgende: Wenn es jetzt um Kernkraftwerke gegangen wäre, wäre der formale Weg natürlich richtig gewesen, weil man da vier oder mehr Betreiber adressieren müsste. Damals gab es einen staatlichen Betreiber. Also das kann man jetzt mal in Kurzfassung zur Genese sagen. Das heißt, man muss Leute fragen, die dabei waren, und Leute, die nicht dabei waren. Das halte ich für ein wichtiges Sortierungskriterium bei den Einzuladenden.

Min Stefan Wenzel: Der übliche Weg wäre damals gewesen, dass diese Sicherheitsanforderungen im Ministerialblatt veröffentlicht worden wären, was sie aber nicht sind. Sie sind dann nur dem Betreiber mitgeteilt worden.

Vorsitzender Michael Sailer: Geht es ein bisschen lauter?

Min Stefan Wenzel: Also, die sind ja damals entgegen den Gepflogenheiten nicht im Ministerialblatt veröffentlicht worden, sondern nur im Internet, weil offensichtlich keine Einigung mit den Ländern erzielt worden ist. Daher ist der Rechtscharakter dieser Sicherheitsanforderungen etwas merkwürdig. Das sollte uns, denke ich, bewusst sein, wenn wir die beraten.

Interessant ist auch die Diskrepanz oder die Veränderung zu den Sicherheitsanforderungen von 1983. Auch das sollten wir uns noch mal angucken in der Anhörung, warum sozusagen bestimmte Kriterien oder Anforderungen dort nicht mehr auftauchen oder andere Anforderungen formuliert werden.

Es wäre vielleicht notwendig, dass wir gucken, bis zu welchem Zeitpunkt wir abschließend Personen benennen können, die jetzt diese Anforderungen erfüllen, also einmal aus dem engeren Kreis derer, die damals mitgearbeitet haben, und dann vielleicht den weiteren Blick oder auch den Blick im internationalen Kontext, was für Sicherheitsanforderungen in anderen Ländern zugrunde gelegt werden.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich wollte vielleicht auch noch ein bisschen was zur Genese beitragen; denn ich habe phasenweise die Entstehung der Sicherheitsanforderungen mit begleitet. Wie Herr Sailer schon sagte, gab es einen ersten Entwurf der GRS aus dem Jahr 2006. Das BfS hat daraufhin eine Überarbeitung vorgenommen, hat auch einen Workshop dazu durchgeführt, und das floss dann ein in die Sicherheitsanforderungen, die vom BMUB zunächst 2008 als erster Entwurf und dann endgültig 2010 vorgelegt wurden.

Es hat damals im Jahr 2007 einen umfangreichen Workshop gegeben; ich glaube, Herr Sailer war auch zugegen. In Hannover hat der stattgefunden, wo also über die Sicherheitsanforderungen diskutiert wurde. Wesentliche Neuerung gegenüber 1983 war, dass das Prinzip des einschlusswirksamen Gebirgsbereiches da mit eingeflossen ist als Ergebnis des AkEnd-Prozesses - das war ein zentraler Punkt - und dass eben der Nachweis an die Grenze dieses einschlusswirksamen Gebirgsbereiches gelegt wurde, dass dann bestimmte Anforderungen an der Grenze dieses einschlusswirksamen Gebirgsbereiches nachgewiesen werden müssen. Das war ein zentraler Punkt.

Ein weiterer zentraler Punkt war, dass man mit probabilistischen Werten argumentiert hat. Das war auch eine breite Diskussion bei dem Workshop damals 2007: Geht man mit deterministischen Konzepten ran, oder geht man mit probabilistischen Ansätzen ran? - Deshalb hatte ich auch

schon mal vorgeschlagen, Herrn Prof. Kirchner auf jeden Fall als Experten mit hinzuzuholen bei der Anhörung, der maßgeblich mitgewirkt hat an diesem Konzept, dass man eben damit mit Wahrscheinlichkeitsrechnungen herangeht.

Aber ich verweise noch mal auf die umfangreichen Berichte, die man vielleicht auch noch mal nachlesen sollte. Es gab einen BfS-Bericht zu diesem Workshop, wo diese Diskussionen auch geführt wurden.

Warum es letztendlich dann nur ein Schreiben des BMU damals an den Vorhabenträger BfS gegeben hat und warum man das nicht im Ministerialblatt veröffentlicht hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Wie das dazu gekommen ist, da müsste man wahrscheinlich einen Vertreter des BMU, der damals da mitgewirkt hat, vielleicht auch einen ehemaligen Abteilungsleiter als Experten heranziehen, um noch mal die Genese aufgearbeitet zu bekommen.

Das ist im Wesentlichen der Werdegang. Es gab eine lange Vorgeschichte: GRS-Bericht als erste Grundlage, dann BfS-Bericht dazu mit Workshop und Diskussion, dann Überarbeitung durch das BMU, Beratung in der ESK mit Stellungnahme dazu und am Ende dann ein Schreiben an den Vorhabenträger, dass diese Sicherheitsanforderungen für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle zu berücksichtigen sind.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich wollte eigentlich nur einen Vorschlag zum Prozess machen. Ich werde ein bisschen nervös, dass wir hier so viel Zeit momentan verwenden. Aus meiner Sicht haben wir den Beschluss gefasst, dass wir diese Anhörung machen. Es herrscht, glaube ich, auch Einigkeit darüber, dass wir unterschiedliche Beteiligte brauchen, die daran teilnehmen. Ob wir uns jetzt hier noch lange darüber unterhalten müssen, warum das im Gesetzblatt veröffentlicht worden ist oder nicht, halte ich im Moment für unerheblich. Das können wir meines Erachtens nach vielleicht noch in der Anhörung nachfragen. Aber wir sollten jetzt hier zu einem Beschluss kommen und weitermachen.

Vorsitzender Michael Sailer: Also ich finde es auch sinnvoll. Mein Vorschlag wäre jetzt, wir diskutieren aus, wen wir einladen, oder es sagen hier einige Beteiligte, sie würden sich schriftlich äußern. Dann müssen Herr Grunwald und ich nächste Woche eine Auswahl treffen, wenn wir 16 Meldungen kriegen.

Das Kriterium, das ich jetzt von Herrn Wenzel gehört habe, ist, glaube ich, wichtig. Das teilen wir auch alle, dass sowohl Leute, die daran mitgemacht haben, als auch Leute, die eben nicht daran mitgemacht haben, zu hören sind.

Jetzt die Frage: Sind wir angesichts der Tagesordnung, die wir heute haben, in der Lage, die Liste fertig zu machen, oder verdiskutieren wir jetzt eine Stunde?

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Wir haben doch drei Vorschläge. Die müssen nur ergänzt werden.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich hätte noch einen vierten gemacht. Ich hätte Herrn Renneberg genannt.

Vorsitzender Michael Sailer: Aber der kann nur zum Werden was sagen.

Also ich habe jetzt ein kleines Problem. Ich weiß nicht, wie die anderen diesen Punkt haben wollen, aber wir sind hier nicht der Untersuchungsausschuss, um zu fragen, wie was zustande gekommen ist, sondern wir müssen festlegen, ob wir in unserem Bericht empfehlen, die Sicherheitsanforderungen zu ändern. Diese sind auf jeden Fall eine Festschreibung auf dem Stand von Wissenschaft und Technik, solange das nicht bezweifelt wird. Wir müssen dann sagen, bei welchen Punkten in den Sicherheitsanforderungen Anpassungsbedarf besteht. Das heißt, die Anhörung sollte man darauf konzentrieren, dass wir herausarbeiten, was heute aus unserer Sicht anders gesehen wird, als es da aufgeschrieben ist, jetzt unabhängig von der Genese, wie es wohin gekommen ist. Also das wäre das Hauptziel.

Es gibt bestimmte Fragestellungen oder Hinterfragungen bei Themen wie den probabilistischen Sachen, wie den zwei verschiedenen Grenzwerten

für die unterschiedlichen, die wahrscheinlichen und weniger wahrscheinlichen Szenarien. Es gibt auch die Frage, ob der einschlusswirksame Gebirgsbereich richtig abgebildet ist. Man kann auch die Frage stellen: Sind die für Granit anwendbar? - Denn sie sind ganz klar wie beim AkEnd vor dem Hintergrund Salz und Ton formuliert worden. Da gibt es aus meiner Sicht schon eine ganze Menge, und wenn man auf die Liste aus dem Umweltministerium guckt, gibt es auch Themen in die Richtung.

Sollen wir es jetzt einfach so machen, dass wir die Namen festhalten, die genannt worden sind? Bis zum 2. Oktober wären die Namen zu ergänzen. Wenn eine Entscheidung getroffen wird, müssen wir allerdings ein Verfahren finden, wie wir das bei zu vielen Leuten so wieder runterkochen, dass wir die zentralen Punkte aus den unterschiedlichen Sichtweisen drin haben. Deswegen hatte ich jetzt bei Herrn Renneberg auch gewisse Probleme, weil das nicht der zentrale Punkt ist aus meiner Sicht. Und dann entwerfen wir eine Fragenliste. Herr Fischer, was meinen Sie dazu?

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich kann mir vorstellen, dass wir bis zu acht Personen befragen, aber ansonsten können wir gerne so verfahren, wie es der Vorsitzende vorgeschlagen hat.

Vorsitzender Michael Sailer: Okay. Dann arbeiten wir im Verlauf der nächsten paar Arbeitstage an der Fragenliste, und die Personenliste ist zeitführender an der Stelle.

Tagesordnungspunkt 4 Beteiligung der AG 3 an den vorgesehenen Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung

Vorsitzender Michael Sailer: Der Grund, dass ich das noch mal draufgesetzt habe, ist folgender: Erstens. Wie Sie sich erinnern, gab es Umfragen in der Kommission, wer Botschafter sein will. Ich hatte auch E-Mails rumschicken lassen mit der Frage: Ist jemand bereit? - Das hat zu wenig Resonanz geführt. Die Resonanz war nicht null. Herr Kudla hat sich gemeldet und Herr Thomauske hat sich schon in der Sitzung der AG 1 gemeldet. Es geht jetzt eigentlich um zwei völlig unterschiedliche Dinge. Deswegen hatte ich auch

Herrn Hagedorn und Herrn Trénel gebeten, hier vorbeizukommen. Denn sie sind diejenigen, die von der Kommission beauftragt sind, die Formate durchzuführen.

Jetzt würde ich nicht in die große Formattheorie einsteigen wollen. Da haben wir nicht die Zeit dazu und das nützt auch wenig. Wir haben jetzt, wenn ich es richtig verstanden habe, zwei verschiedene Baustellen, über die wir reden müssen. Ich würde diese gern, weil die eigentlich nichts miteinander zu tun haben, auch getrennt besprechen wollen.

Wir haben die eine Baustelle mit den Regionalveranstaltungen, für die Botschafter gesucht werden. Da wäre einfach die Bitte, dass Sie kurz schildern, worum es geht. Für was werden Mitglieder der AG 3 da gebraucht? Bitte machen Sie es möglichst motivierend, damit wir auch welche kriegen.

Hans Hagedorn (Demos): So machen wir das immer. Das ist unser Job, motivierend zu sein.

Wie gesagt, es geht um zwei Formate. Das Format „Regionenworkshop“ richtet sich an die Zielgruppe Vertreter der Regionen, und zwar sowohl auf der Verwaltungsseite als auch auf der bürgerschaftlichen Seite. Da sind insbesondere die Regionen angesprochen, die jetzt schon von der Lagerung von Abfallstoffen betroffen sind, also Zwischenlagerstandorte. Die AG 1 hat lange darüber diskutiert und spricht allgemein alle Landkreise an, damit auch potenzielle Regionen, die sich selbst zu diesem Thema durchringen und dafür interessieren, daran teilnehmen können.

Inzwischen gibt es ganz interessante Rückläufe aus ganz Deutschland. Ziel der Sache ist es, schon in dieser Phase der Kommissionsarbeit in gewisser Weise einen Vorlauf zu schaffen für die spätere Standortsuche. Denn an dieser Standortsuche müssen natürlich die Regionen sehr intensiv beteiligt werden, müssen - in welcher Form auch immer - ihre Zustimmung dazu geben, und um das schon jetzt in dieser Phase der Kriterienentwicklung einzuüben und frühzeitig über die Kriterien und die Verfahren zu informieren, werden eben schon während der Kommissionsarbeit diese drei Workshops mit den Regionenvertretern

durchgeführt. Von der Idee her ist es ein geteiltes Thema für die AG 1, Öffentlichkeitsarbeit, und für die AG 3 im Sinne der Standortkriterien.

Natürlich ist das keine Fachöffentlichkeit. Da kommen wir gleich zum zweiten Format, wo Herr Trénel später - -

Vorsitzender Michael Sailer: Das zweite Format lassen Sie erst mal weg.

Hans Hagedorn (Demos): Genau, lassen wir es erst mal weg. - Das ist also ein Publikum, eine Zielgruppe, die regional interessiert ist, die die Problematik analysieren soll, was es heißt, potenzielle Standortregion zu sein, welche Chancen und Risiken darin liegen und welche Schlussfolgerungen die Kommission aus dieser Analyse ziehen kann, um ihre Empfehlungen entsprechend zu formulieren. Deshalb brauchen wir aus der AG 3 einen Botschafter bzw. eine Botschafterin, der bzw. die die Themen der AG 3 dort vertreten kann.

Vorsitzender Michael Sailer: Pro Veranstaltung oder genau für diese eine Veranstaltung?

Hans Hagedorn (Demos): Es wäre schon wichtig, eine personelle Kontinuität zu haben, sprich bei allen drei Workshops dabei zu sein. Denn es kann nicht haarscharf abgetrennt werden, dass es nur bei dieser einen Veranstaltung um die Themen der AG 3 geht, sondern gerade im ersten Workshop wird es einen Lauf durch die gesamte Kommissionsarbeit geben. Auch da ist es wichtig, schon aus der AG 3 zu berichten. Und um so eine persönliche Kontinuität aufzubauen, ist es wichtig, dass diese Person an allen drei Workshops teilnimmt. Die sind am 12. Oktober, 20. November und 15. Januar.

Vorsitzender Michael Sailer: Sie haben es jetzt gehört: Stand ist, dass Herr Thomauske und Herr Kudla sich gemeldet haben, wenn ich das richtig verstanden habe.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Für die Fachveranstaltung.

Vorsitzender Michael Sailer: Also Herr Kudla nicht, sondern nur Herr Thomauske. Also noch mal: Herr Thomauske hat sich bereiterklärt, Botschafter der AG 3 zu sein. Das ist der Stand.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Für den Regionenworkshop.

Vorsitzender Michael Sailer: Für die drei Regionenworkshops. Also wenn sich niemand anders meldet, Herr Thomauske, dann haben Sie unser vollstes Vertrauen.

Min Stefan Wenzel: Was die Termine angeht, so sind sozusagen alle Kommissionsmitglieder eingeladen. Wie läuft das ab? Wer wird wann informiert über Ort, Zeitpunkt, Tagesordnung usw.?

Hans Hagedorn (Demos): Die Terminplanung ging Ihnen allen zu. Bei den einzelnen Workshops sind grundsätzlich alle Kommissionsmitglieder herzlich willkommen, um dort eine möglichst hohe Präsenz zu zeigen. Allerdings ist eine gewisse Verbindlichkeit wichtig. Es wäre jetzt unschön, wenn in den einzelnen Formaten mehr oder weniger erratisch mal der eine oder andere auftaucht. Das würde so ein Format eher beschädigen. Denn es gibt nicht nur dieses Regionalformat, sondern es gibt auch Formate mit den jungen Erwachsenen und Teilnehmungspraktikern.

Also es sind schon jeweils Arbeitsatmosphären, die da aufgebaut werden sollen. Das heißt, es wäre schon wichtig, dort eine verbindliche Botschafterbenennung zu haben, gerne auch mehr als nur eine. Es können auch zwei Botschafter sein bei diesem Regionalworkshop. Ich würde es aber nicht sozusagen auf zehn Mitglieder irgendwie aufblasen. Denn das macht das Format dann schwierig zu handeln.

Min Stefan Wenzel: Was für mich noch interessant ist: Wie erfolgt die Einladung? Wer wird dazu eingeladen? Sie sagen Fachöffentlichkeit.

Vorsitzender Michael Sailer: Nein, wir sind nicht bei dem Thema. Das ist der zweite Punkt. Der erste Punkt ist die Regionalveranstaltung.

Min Stefan Wenzel: Da sind alle Landkreisvertreter der Bundesrepublik eingeladen, wenn sie wollen.

Hans Hagedorn (Demos): Genau. Das wurde gerade gestern auch in der AG 1 kritisch diskutiert. Denn aus verschiedenen Perspektiven gab es auch Kritik in der Öffentlichkeit, wie da eingeladen wurde.

Die AG 1 hat während der Erstellung des Beteiligungskonzepts lange diskutiert, wie die Zielgruppe dort genau definiert wird. Einerseits wollte man einen gewissen Schwerpunkt auf die Regionen setzen, die auch schon Erfahrungen mit der Lagerung von Atommüll haben, also Zwischenlagerstandorte.

Andererseits wurde gesagt: Wir wollen nicht nur diese Stimme haben. Denn das ist eine ganz spezielle Perspektive. Das sind Regionen, die perspektivisch den Atommüll sozusagen aus ihrer Region heraushaben wollen. Aber die Perspektive von Regionen, die sich mit dem Gedanken anfreunden sollten, diesen Müll in das Endlager zu nehmen, sollte auch nicht fehlen. Deshalb wurde nach langen Abstimmungsabläufen entschieden, alle Landkreise anzuschreiben, und die Landkreise haben die Aufgabe, nicht nur aus der Verwaltung, sondern auch aus der Bürgerschaft eine Delegation zusammenzustellen.

Vorsitzender Michael Sailer: Okay, aber wir sollten jetzt nicht die Details diskutieren, die in die AG 1 gehören. Wissensfragen sind okay. Das Format ist von der AG 1 beschlossen, die Kommission hat den AG-1-Vorschlag angenommen. Also bleibt uns der Job, mit Botschafter oder ohne Botschafter dort zu sein. Mehr Entscheidungsspielraum haben wir hier nicht aus meiner Sicht.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Wo finden die Workshops statt? Steht das schon fest?

Hans Hagedorn (Demos): Die ersten beiden in Berlin, der dritte wird mit den Teilnehmern dann festgelegt.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ganztätig?

Hans Hagedorn (Demos): Jeweils einen Tag, ja.

Vorsitzender Michael Sailer: Haben wir das erste Format so weit verstanden und durchgesprochen? Also das erste Format waren diese Regionalveranstaltungen.

Jetzt kommen wir zum zweiten Format. Beim zweiten Format geht es um die Fachöffentlichkeit. Dazu kriegen wir eine Vorstellung. Bitte denken Sie daran, dass wir heute noch viel machen müssen. Ich würde anschließend meine Meinung dazu sagen oder einen Vorschlag dazu machen.

Matthias Trénel (Zebralog): Guten Tag! Mein Name ist Matthias Trénel, ich bin von der Firma Zebralog. Wir haben an der Ausschreibung der Geschäftsstelle der Kommission zur Durchführung einer der Öffentlichkeitsbeteiligungen, die die Kommission im Rahmen ihres Konzeptes plant, teilgenommen.

Worum geht es eigentlich bei dem, was wir vor allem mit Ihnen zusammen in der AG 3 umsetzen werden? Was brauchen wir als Arbeitsgrundlage, als Planungsgrundlage? - Die berühmt berüchtigten Botschafter natürlich.

Es geht um den Workspace mit der Fachöffentlichkeit gemäß Kapitel 3.2 des Beteiligungskonzeptes. Wir werden das umsetzen auf der Grundlage des Konzeptes, und da möchte ich drei Ziele, die genannt werden, dieser Fachveranstaltung, dieses Workspaces für die Fachöffentlichkeit, hervorheben.

Es sollen die Kriterien für die Standortsuche diskutiert und Anregungen für den Kommissionsbericht eingeholt werden. Es geht darum, eine breite Fachöffentlichkeit einzubeziehen über den Kreis der Kommission und auch derjenigen, die Sie angehört haben, hinaus. Es ist das Ziel, die Perspektivenvielfalt zu maximieren. Also je größer die Perspektivenvielfalt ist, desto mehr Legitimation entsteht durch solch ein Verfahren. Darüber hinaus sollen auch Laien einbezogen werden, also nicht nur Personen, die das professionell an Lehrstühlen oder im Rahmen ihrer Arbeit in Ämtern betreiben, sondern auch Personen mit

Vorwissen in diesem Bereich und zivilgesellschaftlichem Hintergrund beispielsweise.

Es geht auch darum - das ist mir auch wichtig zu sagen -, eine wissenschaftliche Diskussion nachvollziehbar zu gestalten für die Öffentlichkeit, die Öffentlichkeit zu informieren über die möglichen Sicherheitskriterien und die Diskussion so aufzubereiten, dass man später nicht sagen kann: Davon haben wir nichts gewusst, oder wir hatten keine Chance, uns irgendwie daran zu beteiligen.

Zum Ablauf der Öffentlichkeitsbeteiligung - ich habe das Handout ausgeteilt; das ist jetzt die dritte Seite -: Es ist eine Veranstaltung, die aus zwei Teilen besteht. Der erste Teil ist eine andert-halbtägige Konferenz, und der zweite Teil ist ein Onlinedialog, der in dem Moment, in dem die Konferenz aufhört, beginnt und etwa drei Wochen andauern wird.

Es ist geplant, 100 Personen aus der Fachöffentlichkeit zur Konferenz und zum Onlinedialog einzuladen. Diese werden dann also auch an dem Onlinedialog teilnehmen, die Möglichkeit haben, das, was auf der Konferenz behandelt wird, im Onlinedialog fortzuführen. Darüber hinaus besteht im Onlinedialog die Möglichkeit, über den eingeladenen Personenkreis hinaus jede interessierte Person aus der Öffentlichkeit daran zu beteiligen. Da gibt es also keine Beteiligungsbeschränkung, keine Grenzen.

Damit man sich mal ungefähr vorstellen kann, wie solch eine Konferenz und so ein Onlinedialog laufen kann: Man darf sich das nicht als wissenschaftliche Konferenz mit Fachvorträgen vorstellen. Natürlich gibt es auch einen Teil, in dem für alle Teilnehmer eine gemeinsame Informationsgrundlage hergestellt werden soll, aber es geht vor allem darum, Teilbereiche der Kriterien in Arbeitsgruppen vertiefend zu diskutieren, die Vorteile und Nachteile der vorgeschlagenen Sicherheitskriterien zu diskutieren und zu überlegen, was für Änderungsvorschläge oder Ergänzungsvorschläge daraus resultieren.

Das anschließende Onlineforum darf man sich bitte nicht wie das jetzige Diskussionsforum auf der Webseite der Endlagerkommission vorstellen. Vielmehr müssen Sie es sich so vorstellen: Es

gibt Arbeitsgruppen auf der Konferenz. Es werden natürlich auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppen auf Stellwänden festgehalten. Diese werden abfotografiert, und genau so erscheinen sie dann auch im Internet, und da werden die dann weiterdiskutiert. Da werden dann Formulierungsvorschläge gemacht, da werden Ergänzungsvorschläge gemacht. Dieselben Moderatoren, die auch die Arbeitsgruppen betreuen auf der Konferenz, sind dann auch online für die Arbeitsgruppen zuständig. Die Arbeitsgruppen leben dann in dem Onlinedialog weiter.

Am Ende dieser ganzen Veranstaltung, die, wie gesagt, beides beinhaltet, also Konferenz und Onlinedialog, der circa drei Wochen dauert, gibt es dann einen Bericht oder ein Meinungsbild über die Auswahl und andere Kriterien und Vorschläge für alternative Kriterien und Ergänzungen und Änderungsvorschläge.

Damit wir das mit Ihnen zusammen durchführen können, habe ich auf der vorletzten Folie kurz zusammengetragen, was wir denn sozusagen als Voraussetzung dafür brauchen.

Ich brauche dafür erstens einen Ansprechpartner bzw. eine -partnerin - das können auch mehrere sein aus der Arbeitsgruppe 3 - zur Vorbereitung der Öffentlichkeitsbeteiligung. Da müssen wir sicherlich viele Detailfragen klären: Wie laden wir die Fachöffentlichkeit ein? Wie genau ist der thematische Zuschnitt? - Dafür brauche ich Ansprechpartner aus Ihrem Kreise.

Wir brauchen als Grundlage den Entwurf der Kriterien. Wir benötigen zwei bis drei Personen aus Ihrem Kreise - es können auch dieselben Ansprechpartner sein -, die auf jeden Fall anwesend sein werden auf der Konferenz und das auch online mitverfolgen werden. Es geht darum, diese Rolle des Botschafters zu übernehmen, um die Ergebnisse hier in diese Arbeitsgruppe hineintragen zu können.

Schließlich ist natürlich auch wichtig, dass wir uns auf einen Termin für diese Konferenz einigen, an die sich der Onlinedialog anschließt. Es gab jetzt eine erste Terminsondierung zusammen mit dem Beteiligungsmanagement, das Herr Ha-

gedorn betreut: 13. und 14. November. Der Termin ist jetzt im Raum, und es ist jetzt die Frage, ob der infrage kommt dafür.

Ansonsten stehe ich natürlich gerne für alle möglichen Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Vorsitzender Michael Sailer: Vielen Dank. - Also ich wollte mal meine Gedanken dazu loswerden. Ich glaube, wir brauchen unbedingt eine Diskussion in der Fachöffentlichkeit über das, was wir als Kriteriensatz machen. Deswegen ist die Grundidee auch sinnvoll und brauchbar.

Wenn wir aber gucken, wo wir jetzt sind, dann ist es absolut illusorisch, im November darüber zu reden. Denn wir können so eine Veranstaltung nur durchführen, wenn wir einen vorläufigen Draft der Kriterien haben. Wir müssen das Fachpublikum und auch interessierte Fachkundige aus der Zivilgesellschaft nicht fragen: „Was denkt ihr über Kriterien?“, sondern wir müssen sagen: Wir haben jetzt lange diskutiert, und über den Vorschlag wollen wir diskutieren.

Beide Teilformate müssen dann ablaufen und müssen in unsere Selbstreflexion, was wir in die endgültige Version des Berichts hineinschreiben. Es muss früh genug sein, damit wir noch korrigieren können. Das ist schließlich der ganze Sinn der Öffentlichkeitsbeteiligung, und die Fachöffentlichkeit ist in dem Fall eine wichtige Beteiligung.

Meine Vorstellung wäre eher, dass wir Ende Januar/Anfang Februar diese Präsenzveranstaltung machen, und zwar nicht nur mit Botschaftern, sondern mit allen. Wenn dann die Hälfte kommt, ist es okay. Denn wir müssen auch die Fachkollegen und -kolleginnen anhören.

Zur Einladung. Es wird öffentlich eingeladen, es gibt keine Limitierung. Denn sonst kriegen wir nur die Debatte, wer warum nicht eingeladen worden ist. Ich würde sagen, dass die Personen aus einschlägigen Gremien eingeladen werden, dass wir die Lehrstühle einladen, die sich mit den Themen in Deutschland befassen. Wir laden die 16 Landesämter und die BGR ein; ich weiß nicht, ob irgendein Bundesland ein gemeinsames

Bergamt oder Geologieamt hat. Wir teilen das in Richtung Zivilgesellschaft so mit, dass dann hoffentlich all diejenigen, die sich in der Zivilgesellschaft mit den wichtigen Details befassen, auch mit dabei sein können oder wollen. Das heißt, wir laden breit ein. Ich würde das auch nicht auf 100 Eingeladene limitieren; denn so, wie ich es beschrieben habe, werden es eher deutlich mehr. Ich habe noch eine Gruppe vergessen, nämlich die geologischen Fachverbände. Denn die Geologen streiten sich in Miniwissenschaften nebeneinander und haben auch Miniberufsverbände.

Dann kommen halt 80 Leute, oder dann kommen 150 Leute; das wird man dann ein bisschen beherrschen müssen. Und dort diskutiert man das, was wir Ende Januar/Anfang Februar als Entwurf unserer geologischen Kriterien haben. Das ist Stoff genug.

Natürlich macht es auch Sinn, in Arbeitsgruppen oder anderen Formaten hinzugehen, aber wir brauchen jetzt nicht nur eine Metaplanzusammenfassung von irgendeiner Diskussionsveranstaltung, um das auch deutlich zu sagen. Sondern es geht teilweise um hochspezifische fachliche Dinge, bei denen die, die kommen werden, auch mitdiskutieren, egal, was sie für eine Funktion haben, und die wir umsetzen müssen. Das heißt, das, was da an Diskussionsbeiträgen kommt, muss scharf zugeordnet sein. Was heißt das für diese oder jene Passage in dem Draft, den wir als Diskussionsgrundlage zur Verfügung stellen? Also das muss geleistet werden.

Ich finde, auch das anschließende Onlineformat sollten wir nutzen. Denn es gibt ganz vielen, die da nicht kommen konnten oder nicht kommen wollten, die Möglichkeit, da mitzumischen.

So viel dazu, wie ich es mir vorgestellt habe, als ich das Konzept gehört habe, wie wir es eigentlich nutzen können für das, was wir in unserer Produktion der Kriterien auch machen müssen.

Jetzt gehe ich in die Diskussionsleitung. - Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Vieles von dem, was Sie gesagt haben, stelle ich mir ähnlich vor.

Ich bin auch gegen eine Begrenzung der Personenzahl auf 100 oder 150. Jeder, der kommen will, soll kommen können.

Ich habe Ihnen bereits per E-Mail geschrieben, dass der vorgesehene Termin 13./14. November teilweise mit dem Geomechanik-Kolloquium in Leipzig kollidiert, wo üblicherweise viele vertreten sind. Deswegen weiß ich nicht, ob der Termin so günstig ist. Sie haben gesagt, wir sollten es bis Ende Januar einschieben. Ich würde ihn spätestens Anfang Januar machen. Im Dezember würde ich es nicht machen, weil Dezember Weihnachtszeit ist. Anfang Januar würde ich es spätestens machen, damit wir noch genügend Zeit haben, die Änderungen einzupflegen.

Nach wie vor habe ich ein bisschen Schwierigkeiten mit dem Format, und zwar nicht mit dem anschließenden Onlineworkshop - der ist so in Ordnung, da gehe ich mit -, sondern mit den sechs Arbeitsgruppen. Wie stellen Sie sich das vor? Sollen in der einen Arbeitsgruppe die Mindestanforderungen, in der nächsten die Ausschlusskriterien und in der dritten die Abwägungskriterien diskutiert werden?

Das wird nichts. Das muss zusammen diskutiert werden, weil hier Wechselwirkungen da sind. Also da sehe ich noch nicht so recht, wie man das in Arbeitsgruppen tatsächlich aufsplittet. Ich sehe eher, dass wir ein großes Plenum machen. Dann stellt einer die Kriterien, den Draft vor, den wir hier etappenweise erarbeitet haben, und dann kommt eine breite Diskussion. Beispielsweise werden 20 Minuten die Mindestkriterien vorgestellt, und dann kommen eineinhalb, zwei Stunden Diskussion darüber. Das könnte ich mir eher vorstellen.

Vorsitzender Michael Sailer: Also ich würde jetzt einfach darum bitten, dass wir jetzt möglichst alle das mal kommentieren, damit wir sehen, in welchen Kanal es gehen kann.

Min Stefan Wenzel: Das geht eher in die Richtung, wie ich mir das vorstellen könnte. Wir hatten ja in dem Anschreiben zu unseren Hinweisen zu den geowissenschaftlichen Kriterien einen ähnlichen Vorschlag gemacht. Also vom Zeitraum her würde ich auch eher den Januar sehen.

Dann würde ich in der Tat sehr genau gucken, wen wir hören wollen mit einem kritischen Blick auf den Entwurf der Kriterien, die dann vorliegen. Aber am besten wäre ein Entwurf zu geowissenschaftlichen Kriterien, zu sozialwissenschaftlichen Kriterien und zu Sicherheitsanforderungen. Sonst führt es am Ende dazu, dass wir dreimal so eine Anhörung machen müssen. Das würde uns etwas überfordern. Das könnte aus meiner Sicht eine zweitägige Veranstaltung sein, um das in der notwendigen Breite zu bewerkstelligen.

Der Termin November ist zu früh, glaube ich. Das sollte eine Örtlichkeit sein, die zentral erreichbar und für viele möglichst optimal zugänglich ist.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich würde das auch unterstützen, dass November zu früh ist. Wir brauchen auf jeden Fall einen Satz an Kriterien, der dann diskutiert werden kann. Insofern würde ich auch für Januar plädieren, eher für Ende Januar/Anfang Februar. Denn wir müssen ein überzeugendes Konzept vorstellen. Wir müssen das im Prinzip einer Fachöffentlichkeit zur Diskussion stellen und auch dafür werben können, und dafür muss unser Konzept erst mal stehen.

Ich glaube nicht, dass wir es bis Anfang Januar schaffen und dann überzeugend vertreten können, wenn wir möglicherweise kurz vor Weihnachten auf die Schnelle Dinge zusammenschustern.

Ich hatte vorhin gesagt, dass wir, als ich beim BfS war, zweimal solche Workshops durchgeführt haben. Da hat es sich bewährt, dass zwei Reviewer beauftragt wurden, zu einem bestimmten Themenblock ein Review machen, quasi eine Bewertung vorzunehmen, die dann in den Arbeitsgruppen diskutiert wurde, sodass man von vornherein eine gewisse Struktur in die Diskussion bringt. Am Ende hat man dann im Gesamtforum die Ergebnisse dieser Diskussion in den Arbeitsgruppen von diesen Reviewern vertreten lassen.

Ich denke, das könnte man hier auch so machen. Denn wir wollen einen kritischen Blick von außen haben, von der Fachöffentlichkeit auf die von uns entwickelten Kriterien. Da wird es sicherlich viel Übereinstimmung geben, aber es

gibt möglicherweise in einzelnen Arbeitsgruppen Exoten, die neue Vorschläge einbringen. Auch damit muss man sich auseinandersetzen. Da werden dann wieder bestimmte Vorschläge, die uns schon häufiger als Zuschrift zugeleitet worden sind, vorgestellt, aber vielleicht auch noch ganz andere Vorschläge.

Vorsitzender Michael Sailer: Die auch gut sein können, die anderen Vorschläge.

Dr. Ulrich Kleemann: Ja, ich will es nicht in Abrede stellen, aber damit müssen wir uns dann auch auseinandersetzen. Das heißt, wir müssen von vornherein eine gewisse Struktur der Diskussion vorgeben. Denn sonst ufert es aus und wir stehen am Ende ohne Ergebnis da. Insofern muss man sich da schon intensiv Gedanken machen, wie man das auch strukturiert und wen man anspricht für die Leitung von Arbeitsgruppen. Es wäre sinnvoll, Leute von außen zu holen, die quasi von vornherein eine Sicht von außen mitbringen.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Was die terminlichen Vorstellungen angeht, teile ich die Sorge, dass der November-Termin zu früh ist.

Ich habe aber zwei Dinge, zu denen ich noch kein klares Bild habe.

Zum einen: Wenn wir also eine Diskussion mit der Fachöffentlichkeit führen, dann müssen wir dort sicherstellen, dass das ein Qualitätsniveau erreicht, dass sie sich an der Stelle auch wirklich ernst genommen fühlen. Das heißt, man muss irgendwo eine Diskussion hinbekommen, die sich nicht nur in einer einzelnen Wortmeldung wiederfindet, sondern die durchaus auch eine Diskussion stattfinden lässt. Insofern ist natürlich die Frage, wie viele Leute man tatsächlich einbeziehen kann, irgendwo schon zu stellen. Wenn man das unendlich aufmacht, besteht das Risiko, dass man das möglicherweise nicht beherrscht. Ich habe aber keine Vorstellung, wenn man eine solche offene Einladung macht, wie viele tatsächlich kommen. Aber um eine qualifizierte Diskussion zu führen, brauchen wir nachher irgendwo

Arbeitsgruppen, die maximal 10 bis 15 Leute haben. Sonst kriegt man da keine vernünftige Diskussion zustande.

Zum anderen: Wir diskutieren hier in der AG 3 im Moment sehr intensiv über die Kriterien. Wir stellen immer wieder fest, dass wir uns bei den AkEnd-Kriterien wiederfinden, die wir an der einen oder anderen Stelle ein Stückchen variieren oder behandeln. Aber wir diskutieren hier auch sehr intensiv darüber, wie wir das eigentlich in den ablaufenden Prozess der Suche einbinden und ob das nicht auch ein Thema dieser Diskussion in der Fachöffentlichkeit sein muss.

Ich nehme das Beispiel, das wir beim letzten Mal etwas kontrovers diskutiert haben: Wann machen wir eine erste Sicherheitsbetrachtung oder -analyse? - Diese Frage wird sicherlich auch in der Fachöffentlichkeit diskutiert werden bzw. die Fachöffentlichkeit wird darüber diskutieren wollen. Insofern halte ich eine Diskussion nur über Kriterien nicht für ausreichend. Ich denke, wir müssen das in ein größeres Paket reinpacken. Kriterien - ganz klar - gehören dazu, aber sie gehören auch in eine gewisse Ordnung, und da muss das Prozessbild auch klar sein. Insofern sehe ich einen etwas breiteren Ansatz als den, der aufgeschrieben ist.

Vorsitzender Michael Sailer: Frau Vogt.

Abg. Ute Vogt: Ich finde, es ist ein bisschen ein Dilemma. Mein Bedarf wäre schon, noch mal ein Forum zu haben, so eine Art Symposium oder so, wo man auch von unterschiedlichen Fachrichtungen beleuchtet, was wir erarbeitet haben. Das finde ich für unsere Entscheidung ganz wesentlich, dass man das noch mal darstellt.

Wenn wir jetzt ganz offen einladen, habe ich die Befürchtung, dass einmal bestimmte Wissenschaftler von vornherein sagen: Na ja, also zu so einem Kolloquium, in dem jeder mal was sagen darf, mag ich nicht hin. - Denen wird ihre Zeit wahrscheinlich zu schade sein, wenn sie das Gefühl haben, dass jeder kommen kann.

Allerdings sind wir von der Anlage unserer Arbeit her so aufgestellt, dass alles, was wir tun,

grundsätzlich öffentlich ist, grundsätzlich transparent ist. Dann kann man eigentlich nicht hergehen und eine Veranstaltung machen, an der nur 100 von uns rausgepickte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen teilnehmen. Das empfinde ich als ein gewisses Dilemma. Ich würde mich eher dafür entscheiden wollen, das offen zu machen. Dann müssen wir einzelne Persönlichkeiten, bei denen uns die Fachlichkeit wichtig ist, gezielt ansprechen und ihnen vielleicht auch eine Rolle geben, sodass sie einen kleinen Impuls oder etwas geben. Es geht mir also darum, dass ihre Anwesenheit gesichert ist.

Was den Zeitpunkt angeht, sind wir d'accord. Januar wäre vernünftig, November zu früh.

Die Workshops machen dann Sinn, wenn wir eine Form haben, wie wir die Ergebnisse haben wollen. Also wenn man den Menschen den Eindruck vermittelt, jeder darf sich mal mit dem Thema beschäftigen, sie diskutieren zu zehnt oder zu fünfzehnt und danach weiß man nicht, was passiert, dann wäre das eine schwierige Geschichte. Wenn man solche Arbeitsgruppen macht, dann muss es irgendwo wieder zusammengebunden werden. Ich könnte mir höchstens vorstellen, dass es nach rein geologischen, soziologischen und anderen Aspekten unterteilt wird. Aber wenn wir drei verschiedene Geologen-Workshops parallel laufen lassen, gehen uns Argumente verloren, auf die man sich dann gegenseitig beziehen kann, und nur eine Ergebniswiedergabe wäre wahrscheinlich auch zu wenig, um das umfassend zu bewerten. Also, wenn wir Workshops machen, dann sollten diese thematisch unterschiedlich sein.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich fände es ganz gut, wenn wir neben dem, was wir machen, was wir vorstellen wollen, auch das vorstellen, was wir nicht machen. Dazu zählen für mich bei der Kriterienentwicklung die Eignungskriterien. Wir legen nicht fest, wann ein Standort geeignet ist. Das erfolgt erst sehr viel später im Prozess. Insofern scheint es mir wichtig, an der Stelle auch für Klarheit zu sorgen bezüglich Dinge, die wir nicht machen. Wir legen nicht fest, wie die Anforderungen an die Abfälle, an die Konditionierung,

an die Annahme der Abfälle sind. Wir sollten an der Stelle auch eine Negativabgrenzung machen, dass wir einerseits darstellen, was gemacht wird, aber andererseits auch darstellen, was nicht gemacht wird.

Vorsitzender Michael Sailer: Stefan Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Ich glaube, mit den Workshops geht uns schnell etwas verloren. Ich meine, Kriterien und Sicherheitsanforderungen sind im Grunde der Kern dessen, was im Gesetz am Ende gefordert wird. Ich würde dann lieber im Forum der Kommission so was machen und mir andert-halb oder zwei Tage Zeit nehmen, damit ich genügend Wissenschaftler hören kann, um auch ein komplexes Bild zu bekommen.

(Dr. Ulrich Kleemann: Also eher eine Anhörung?)

- Ja, sonst bekommt man die Experten nicht, wenn man sie einlädt und gleichzeitig sagt: Du kannst vielleicht mal was sagen. - Ich glaube, man muss sie schon bitten, einen Input zu geben.

Vorsitzender Michael Sailer: Detlef.

Dr. Detlef Appel: Ich komme noch mal auf etwas zurück, was Herr Kleemann vorhin angedeutet hat: Vorbereitung durch Reviewer. Ich sehe diese dann auch in der Pflicht, sich mit Arbeitsgruppen oder in Arbeitsgruppen zu begeben und da sozusagen als die Einpeitscher der Diskussion zu agieren und auf diejenigen einzuwirken, die in der Lage sind, das zu verarbeiten.

Noch etwas ist wichtig: Egal, wie man das aufteilt und wie man das nennt: Das muss natürlich hinterher im Plenum zur Diskussion gestellt und auch diskutiert werden. Erfahrungsgemäß ist das der letzte Block einer solchen Veranstaltung. Daher muss man darauf achten, dass der lang genug ist und dass es nicht schon bröckelt. Ich gehöre auch zu denen, die dann ab und zu wegbröckeln.

(Heiterkeit)

Ich spreche also aus Erfahrung. Das kann man aber hinkriegen.

Nach meiner Vorstellung müssen wir nicht für alles, was wir dort zur Diskussion stellen, auch schon eine Lösung haben, also etwas, worauf wir uns selber schon abschließend verständigt haben. Aber das sollte doch den größten Teil ausmachen. Sonst sind die Leute verprellt, wenn sie auf ihre Fragen die Antwort bekommen: Weiß ich nicht, wissen wir noch nicht, müssen wir noch machen. - Das geht nicht.

Es gibt sicherlich - das wird sich ja noch herausstellen - relativ komplexe Fragen, bei denen wir nicht einfach sagen können: „Das ist es, und so gehen wir jetzt weiter“, sondern bei denen es interessant ist, auch noch Input zu kriegen, und bei denen man sich dann überlegen muss, wie man damit umgeht.

Wie man mit solchen Antworten umgeht, hängt natürlich auch davon ab, wer diese Antworten jeweils gibt. Ich halte nichts davon, von vornherein Leute oder Interessierte auszuschließen. Aber immerhin kann man doch klarmachen, an wen sich die Arbeitsgruppe oder die Kommission mit ihren Bedürfnissen - sie macht schließlich etwas, um etwas vorzustellen und zu lernen - wendet. Da kann man auch einen Personenkreis benennen, so wie Herr Sailer das vorhin angedeutet hat. Das muss man ja nicht so umfassend machen, aber man darf nie jemanden ausschließen, sondern man muss damit rechnen, dass es auch außerhalb dieser Szene interessierte Menschen gibt, die sich schlaugemacht haben und die zu bestimmten Einzelaspekten oder zu der Sache insgesamt eine durchaus fundierte Meinung haben. Die mag dann nicht immer mit unserer Meinung oder der Meinung derjenigen aus den anderen Institutionen übereinstimmen, aber sie können trotzdem ein wertvoller Beitrag in diese Richtung sein.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Herr Appel hat schon einiges vorweggenommen, was ich auch sagen wollte.

Kurz zu dem Beitrag von Herrn Wenzel: Wenn eine Anhörung danach notwendig ist, können wir das immer noch danach entscheiden. Aber

die Veranstaltung müssen wir auf jeden Fall machen. Denn zu der Veranstaltung kann jeder kommen, aber bei einer Anhörung suchen wir uns aus, wen wir anhören. Das ist der große Unterschied. Es soll eine Fachveranstaltung werden, zu der jeder Bürger kommen kann, wenn er will. Er soll aber wissen, dass es eine Fachveranstaltung ist, und jeder Bürger soll dort Fragen stellen können.

Zu den Arbeitsgruppen noch mal: Ich könnte mir vorstellen, dass es eine Arbeitsgruppe „geowissenschaftliche Kriterien“, eine Arbeitsgruppe „Sicherheitsanforderungen“ - eventuell zusammen mit Sicherheitsuntersuchungen - und eine Arbeitsgruppe „planerische Kriterien“ bzw. „sozialwissenschaftliche Kriterien“ gibt. Die sollen aber höchstens einen halben Tag tagen, und die andere Hälfte des Tages soll im Plenum eine Diskussion dazu stattfinden.

Ich glaube auch nicht, dass der eine oder andere hier nicht kommt. Wenn die Kommission eine Fachveranstaltung anbietet und diese quasi die einzige Fachveranstaltung ist, glaube ich schon, dass genügend Interessierte kommen werden. Die Einladungsliste sollten wir im Detail noch absprechen. Sie nannten vorher den Verteiler, den Niedersachsen hat. Der Projektträger in Karlsruhe lädt immer zu den Statusgesprächen ein. Da sollten wir auch noch mal den Verteiler entsprechend abgleichen. Ich glaube, dann erwischen wir schon ziemlich alle.

Abg. Ute Vogt: Machen wir das nur innerhalb Deutschlands, oder laden wir zusätzlich Fachleute aus anderen Ländern ein?

Vorsitzender Michael Sailer: Ich glaube, es macht in dem Fall mehr Sinn, in Deutschland einzuladen, und wenn der eine oder andere Ausländer kommt, dann ist es okay. Das Interesse an der deutschen Diskussion könnte ich mir noch am ehesten in der Schweiz und in Frankreich vorstellen. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, dass wir die Veranstaltung auf Deutsch und nicht auf Englisch machen sollten.

Außerdem haben wir Spezifitäten, weil wir auf den einschlusswirksamen Gebirgsbereich setzen.

Da helfen Diskussionsbeiträge mehr von Leuten, die dieses Konzept verstanden haben.

Auf dem Termin Ende Januar lag jetzt ein deutlicher Schwerpunkt. Die Aussage, wir müssen dafür ein ordentliches Papier vorlegen, das zumindest weitgehend klar ist, war auch sehr einheitlich bei allen, die etwas gesagt haben. Der einladende Kreis war klar. Auch klar war, dass das offen sein muss, dass es also nicht ein Closed Shop sein kann.

Wir haben noch mal an verschiedenen Stellen darüber geredet, dass wir ein Framing brauchen. Also, das Framing muss in der Einladung sein, und natürlich muss auch in der Veranstaltung immer wieder kommen, worüber wir diskutieren und worüber wir nicht diskutieren. Denn es ist ein Teilthema der Kommissionsarbeit ist, nicht die Debatte über die Kommissionsarbeit als solche.

Wir haben noch mal über das Dilemma gesprochen - da gab es viele Beiträge in unterschiedliche Richtungen -: Wie bekommt man eigentlich die gefühlte aktive Teilnahme an der Veranstaltung hin? Also wenn wir drei Arbeitsgruppen machen - also ich schätze mal, dass es zwischen 80 und 150 Leuten sind -, dann glaube ich nicht, dass wir das Ziel erreichen, das wir mit Arbeitsgruppen erreichen wollen. Das heißt, wir müssen noch mal über die Formatfrage vertieft überlegen. Denn jemand, der motiviert ist, zu kommen, will mindestens 5 bis 7 Minuten dazu reden, vielleicht auch in zwei Portionen. Das heißt, wir brauchen ein Teilformat, das klein ist, damit das klappt. Wir brauchen eine qualifizierte Aufsammlung. Also es kann nicht so sein, dass Leute, die nicht im Geschäft sind, aufsammeln. Denn dann kriegen wir es nicht rüber. Wir brauchen in der Veranstaltung eine qualifizierte Aufsammlung. Detlef, vielleicht können wir dich motivieren, bis zum Schluss zu bleiben, damit wir das in der Schlussveranstaltung hinkriegen; das können wir ja als Benchmark einsetzen.

Wir brauchen aber unabhängig davon, ob jetzt alles in der Abschlussveranstaltung auftaucht, eine Aufbereitung aus den kleineren Diskussionszirkeln - welches Format auch immer -, damit das bei uns als AG 3 auf jeden Fall ankommt, selbst

wenn auf der Veranstaltung nicht jeder Gedanke angekommen ist. Wir müssen uns mit jedem Gedanken auseinandersetzen.

Also mein Vorschlag ist, dass wir deutlich ein Signal setzen, wo unsere Wünsche liegen und wie wir das terminlich leisten wollen. Wir haben über den einzuladenden Kreis gesprochen. Blöde Frage: Gäbe es außer Herrn Grunwald und mir - und uns trifft es ja eh - ein, zwei oder drei Kolleginnen oder Kollegen, die sozusagen in den engeren Kreis der Mitdenkenden bei den Detailformaten gehen? Ich glaube nicht, dass es besonders viel bringt, wenn wir uns etwas ausarbeiten lassen und hier im Plenum diskutieren. Da können wir ganz viel Zeit machen. Vielmehr sollten wir irgendwie eine Gruppe mit drei bis fünf Leuten haben, die direkt Sparringspartner für Sie wären. Gut, da sehe ich schon Meldungen. - Herr Kudla, Herr Kleemann, Herr Thomauske. Dann sind wir fünf. Gut, dann hätten wir diesen Punkt.

Wir bedanken uns bei Ihnen beiden, und wir gucken dann, wie wir da zeitnah zusammenkommen, damit Sie dann auch ein Feedback bekommen, wenn Sie das mal überlegt haben, was Sie heute mitbekommen haben. - Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Können wir den Termin für die Veranstaltung nicht schon heute festlegen? Das wäre mir recht. Denn die Wochenenden sind belegt. Es wäre gut, wenn wir uns schon heute einen Termin im Januar aussuchen würden.

Vorsitzender Michael Sailer: Also ich würde mal nach besseren oder schlechteren Erfahrungen mit so was - - Die Überlegung war Freitag und Samstag. Das hatten wir im Vorfeld gesagt.

Hans Hagedorn (Demos): Also es gibt aus Sicht der Gesamtkommission eine gewisse Begrenzung nach hinten, weil es die Klausurtagung am 21./22. Januar und dann am 15. Februar eine weitere Kommissionssitzung gibt. Die sind eigentlich dafür vorgesehen, die Ergebnisse aus der Öffentlichkeitsbeteiligung einzuarbeiten. Das heißt, der ideale Termin wäre, wenn man jetzt in den Januar geht, es am 15./16. Januar zu machen. Dann würde man vor dieser Kommissionssitzung schon die Ergebnisse der Präsenzveranstaltung

haben, und in der zweiten Kommissionssitzung hätte man auch noch die Gesamtergebnisse aus der Onlinewerkstatt.

Der einzige Nachteil daran ist, das ist genau der Termin, an dem schon zwei andere Formate stattfinden, nämlich der dritte Workshop mit den Regionen und der Workshop mit den jungen erwachsenen Beteiligungspraktikern. Dann können Sie, Herr Thomauske, nicht dabei sein.

Vorsitzender Michael Sailer: Aber es gibt ein anderes Argument. Herr Kudla hat vorhin gesagt, über Weihnachten arbeiten wir hier nicht, daher machen wir es Anfang Januar. Aber die Welt funktioniert immer so, dass vor Dreikönig niemand antritt, und entweder haben wir unser Papier dann am 15. Dezember fertig, oder der 15. Januar geht nicht. Also das muss man einfach realistisch sehen.

Ich frage mal zwei Wochenenden ab, die mit Ihrem Plan zusammenpassen. Also wir reden jetzt über Freitag/Samstag, nicht Samstag/Sonntag. Wie sieht es jetzt aus Freitag, 29. Januar, und Samstag, 30. Januar? Wer könnte da? - Dann würde ich jetzt gar nicht mehr weiter fragen. Dann ist das jetzt der Termin, oder? - Also blockieren Sie ihn bitte mal, also Freitag, 29. Januar, Samstag, 30. Januar, und es wird voraussichtlich auf Berlin hinauslaufen. Herr Wenzel hat ja vorhin auf den zentral zugänglichen Ort hingewiesen. Dann können wir damit die Entscheidungsfindung für heute abschließen.

Tagesordnungspunkt 5 Umgang mit neuer Beschlussvorlage „Weiteres Vorgehen im Hinblick auf das Nationale Entsorgungsprogramm“

Vorsitzender Michael Sailer: Jetzt kommen wir an den nächsten Punkt, wo wir in einer ganz sinnvollen Diskussion in der letzten Kommissionssitzung zu einer Klärung mit dem BMU kommen konnten. Ich glaube, die Vergangenheit und Herleitung brauchen wir jetzt nicht mehr zu diskutieren. Also ich habe zumindest das Gefühl, dass wir das ausreichend in der letzten Hauptkommissionssitzung gemacht haben.

Es gab in der Hauptkommission eine Tischvorlage eines Vorschlags für das weitere Vorgehen. Die haben Sie vorliegen, nehme ich mal an; die ist auch versandt worden. Dazu müssen wir uns äußern, und wir müssen darüber hinaus bei den Sachen, die wir als unsere Aufgabe ansehen, gucken, wie wir weiterkommen. Nachdem Herr Thomauske in der Kommissionssitzung so nassforsch dargestellt hat, dass er genau weiß, wie wir vorgehen,

(Heiterkeit)

habe ich ihn dann umgehend drei Minuten später gebeten, dass er eine Vorlage macht. Die Vorlage ist Ihnen dann auch versandt worden, die sicher einen erheblichen Teil dessen, was wir behandeln müssen, gut umreißt.

Müssen wir diese Tischvorlage nur beschließen, oder müssen wir sie nur diskutieren?

Dr. Detlef Appel: Wir müssen uns damit beschäftigen.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Wir müssen Input liefern.

Vorsitzender Michael Sailer: Okay, dann machen wir jetzt eine kürzere Aussprache dazu. Ich wollte nur ein paar Fragen für die Aussprache mitgeben.

Sind wir damit einverstanden, wie das im ersten Punkt heißt, dass insbesondere die Kriterien für HAW-Abfälle nicht die Kriterien für die Abfälle selbst sind? Das ist halt ein bisschen verkürzt. Wir machen ein Kapitel, in dem herausgearbeitet wird - da wäre Herrn Thomauskes Papier im Sinn eines Living Paper der erste Aufschlag -, was mit den drei anderen Abfällen ist. Allerdings machen wir nicht die Kriterien dafür - das war ja die Diskussion beim letzten Mal -, wie ein Lager für diese drei aussieht, sondern wir gehen umgekehrt daran: Was sollen diese Abfälle können, wenn sie dann ins Hochaktivlager dürfen? - Also ich sage es jetzt ein bisschen überspitzt, um es deutlicher zu machen. Also der Punkt mit den Abfällen bleibt sicher bei uns liegen. Also da sind wir ganz klar.

Dann ist die nächste Frage, die in der Beschlussvorlage steht, das Eingangslager. Da ist die Frage: Sollen wir das diskutieren? Wenn ja, unter welchen Aspekten? Oder ist das Aufgabe anderer Arbeitsgruppen? - Dann muss man eine ordentliche Begründung dafür haben. Es geht also nicht, dass alle Arbeitsgruppen sagen, sie diskutieren es nicht, und dann haben wir es doch nicht behandelt.

Zur Frage des Beteiligungskonzeptes. Was könnten wir darunter verstehen?

Über den dritten Punkt würde ich, genauso wie in der Hauptkommission, nicht gerne hier diskutieren: Verlängerung - ja oder nein? - Denn wir sind jetzt bis an die gesetzlich mögliche Verlängerungsfrist gegangen. Also mehr können wir so wieso nicht machen, wenn das Gesetz nicht geändert ist.

Also wäre jetzt einfach die Bitte, dass Sie auch ein bisschen ausführen zur Frage Eingangslager/Beteiligungskonzept, ob und unter welchen Aspekten das unseres auch ist oder unseres nur ist.

Zu den Abfällen, zur Abfallfrage. Wie sollen wir uns damit prinzipiell befassen? Was sollen wir klären? Was müssen wir klären? - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Backmann: Ich würde gern zur Diskussion stellen, diese drei weiteren Abfallgruppen, die im Moment kontrovers diskutiert werden, unterschiedlich zu behandeln und die nicht Konrad-gängigen schwach- und mittelradioaktiven Abfälle in unseren Prozess regulär mit einbeziehen. Das heißt, ich würde diesen Beschluss nur auf die Asse-Abfälle und die Uran-Tails beschränken. Denn ich glaube, das Hauptproblem, so wie ich die Diskussion im Moment verstehe, ist bei den Asse-Abfällen und Uran-Tails die Menge, also das große Volumen, plus einige weitere Besonderheiten, die so nur dort zum Tragen kommen, während bei den nicht Konrad-gängigen schwach- und mittelradioaktiven Abfällen von vornherein eigentlich immer klar war, dass die mit in dieses Endlager müssen. Da gibt es nicht so viel Ungewissheit. Deswegen würde ich sie gerne regulär in unseren Prozess mit einbeziehen.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich würde gerne kurz etwas sagen zu der Veranstaltung, die wir gestern in der AG 1 hatten. Denn das hat möglicherweise Konsequenzen im Hinblick auf das Eingangslager.

Gestern war Gegenstand die Frage, inwieweit das jetzige Standortauswahlgesetz mit den EU-Regelungen kompatibel ist. Dabei spielte eine besondere Rolle - ich bitte, mir nachzusehen, dass ich kein Jurist bin; ich führe es trotzdem aus -, dass die Fragestellung, ob eine solche Entscheidung einer Überprüfung rechtlich zugänglich ist oder nicht, so diskutiert wurde, dass gewissermaßen die Standortentscheidung am Ende des Auswahlprozesses nunmehr nur noch als Handlungsanweisung für das Bundesamt für Strahlenschutz oder den Vorhabenträger - sage ich allgemein - gesehen werden kann, um den Prozess zu starten, also den Prozess des Genehmigungsverfahrens im Anschluss an den Suchprozess. Damit ist dann nicht mehr verbunden, dass gewissermaßen bestimmte Bereiche der gesetzlichen Entscheidung einer gerichtlichen Überprüfung nicht mehr zugänglich sind, weil sie per Gesetz festgelegt sind. Das war der Gegenstand.

Das würde aber bedeuten, dass man am Ende des Auswahlprozesses auch keine Gewissheit hat über den Standort. Wenn man keine Gewissheit hat über das Ende des Standortauswahlprozesses, ist zu hinterfragen, ob es Sinn macht, an diesem noch nicht festgelegten Standort das abschließende große Zwischenlager zu stellen.

Insofern würde ich an der Stelle empfehlen, dieses zunächst mal als Fragestellung zurückzustellen, bis in der Kommission entschieden ist, ob überhaupt eine abschließende Standortentscheidung, die hinterher nicht mehr widerrufbar ist, erfolgt. Insofern könnten wir den Teil der Zwischenlagerung hier aus unserer Diskussion zunächst ausblenden.

Eine kleine Anmerkung und Spitze an den Vorsitzenden, weil er mir gesagt hatte, ich hätte nassforsch gesagt, was geht: Es gab auch einen Vorsitzenden, der nassforsch gesagt hat, was nicht geht.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Bei der Eingangslagerdiskussion befinden wir uns wohl in einem Dilemma. Auf der einen Seite sagen wir: Okay, irgendwann brauchen wir ein Eingangslager an dem Standort, wie Sie das gerade gesagt haben, der dann letztendlich auch ausgebaut wird.

Wenn der feststeht, kann man auch ein Eingangslager bauen. Aber im Moment - so stupe ich das mal ein - ist die Verankerung des Themas „Eingangslager“ im NaPro ein bisschen der Bogen, um an der Frage, was wir eigentlich mit den bestehenden Zwischenlagern machen, vorbeizukommen. Insofern lösen wir das hier noch nicht auf, und insofern haben wir an der Stelle ein Dilemma, wenn wir das jetzt hier einfach erst mal verschieben bis zu dem Zeitpunkt, an dem wir wissen, wo dann möglicherweise gebaut wird. Es wird uns also nicht so ganz ohne Weiteres gelingen. Denn wir müssen uns zum Thema „Zwischenlager“ - das hatten wir ja schon gesagt - irgendwie verhalten.

Ich denke, wenn wir uns mit dem Thema hier beschäftigen - ich möchte auf das zurückkommen, was Herr Backmann gerade gesagt hat -, wird es wahrscheinlich nicht so einfach sein, zu sagen: Okay, mit dem beschäftigen wir uns, mit dem beschäftigen wir uns nicht, oder das beziehen wir ein, das beziehen wir nicht ein.

Ich teile Ihre Einschätzung übrigens nicht ganz, dass wir bei den nicht Konrad-Gängigen eigentlich schon immer davon ausgehen mussten, dass die bei uns mit drin sind. Bei den nicht Konrad-Gängigen wissen wir momentan nicht, was da auf uns zukommt, und insofern haben wir da genau das Dilemma, das wir eigentlich auch für das Gesamtpaket betrachtet haben, dass wir es nämlich weder vom Volumen her noch von den Inhalten her beschreiben können. Das ist wahrscheinlich nicht absehbar in kurzer Zeit, dass wir das wissen.

Da hätten wir schon eher Klarheit bei den Uran-Tails, wenn wir die einbeziehen wollen; denn die sind relativ klar. Stoff ist klar. Wenn die behandelt worden sind, sind die klar. Da hätten wir dann weniger Probleme. Aber ich denke mal,

auch da ist nicht klar, ob dann am Ende das Volumen kommt, weil da immer noch Unklarheit besteht, wie man damit umgeht. Hier eine Differenzierung vorzunehmen, hilft uns nicht wirklich weiter. Insofern bleibt es tatsächlich dabei, dass wir sagen müssen: Okay, hier sind uns eben einige Eingangsparameter momentan nicht bekannt, deswegen können wir es in vollständiger Schönheit auch nicht behandeln.

Zum Schluss vielleicht noch kurz zu dem Papier; denn wir haben das Papier auch gestern in der Arbeitsgruppe 2 behandelt und sind dort eigentlich relativ schnell von dem bestehenden Papier auf eine etwas abgewandelte Variante gekommen, die ein bisschen das berücksichtigt, was Sie auch gesagt haben, nämlich diesen Punkt 3, der in dem Papier drin war. Ich meine die Empfehlung der AG 2, den Punkt zu streichen, über die Arbeitszeit zu reden. Wir haben dann an zwei, drei Stellen noch kleine Veränderungen in der Wortwahl, in der Formulierung vorgenommen; das könnte ich hier im Detail erläutern. So sind wir gestern in der AG 2 vorgegangen. - Danke.

Vorsitzender Michael Sailer: Kollege Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Herr Thomauske hatte noch dieses etwas umfangreichere Papier vorgelegt. Wollen wir das nicht - - Ich fände es interessant, wenn er das und seine Überlegungen dazu noch mal vorstellen würde.

Vorsitzender Michael Sailer: Also ich hatte jetzt für die Strukturierung der Diskussion gedacht, wir machen jetzt die Aussprache. Da sind wir gelandet. Dann würden wir zu dem Thomauske-Papier gehen, und dann würden wir uns vereinbaren, an welchen Punkten wir wie weiterarbeiten. Wollen Sie noch mal etwas zu dem ersten Punkt oder zu dem Thomauske-Papier sagen?

Dr. Dr. Jan Backmann: Zum Eingangslager.

Vorsitzender Michael Sailer: Gut.

Dr. Dr. Jan Backmann: Ich hoffe nicht, dass der Zeitplan aufgeweicht wird durch erweiterte Rechtsschutzmöglichkeiten an der Stelle, zumin-

dest nicht signifikant. Dass da eine Rechtsschutzmöglichkeit zumindest gegeben sein würde, nämlich Verfassungsbeschwerde, war von Anfang an klar. Trotzdem könnte man Anfang der 2030er-Jahre mit einer endgültigen Festlegung des Standortes rechnen, und dann hätte man eine Basis natürlich auch für eine Zwischenlagerung an diesem Standort.

Wenn das nicht der Fall sein sollte aus welchen Gründen auch immer - ich weiß jetzt nicht, wie offen das dort diskutiert wird; da bin ich im Moment nicht im Bilde -, dann wäre aus meiner Sicht ganz zentral nicht unbedingt in dieser Kommission, aber im Anschluss daran die Frage eines nationalen Zwischenlagerkonzepts wieder aufgeworfen. Denn dann stellt sich wirklich die Frage: An welcher Stelle sollen eigentlich sinnvollerweise die Castorbehälter mit der Perspektive „open end“ gelagert werden?

Vorsitzender Michael Sailer: Dann Niedersachsen.

Min Stefan Wenzel: Ich will da nur kurz anschließen. Ich glaube, dass der Punkt vom NaPro auf jeden Fall noch mal sehr gründlich überdacht werden muss.

Die Idee mit dem Eingangslager ist meines Erachtens höchst problematisch, wirft möglicherweise auch diese rechtlichen Probleme auf, die Sie beschrieben haben. In Ihrem Papier wird auch noch mal deutlich, was auf so eine Region alles zukäme insgesamt. Das verursacht sozusagen ganz andere Anforderungen, was die gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die sozialwissenschaftlichen Kriterien, den Zeitpunkt einer möglichen Beteiligung und Entscheidung des Rechtsschutzes usw. angeht. Das ist also höchst komplex, führt dann aber immer zu der Frage: Was sollen wir anstelle dessen machen? Und wie lange sollen wir an dem festhalten, was wir heute haben? Und dazwischen ist noch eine Lücke. Insofern möchte ich bestätigen oder verstärken, was Herr Backmann sagt.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Nur eine kurze Anmerkung zu diesem Thema. Ich stimme Herrn Fischer zu: Natürlich müssen wir uns dazu verhalten. Das ist gar keine Frage, was den Punkt „Zwischenlagerung“ anbelangt.

Bezüglich der Diskussion in der AG 2 geht es nach meiner Wahrnehmung darum: Führt man gewissermaßen den Rechtsschutz am Ende des Standortauswahlprozesses ein? - Da wurde darüber diskutiert, dass das möglicherweise etwa sechs Jahre Verlängerung im Prozess bedeutet. Dann hat man den Standort festgelegt, und auf der Grundlage werden dann das Genehmigungsverfahren durchgeführt und das Endlager eingerichtet. - Das ist die Variante 1.

Die Variante 2 ist, dass man diesen Rechtsschutz zu dem Zeitpunkt nicht einführt, sondern gewissermaßen die Standortentscheidung nur als Festlegung an den Vorhabenträger nimmt, für diesen Standort das Genehmigungsverfahren durchzuführen, und den Rechtsschutz dann am Ende vorsieht.

In diesem zweiten Fall würde das bedeuten, dass man erst am Ende Klarheit hat, und insofern ist davon auch die Frage der Zwischenlagerfähigkeit berührt.

Vorsitzender Michael Sailer: Aber ich gucke jetzt mal auf das Verhältnis von Kommission und drei Arbeitsgruppen. Was diskutieren wir wo?

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Erst in der Arbeitsgruppe 2. Das habe ich ja gesagt.

Vorsitzender Michael Sailer: Mein Eindruck ist, wir haben zurzeit kein Argument, warum wir in der AG 3 diese Eingangslagerfrage diskutieren müssen. Es gibt ganz klar unterschiedliche Auffassungen, wie das Konzept sein soll. Man kann auch technisch über viel reden. Also eines ist klar: Für das Endlager wird man ein echtes Eingangslager brauchen, das ein halbes oder ganzes Jahr Kapazität hat, aber mehr nicht. Alles andere ist variabel.

Aber von den Aufgaben her, ist es in der AG 2 ganz gut verortet, und es ist in der AG 1 sicher

auch gut verortet für die Frage, was es dann in der Interaktion mit der Öffentlichkeit bedeutet. Ich meine Akzeptanzfragen und sonst was. Aber ich sehe jetzt eigentlich nicht, dass wir das von unserem Aufgabengebiet hätten. Also deswegen ist mein Vorschlag, wir lassen das Eingangslager hier weg. Entweder kommen wir als Kommissionsmitglieder in der Diskussion in der Kommission dorthin, oder wir kriegen eine konkrete kriterienähnliche Fragestellung dazu. Dann würden wir das hier behandeln. Aber wir lassen es jetzt hier erst mal vorläufig weg. Das wäre mein Vorschlag.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Darf ich trotzdem eine Anmerkung machen, weil mir das im Nationalen Entsorgungsprogramm viel zu kurz gesprungen erscheint?

Der eine Punkt ist der: Wenn ich ein großes, nationales Eingangslager mache, suggeriert das, dass es das Eingangslager für das Endlager ist. Das ist es aber gar nicht.

Vorsitzender Michael Sailer: Das habe ich doch gerade eben auch gesagt.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Denn es ist nur ein Zwischenlager, und nach dem Zwischenlager kommt die Konditionierung, und erst danach kommt das Eingangslager für das Endlager. Insofern ist der Prozess ein anderer. Nach dem jetzigen Verständnis wären auch für die Konditionierung die Abfallablieferer zuständig, für das Eingangslager eigentlich auch.

Vorsitzender Michael Sailer: Also da müssen wir doch jetzt nicht beliebig tief philosophieren. Wir behandeln jetzt hier das Endlager, aber das Eingangslager nicht, und wenn es die nächsten paar Monate nicht einen Grund gibt, dass wir es hier doch aus Kriterien- oder ähnlicher Sicht machen, dann nehmen wir es wieder auf. Aber solange sind die beiden anderen Arbeitsgruppen in ihrem Blick zuständig. Das müssen wir einfach für die Arbeitsklärung sagen. Also das nehme ich mit.

Zweitens. Es hat niemand geäußert, dass wir an dieser Beschlussvorlage etwas ändern sollen.

Also anders als die AG 2 würde ich einfach resümieren, wir könnten mit so einem Text leben, und wenn er ein bisschen variiert ist, können wir auch damit leben. Das müssen wir hier nicht weiter behandeln. - Einverständnis. Gut.

Dann kämen wir jetzt wirklich in das, was gerade schon angesprochen worden ist. Herr Thomauske, vielleicht sagen Sie noch mal ein paar Worte dazu, was Sie sich gedacht haben beim Schreiben.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Zunächst einmal hatte ich mich gefragt, was denn überhaupt in dem Nationalen Entsorgungsprogramm drin ist. Was steht dort als Anforderung? Hier geht es eben um die Endlagerung der radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse und um die Uran-Tails.

Dann hatte ich mich gefragt, was denn in dem Standortauswahlgesetz drinsteht. Dort ist die Rede von insbesondere hoch radioaktiven Abfällen und davon, den Standort für eine Anlage zu bestimmen. Insofern würde ich an der Stelle nur darauf hinweisen wollen, dass hier nicht „in einem Wirtsgestein“ steht, sondern nur „Bestimmung des Standortes für eine Anlage“. Das ist von Bedeutung, weil auch einige darüber nachdenken, ob man nicht in unterschiedlichen Wirtsgesteinen an einem Standort die Endlagerung vornehmen kann. Insofern spielt das eine gewisse Rolle.

Daher haben wir dann, was die Lösungsansätze anbelangt, die drei Möglichkeiten: in einem Wirtsgestein in einer Anlage, in einem Wirtsgestein, aber räumlich separiert in zwei Anlagen, oder in unterschiedlichen Wirtsgesteinen, aber mit einer relativen Nähe. Dabei muss man sich aber fragen, ob das noch die Anforderung an den Begriff „in einer Anlage“ erfüllt. Insofern sind das die drei Möglichkeiten.

Wir starten an dieser Fragestellung auch nicht neu. Auch der AkEnd hat sich mit der Frage der Gasverträglichkeit sehr intensiv beschäftigt und kommt ebenfalls, wenn auch unter einer anderen Fragestellung oder Ausgangsproblemstellung, zu einem Ergebnis. Gegenstand für den AkEnd war

die Endlagerung sämtlicher Abfälle, also ein Endlagerkonzept, sämtliche Abfälle in einer Anlage.

Dazu hat sich der AkEnd damals verhalten und unter dem Aspekt Gasentwicklung etc. gewisse Möglichkeiten eruiert, die aber nicht die Endlagerung in einem Endlager in einem Wirtsgestein beinhalten, sondern die Empfehlung, an zwei adäquaten Standorten oder in einem Standort in adäquate Wirtsgesteine unter Sicherheits- und Nachweisaspekten sinnvoll bzw. unerlässlich - - Insofern hat der AkEnd an der Stelle die Endlagerung sämtlicher Abfälle in einem Wirtsgestein eher negativ beschieden.

Dann verbleibt insofern im Rahmen des Lösungskorridors die Möglichkeit, an zwei verschiedenen, den jeweiligen Anforderungen entsprechenden Standorten oder an einem Standort mit jeweils adäquaten Wirtsgesteinen zu lagern. Das sind gewissermaßen die beiden Möglichkeiten. Räumlich mache ich das immer am Beispiel Konrad fest. Ich könnte Konrad jetzt auch weglassen. Das heißt, ich habe unten ein Gestein mit erhöhter Permeabilität, Porenanteil usw. Dort kann ich die Konrad-gängigen Abfälle einlagern, und ich habe darüber eine 400 m mächtige Tonbarriere, und dort könnte man gewissermaßen die hoch radioaktiven Abfälle, sofern geeignet, einlagern.

Aus anderen Gründen halte ich dieses Denkmotiv nicht für geeignet, weil man sich nicht wirklich vorstellen kann, dass man oberhalb eines Endlagers mit einer Gasentwicklung ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle einrichtet. Insofern braucht man immer eine räumliche Dislozierung von Endlagern unter sicherheitstechnischen Aspekten.

Die zweite Möglichkeit ist die, dass man sagt, man zieht das räumlich noch weiter auseinander.

Kurzum, im Ergebnis komme ich zu den beiden Lösungsmöglichkeiten: entweder gewissermaßen in relativer Nähe an einem Standort - wir müssen uns dann unterhalten über das Kriterium, das wir einführen müssen, die beiden Endlagerstandorte dürfen sich nicht gegenseitig beeinflussen - oder mit einem regionalen Bezug in einer weiteren Umgebung.

Zu der Fragestellung, wie so ein Verfahren aussehen kann, lautet mein Vorschlag wie folgt: Vorrangig geht es für uns um die hoch radioaktiven Abfälle. Das heißt, die hoch radioaktiven Abfälle haben absoluten Vorrang.

Dann ist die Frage akzessorisch: Gibt es in der Umgebung eines solchen Standortes Möglichkeiten, Wirtsgesteine vorzufinden, in die vernachlässigbar wärmeentwickelnde Abfälle eingelagert werden können, die diese Kriterien erfüllen? - Das wäre, wenn so eine Kombination gefunden werden könnte, eine Möglichkeit. Wenn sie nicht gefunden werden kann, scheidet diese Möglichkeit aus, weil Vorrang hat die bestmögliche Sicherheit für die Endlagerung der hoch radioaktiven Abfälle. Das ist eine *Conditio sine qua non*.

Insofern ist das andere akzessorisch zu betrachten. Wenn sich in der Umgebung eines solchen geeigneten Endlagers für diese hoch radioaktiven Abfallstoffe ein Wirtsgestein findet, in das die vernachlässigbar wärmeentwickelnden Abfälle eingelagert werden könnten, dann könnte das im Rahmen des Abwägungsprozesses ein Vorrang sein, einen solchen Standort auszuwählen, gemessen an anderen Abwägungskriterien.

Das ist gewissermaßen der Vorschlag. Der Vorschlag ist natürlich mit gewissen Konsequenzen verbunden. Was die Kriterien anbelangt, bedarf es zunächst einmal einer gewissen Überarbeitung, aber aus meiner Sicht keiner auf eine unmögliche Leistung gerichtete Überarbeitung. Was als Kriterium von besonderer Bedeutung ist, ist der Ausschluss der gegenseitigen Beeinflussbarkeit dieser beiden Standorte. Das Endlager für hoch radioaktive Abfälle darf in keinem Falle tangiert werden. Insofern ergeben sich daraus gewisse Anforderungen

Im Hinblick auf die Konsequenzen muss man darauf hinweisen, dass man dann in einer Region zwei Endlager einführt, eine Konditionierungsanlage, ein Zwischenlager für die abgebrannten Brennelemente, vielleicht noch mal ein Zwischenlager für die konditionierten Brennelemente, daneben ein Zwischenlager für die vernachlässigbar wärmeentwickelnden Abfälle und sinnvollerweise auch eine Konditionierungsan-

lage für die vernachlässigbar wärmeentwickelnden Abfälle. Dass das ein relativ großes Konvolut an Anlagen ist, das man dann in eine Region bringt, ist der Grund, weswegen ich darauf hingewiesen habe. Man muss sich sehr genau überlegen, ob das dem höherrangigen Ziel, ein Endlager für die hoch radioaktiven Abfälle zu finden, nicht am Ende entgegensteht und wir uns mit der Öffnung für dieses Kombi-Endlager nicht den Weg verbauen, akzeptanzgerichtet ein Endlager für die hoch radioaktiven Abfälle zu finden, das uns gedanklich sehr viel näher liegt und auch unsere zentrale Aufgabe ist, und das auch noch für ein Abfallspektrum, von dem noch überhaupt nicht klar ist, ob es überhaupt kommt. Insofern ist das bei der Abwägung, die wir zu betrachten haben, zu berücksichtigen.

Ich weise auch darauf hin, dass wir an allen Ecken und Enden locker mit der Zeit umgehen. Wir haben gestern plus sechs Jahre für die Öffnung der Gerichtsverfahren am Ende des Standortauswahlprozesses diskutiert. Wir diskutieren dann darüber, dass dieser Prozess, wenn wir zwei Endlager betrachten, natürlich deutlich komplexer, deutlich aufwendiger und insofern auch zu mehr Zeitbedarf führen wird.

Ein Ergebnis in dem Sinne habe ich ganz bewusst nicht gewählt, um die Diskussion nicht gewissermaßen von meiner Seite aus schon in eine bestimmte Richtung zu lenken. Das Fazit aus meiner Sicht ist das: Es ist grundsätzlich möglich, eine solche Kombination aus Endlager und Kombi-Endlager zu finden. Es ist auch grundsätzlich möglich, dass wir im Rahmen unserer Kommissionsarbeit die Kriterien und das Verfahren dafür entwickeln können. Die Frage der Akzeptanz - aber das ist nicht Gegenstand der AG 3 - ist dann etwas, was dann bewertet werden muss.

Vorsitzender Michael Sailer: Vielen Dank. - Gibt es Fragen oder Kommentare dazu?

Dr. Ulrich Kleemann: Zunächst mal bin ich Herrn Thomauske dankbar, dass er das mal so zusammengetragen hat. Denn wir haben in der letzten Kommissionssitzung durchaus eine etwas andere Meinung gehabt. Ich habe Fragen formuliert, und es kam dann so die Vorstellung, man kann

relativ einfach ein solches Kombi-Endlager realisieren. Jetzt wurde aber in diesem Beitrag deutlich, dass doch gewisse Anforderungen an ein solches Kombi-Endlager zu stellen sind.

Wir haben unterschiedliche Zielvorstellungen, was die Durchlässigkeit des Gesteins angeht - für hoch radioaktive Abfälle eine sehr geringe Durchlässigkeit -, während für diese schwach- und mittelradioaktiven Abfälle mit Gasbildung durchaus andere Anforderungen zu stellen sind. Das haben Sie noch mal sehr schön herausgearbeitet.

Vielleicht müssen wir uns, wenn wir uns jetzt intensiv mit diesen Fragestellungen beschäftigen und auch im Hinblick auf den Bericht die Fragen formulieren, die noch zu klären sind, auch mit solchen Alternativkonzepten auseinandersetzen. Zufällig habe ich in der letzten Woche eine Konzeptstudie an die Hand bekommen der Universität Duisburg/Essen, die bisher noch nicht besonders in Erscheinung getreten ist, die aber von dem im Ruhestand befindlichen Prof. Dr. Jentsch, der auch im AkEnd mitgearbeitet hat, mit betreut wurde. Autoren sind Prof. Dr. Schreiber und sein Mitarbeiter Ewert, die sich Gedanken gemacht haben, wie man eine Endlagerung in Kristallingestein unter einer Abdeckung mit dichten Gesteinen vornehmen kann. Sie haben konzeptionelle Überlegungen entwickelt. Das heißt also, dass man sich Granite unter stratiformen Salzformationen anschaut. Es gibt wohl in einem bestimmten Bundesland entsprechende Vorschläge. Ich glaube, aus Thüringen ist jetzt niemand hier dabei, aber möglicherweise gibt es ähnliche geologische Situationen auch in anderen Bereichen von Deutschland. Ich würde vorschlagen, dass man sich mit diesem Konzept auseinandersetzt, weil es möglicherweise diese Fragestellungen mit abdeckt. Man hat ein durchlässigeres Gestein im Untergrund und darüber dann eine dichte Formation, die sicherstellt, dass nichts nach außen dringt. Wie auch immer dann ein Sicherheitsnachweis zu gestalten ist, kann ich im Moment auch nicht beurteilen. Also damit sollten wir uns auf jeden Fall mal auseinandersetzen.

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das ist der gleiche Fall wie Konrad!)

- Ja, nur dass Konrad zur Seite hin offen ist. Also in dem Fall wird eine Formation gesucht, die dann auch einen Abschluss - -

Vorsitzender Michael Sailer: Wir sind eher bei der Frage des Umgangs mit den Abfällen, nicht so arg in den Detailinformationen.

Dr. Ulrich Kleemann: Also auf jeden Fall geht es darum, dass man sich einmal mit diesem Konzept auseinandersetzt, sich das auch in dieser Arbeitsgruppe vorstellen lässt in Form einer Anhörung oder wie auch immer. Das könnte möglicherweise ein Lösungsansatz sein. Ob das zielführend ist am Ende, wird man dann sehen. Aber es geht in jedem Fall in die Richtung eines anderen konzeptionellen Ansatzes als nur die Suche nach einem einschlusswirksamen Gebirgsbereich für hoch radioaktive Abfälle, und insofern muss man ganz neu auch das Endlagerkonzept andenken.

Abg. Ute Vogt: Ich habe noch mal eine Frage zu den zwei Lösungsmöglichkeiten. Also bei der ersten, wenn ich es richtig verstehe, heißt es, dass im Deckgebirge praktisch schwach radioaktiver Abfall eingelagert wird.

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Unten drunter!)

- Unten drunter. Weil ansonsten das Deckgebirge ja nur seine Funktion hätte - -

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das Deckgebirge ist abdichtend!)

- Das ist drüber, und dann kommt - - Okay.

Die zweite Variante, „in einer Region liegend“, bringt dann gar nichts. Ich meine, die beiden Abfallarten zusammenzutun, bringt nur dann was, wenn ich im Grunde sage: Ich habe ein Verfahren, ich habe einmal die ganze planerische Vorgabe, ich habe einmal das ganze Theater, das mit so einem Lager verbunden ist. Aber wenn ich mir dann vorstelle, das soll in einer Region sein, dann würde ich eher sagen, es spricht viel dagegen. Entweder mache ich es an einem Standort, wenn ich es schaffe, oder in einer Region. Aber dann würde ich die niedersächsische Argumentation aus der Vergangenheit aufgreifen, die zu

Recht gesagt haben: Warum eigentlich alles bei uns? - Also ich finde, das wäre dann keine Lösung. Wenn es ohnehin zwei Standorte sind, dann kann man es nicht in einer Region machen. Dafür spricht eigentlich nichts in Bezug auf Lastenverteilung. Deshalb würde ich das zweite Alternative nicht als eine Lösung sehen mit „in einer Region liegend“, sondern wenn, dann muss es zumindest ein sehr nahe liegender Standort sein.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Herr Thomauske hat die zwei Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, die Sie gerade ansprachen. Die erste geht davon aus, dass die hoch radioaktiven Abfälle in dem geringpermeablen Deckgebirge eingelagert werden und die schwachradioaktiven darunter. Ich kann mir diese Möglichkeit allein aus sicherheitlichen Überwägungen nicht vorstellen. Ich kann es mir nicht vorstellen. Deswegen würde ich die erst mal auf die Seite schieben.

Dann die zweite Möglichkeit: Das Wirtsgestein für die hoch radioaktiven Abfälle befindet sich in räumlicher Nähe zum Endlager für vernachlässigbar wärmeentwickelnde Abfälle. Es liegt sozusagen daneben. Das Wirtsgestein liegt daneben. Hier haben wir jetzt nur als Beispiel eine dichte Salzformation, und daneben haben wir eine durchlässigere Formation, die aber von einem Deckgebirge abgeschlossen wird.

In einem solchen Fall kann ich mir auch nicht vorstellen, dass mehr oder weniger von einem Schacht bzw. von zwei Schächten aus zwei Schächte aufgefahren werden, dass von dem Schacht in die eine Richtung gegangen wird, die hoch radioaktiven Abfälle eingelagert werden und dass dann in die andere Richtung gegangen wird, bis man im durchlässigeren Wirtsgestein ist, wo die schwachradioaktiven Abfälle eingelagert werden. Das kann ich mir aus sicherheitlichen Gründen und bei Berücksichtigung des EWG-Konzeptes auch nicht vorstellen.

Dann gibt es die Möglichkeit 3. Die Möglichkeit 3 ist letztlich auch Teil der Möglichkeit 2, die Sie hier genannt haben. Sprich, es werden letztlich zwei Anlagen errichtet mit zwei verschiedenen

Schächten, die jetzt nahe nebeneinander liegen können; das können 2 km, aber auch 20 km oder 200 km bedeuten. Das sehe ich fast als die einzige Möglichkeit an, dass quasi zwei Anlagen errichtet werden. Wie nah die jetzt zusammen liegen oder wie weit sie entfernt liegen, das ist eine Sache des Wording. Das hängt von der geologischen Formation ab. Aber die beiden Anlagen müssen nicht zwanghaft irgendwo nebeneinanderliegen. Das sehe ich als die am ehesten erfolgversprechende Möglichkeit an, hier für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle und für die hoch radioaktiven Abfälle etwas zu finden.

Wenn wir Überlegungen für zwei Anlagen anstellen, die 100 km auseinanderliegen können, dann können wir in der Endlagerkommission sicher Kriterien diskutieren, da können wir auch über Bürgerbeteiligung in der AG 1 diskutieren. Denn die wird nicht viel anders ausschauen bei der einen oder bei der anderen Anlage, aber es werden dann zwei Anlagen werden.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann: Der Knackpunkt ist im Moment die Aussage: Für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle braucht man ein anderes Gestein mit einer höheren Permeabilität. Wenn das für alle Abfälle so ist, dann spricht auch nach meiner Meinung nichts dafür, es an einem Standort zu machen. Dann hat man unterschiedliche Anforderungen und sucht jeweils getrennt. Das hat andere Schwierigkeiten, aber wäre die Konsequenz.

Die Frage ist aber: Ist das wirklich für alle schwach- und mittelradioaktiven Abfälle gesichert, insbesondere für die sogenannten nicht-Konrad-gängigen, also die, die man schon immer im Blick hatte? So, wie ich das jetzt in Erinnerung habe, ist das ein relativ „geringes“ Volumen von 10 000 Kubikmetern, im Verhältnis zu den Asse-Abfällen und den Urantails. Braucht man auch da gesichert eine andere Gesteinsformation, oder ist da auch eine Lösung in derselben Gesteinsformation wie für die hoch radioaktiven möglich, aber nicht vertikal, sondern beispielsweise nebeneinander?

Dr. Detlef Appel: Ich will noch mal ein Wort ins Spiel bringen, das, glaube ich, noch nicht gefallen ist, nämlich die bestmögliche Lösung. Einerseits ist das zwar für die hoch aktiven Abfälle im Standortauswahlgesetz geprägt worden, aber wenn man von anderen Abfällen spricht, dann sollte dafür doch auch eine nahe bestmögliche oder die bestmögliche Lösung gefunden werden. Wenn man das ausschließlich an den Wirtsgesteinstypen aufhängt, passt das offenkundig nicht zusammen. Es wäre der reine Zufall, wenn man an einem Standort, in einem sehr weit gefassten Kombilagersystem etwa, in beiden Fällen, sowohl für die hoch aktiven Abfälle als auch für die schwach- und mittelaktiven Abfälle, Zustände fände, die man, selbst wenn man großzügig ist, als bestmöglich beschreiben könnte. Das ist sehr unwahrscheinlich, wie das eben schon angedeutet worden ist.

Das heißt, wenn man diesen Weg gehen will oder meint, gehen zu müssen, oder tatsächlich gehen muss, dann landet man sehr wahrscheinlich an zwei unterschiedlichen Standorten. Es ist von vornherein unklar, wie weit die auseinanderliegen oder wie weit sie zusammenliegen.

Es gibt auch Versuche in anderen Ländern, unterschiedliche Abfallströme trotzdem in ein Endlager zu packen, obwohl sie unterschiedliche Anforderungen stellen. Ich will nur zwei Hauptproblembereiche herausgreifen. Das, was immer zuerst genannt wird, ist die Gasproblematik - deswegen höhere Durchlässigkeit. Das Zweite ist alles, was man allgemein als hydrochemische Problemlage oder geochemische Probleme beschreiben könnte.

Im Hinblick auf die Gasproblematik gibt es sicherlich auch andere Ansätze. Sie führen wahrscheinlich auch nicht zur bestmöglichen Lösung, aber sie sind durchdacht worden. Man schafft Porenvolumen innerhalb eines Bereichs des sehr gering durchlässigen Wirtsgesteins. Dann hat man das Problem, dass man sicherstellen muss, dass nur in diesem Bereich die erhöhten Durchlässigkeiten, die das Gas aufnehmen können, auf längere Zeit verfügbar bleiben und dass nicht nachteilige Konsequenzen für das Gesamtsystem entstehen können.

Es ist versucht worden, diesen Ansatz in der vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben zu betrachten - nicht abschließend, aber immerhin. Das heißt also, es gibt Gedanken in diese Richtung.

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Morsleben!)

- Nein. Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben. Ich spreche jetzt nicht über die realen Verhältnisse, schon gar nicht bei alten Anlagen, wo man mit den Problemen sowieso irgendwie umgehen muss.

In der Schweiz wird die Möglichkeit eines Kombilagers diskutiert. Auch dort hat man ein sehr gering durchlässiges Wirtsgestein, und man kann für die schwach- und mittelaktiven Abfälle Gasentwicklung in einem ungünstigen Ausmaß nicht vollends ausschließen. Aber das ist deren erster Weg gewesen: die Gasproblematik durch vorherige Konditionierungsmaßnahmen zu reduzieren. Das ist ein Ansatz. Dann kann man auch an dem System selber etwas machen.

Was ich damit sagen will, ist: Es gibt aus meiner Sicht nicht den Königsweg, aber man muss sich sorgfältig überlegen, wie man damit umgeht, und dann öffnet sich natürlich auch die Diskussion wieder im Hinblick auf die Themen, die in der Kommissionssitzung eine Rolle gespielt haben: Was sind das denn für konkrete Eigenschaften? Kann man sie fassen? Welche Konsequenzen lassen sich daraus ableiten, um einerseits die Anforderungen der Abfälle an das Gestein und umgekehrt die Anforderungen des Gesteins an die Abfälle formulieren zu können und sich dann damit auseinandersetzen zu können: Wie kann man damit am geschicktesten und am besten umgehen?

Aus meiner Sicht ist es – das klang eben schon an – mit Sicherheit nicht nur ein sicherheitstechnisches Problem, sondern auch ein Vermittlungsproblem im Sinne einer gesellschaftlichen Problematik. Die muss von Anfang an berücksichtigt werden. Deswegen finde ich es bedauerlich, dass die Diskussion über dieses Gesamtproblem jetzt so in Gang gekommen ist – nicht in dieser Arbeitsgruppe, sondern insgesamt.

Min Stefan Wenzel: Sie haben in Ihrem Papier diesen Begriff „eine Anlage“ aufgegriffen. Das ist natürlich nahe liegend, weil er im Gesetz steht. Jetzt kann man darüber spekulieren: Was ist „eine Anlage“? Man könnte aber natürlich auch dieses Wort „eine“ hinterfragen. Wir haben ja durchaus die Möglichkeit, die Empfehlung abzugeben, dort eine andere Zahl einzusetzen.

Ich bin insgesamt froh, dass wir an diesem Punkt angekommen sind und dass wir durch die Abfallbilanz auch diese Problematik auf dem Tisch haben. Sie wäre unweigerlich gekommen. Jeder spätere Zeitpunkt wäre ungünstiger, weil das immer alle Überlegungen, die davor angestellt wurden, diskreditieren würde. Insofern macht es schon Sinn, die Frage jetzt zu diskutieren, was das heißt und was für Folgen das hat.

Deswegen denke ich, dass man diesen Punkt noch mal überlegen sollte.

Es gab ja im Vorfeld, als das Standortauswahlgesetz diskutiert wurde, immer auch die Frage: Wenn man am Ende zur Erkundung kommt, egal, ob oberirdisch oder unterirdisch, wie viel Vergleichsstandorte erkundet man, oder wie viele Vergleichsstandorte von welchem Wirtsgestein erkundet man? Auch da hat man immer wieder das Problem: Was ist, wenn ich sozusagen Rückschritte machen muss oder wenn Erwartungen, die ich in einen bestimmten Ort setze, am Ende nicht erfüllt werden? Wenn ich das alles nur auf eine einzige Anlage oder einen einzigen Standort ausrichte, werde ich möglicherweise 20, 30 Jahre zurückgeworfen.

Wenn man von vornherein etwas breiter aufgestellt an diese Planungen herangeht und sich möglicherweise ein Standort hinterher entgegen allen Erwartungen als nicht geeignet herausstellt, dann hat man möglicherweise noch andere Optionen, ohne wieder ganz von vorne anfangen zu müssen.

Auch dieser Gesichtspunkt könnte dazu führen, dass man hier über eine andere Zahl nachdenkt, auch bei der Frage: Wie viele Optionen erkunde ich?

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich denke, was gesagt wurde, ist insgesamt richtig. Ich wollte meinen Vorschlag auch so verstanden wissen, dass es genau darum geht, sich am Ende zu fragen, was das bedeutet und wo die möglichen Wege dann sein können. Das heißt, es ist zu fragen: Muss es eine Anlage sein? Muss es ein Standort sein? Ist es gegebenenfalls ein Suchprozess? Es könnte ja auch gemeint sein, in diesem Verfahren in einem Suchprozess beide Fragestellungen zu klären. Das sind dann die Dinge, über die wir uns unterhalten müssen, wo die möglichen Auswege sind

Im Hinblick auf die Frage „insbesondere“, Herr Backmann: Wir wissen nicht, wie viele nicht-Konrad-gängigen Abfälle es gibt und wie die aussehen. Wir haben keine Vorstellung davon. Wir wissen, dass gegenwärtig im Planfeststellungsbeschluss zu Konrad 303 000 Kubikmeter Abfälle umfasst sind, aber welcher Anteil der in Deutschland bestehenden Abfälle am Ende so konditioniert werden kann, dass die Kriterien erfüllt werden, das weiß heute niemand. Insofern ist die Frage der nicht-Konrad-gängigen Abfälle offen.

Vorsitzender Michael Sailer: Diese Debatte führen wir heute nicht mehr.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, ich wollte nur darauf hinweisen.

Zu der Fragestellung, dass es zwei getrennte Anlagen sein müssen: Ich denke, es sollte aus meinem Papier deutlich geworden sein, dass man es aufgrund der gegenseitigen Beeinflussung nicht in eine Anlage und nicht in einen Standort packen kann. Da hätte ich erwartet, dass Herr Appell den Begriff der Robustheit einführt, weil eine solche Lösung in unmittelbarer Nähe nicht als robust bezeichnet wird werden können.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich würde den Tagesordnungspunkt jetzt aufhören. Ich glaube, die Aufgabe, die Herr Thomauske übernommen hat, nämlich aufzublättern, was das alles bedeutet, haben wir hinbekommen.

(Dr. Ulrich Kleemann: Wir reden darüber nicht mehr nach der Pause?)

- Nein, wir reden nach der Pause nicht mehr darüber.

Dr. Ulrich Kleemann: Aber wir müssen doch noch darüber reden, wie wir jetzt weiter damit umgehen.

Vorsitzender Michael Sailer: Das wollte ich jetzt gerade vorschlagen, wenn du mich reden lässt.

Wir haben jetzt mal aufgeblättert, was die Möglichkeiten sind. Außer bei der Debatte um die nicht-Konrad-gängigen ist noch nicht über die Abfälle gesprochen worden. Gleichzeitig war in allem, jetzt vom Denklösischen her, die Unterstellung enthalten: Die passen nicht in einem Lager zusammen.

Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir in der nächsten AG-3-Sitzung diesen Tagesordnungspunkt wieder aufrufen, uns aber auf die Eigenschaften und Sachverhalte bei den drei sonstigen Abfallgruppen konzentrieren.

Die Frage der Akzeptanz betrifft die AG 1, würde ich sagen, aber über die Frage, ob es zwangsläufig ist, dass die Abfälle nicht zusammenpassen, oder was es bedeutet, die Abfälle zusammenzubringen, werden wir im Endbericht sicher ein Kapitel schreiben müssen. Das Ziel wäre, bei der nächsten Sitzung in der Diskussion dafür die Basis zu schaffen.

Das heißt, wir haben bei der nächsten Sitzung den gleichen Tagesordnungspunkt, aber mit dem Schwerpunkt auf den Eigenschaften der drei anderen Abfallarten: Wie würden sie mit den hochaktiven Abfällen interagieren oder sonstige Dinge hereinbringen? Zu den Eigenschaften, Herr Backmann, gehört natürlich auch die Menge.

(Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann: Da bräuchte man aber Input!)

- Ja, werde ich überlegen müssen.

Dr. Ulrich Kleemann: Wenn wir schon über die weitere Vorgehensweise reden: Ich hatte hier einige Fragen aufgeschrieben, aber es gibt ja darüber hinaus noch weitere Fragen. Wir hatten ja

auch überlegt, ob es nicht vielleicht sinnvoll ist, dazu noch mal ein Gutachten in Auftrag zu geben. Da läuft uns ein bisschen die Zeit davon. Wenn wir uns erst in der nächsten Sitzung damit auseinandersetzen, dann für die darauffolgende Sitzung erst über ein Gutachten reden, sind wir schon im November. Da wird es schon sehr eng.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir müssen heute noch die geologischen Kriterien behandeln. Wenn wir darüber heute nur eine Stunde diskutieren, haben wir ein Riesenproblem. Ich würde einfach vorschlagen, dass wir einen Weg in kleineren Gesprächen finden, wie wir bei dem anderen Thema vorbereitet hinkommen.

Ich weiß auch nicht, ob wir mit einem Gutachten zu den Asse-Abfälle oder mit einem Gutachten zu den Urenco-Abfällen oder mit einem Gutachten zu sonstigen schwach- und mittelaktiven Abfällen weiterkommen oder ob wir das nicht hier aus eigenem Sachverstand hinkommen. Ich meine das, was wir für die Kommissionsarbeit brauchen, nicht das, was wir in 15 Jahren wissen müssen. Für jede der drei Abfallarten ein Katalog der Art, wie wir ihn letztes Mal als Kommissionmaterial hatten, wäre schon mal eine gute Voraussetzung. Dann nehmen wir noch ein paar Antworten dazu.

Ich würde eher dafür plädieren, dass wir mal klären, wie weit wir das hier am Tisch lösen können. Ich glaube, das können wir für die Fragestellungen, die wir brauchen, lösen. Wir werden dann in den Kommissionsbericht bestimmte Fragen aufnehmen, aber dies damit begründen, dass es schwierig ist. Vielleicht sollten wir Herrn Thomauskas Papier wirklich als nullte Version des Living Papers in diesem Kapitel nehmen.

Wir haben vorhin gesagt, im Januar wollen wir mit der Fachöffentlichkeit und anderen Interessierten aus der Öffentlichkeit über die geologischen Kriterien diskutieren. Bis dahin müssen wir dazu noch etwas hinkommen.

Wir machen jetzt Mittagspause bis 14 Uhr.

(Unterbrechung von 13.15 bis 14.12 Uhr)

Vorsitzender Michael Sailer: Jetzt fangen wir wieder an. Wie gesagt, der letzte Punkt ist für heute abgehandelt, geht aber nächstes Mal weiter.

Wir brauchen heute noch einen nichtöffentlichen Sitzungsteil, denn das ist offensichtlich heute Morgen so beschlossen worden. Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder machen wir das sofort, oder wir machen um 16 Uhr Pause, und nach der Pause geht es erst einmal nichtöffentlich weiter. Denn ich befürchte, wenn wir das zwischen 17.40 und 18 Uhr machen, kommen wir damit nicht mehr so ganz hin.

(Dr. Ulrich Kleemann: Dann geht es schneller!)

- Okay. - Herr Landsmann, schreiben Sie das mal ins Protokoll.

Tagesordnungspunkt 6
Themenkomplex 3 (geowissenschaftliche Kriterien)
Entscheidung über Kriterienansatz auf Basis
AkEnd

Umgang mit Abwägungs-/Gewichtungsnöten

Weg zur Erstellung eines Kapitels für den Endbericht

Vorsitzender Michael Sailer: Ich erinnere daran, dass wir heute Morgen etwas Zeitplanähnliches für eine öffentliche Debatte festgelegt haben, bei dem der Verdacht besteht, dass wir da mit bestimmten Sachen fertig sein müssen.

Wir haben zu dem Themenkomplex 3, den geowissenschaftlichen Kriterien, zwei Unterlagen bekommen, einmal aus Niedersachsen eine Fortschreibung des Living Paper zu den Kriterien. Es ist aus meiner Sicht erst einmal sinnvoll, es so zu machen. Darüber haben wir ja auch gesprochen. Das ist jetzt völlig unabhängig davon, dass mir an der einen oder anderen Stelle etwas auch nicht gefällt. Aber der Stil, die Sachen weiterzuschreiben, ist schon okay und brauchbar.

Als Zweites haben wir eine Einführung in ein Kapitel „Abwägungskriterien“ von Detlef Appel bekommen. Wir haben ja alle gemeinsam festgestellt, dass ein Einleitungskapitel unbedingt notwendig ist. Wenn wir das System, die Denke hinter den Kriterien und den Zusammenhang zwischen ihnen nicht aufschreiben, dann macht das gar keinen Sinn. Dann passiert so etwas, wie wir es heute Morgen von unseren Veranstaltungsbegleitern gehört haben: Lasst uns mal beliebig über Kriterium 27 reden, wer etwas dazu meint; lasst uns beliebig über Kriterium 36 reden. - Aber das ist es ja gerade nicht, sondern es geht darum, dass die Sachen zusammenhängen.

Wir haben noch Aufgaben unterwegs, nämlich die Aufgaben Mindestkriterien für Kristallingestein bzw. Granit. Ich würde gerne an dieser Stelle anfangen. Ich weiß, dass es nicht zu leisten war, bis heute die Granitkriterien rüberzubringen. Aber ich möchte erst mal fragen, damit alle Bescheid wissen, wann Sie in der Lage sind, da etwas als Diskussionsvorschlag fertigzumachen. - Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Es wird zurzeit von der DBE TEC, von der GRS und von der BGR ein Forschungsvorhaben KRISTA bearbeitet, das sich mit der Endlagerung in Kristallingestein beschäftigt und in dem auch geprüft werden soll, inwieweit das ewG-Konzept auf Kristallingestein übertragbar ist. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens sollen auch Kriterien für eine Standortwahl oder Eignungskriterien für einen Standort im Kristallingestein entwickelt werden. Die Forschungsnehmer wollen bis Ende September einen ersten Entwurf eines Positionspapieres vorlegen. Das würden wir - die kleine Geologiegruppe, wie Sie es mal nannten - erst mal abwarten. Sobald wir das vorliegen haben, würden wir uns zusammensetzen und eigene Überlegungen anstellen. Ob bis zur nächsten Sitzung - die ist, glaube ich, in der zweiten Oktoberhälfte - gleich etwas daraus wird, kann ich jetzt nicht versprechen.

Vorsitzender Michael Sailer: Die nächste Sitzung ist am 21. Oktober und die übernächste am 24. November, wobei wir zu der Sitzung im November gedacht haben, dass wir zumindest einen Teil

für die Behälterfrage und Bergbarkeit der Behälter reservieren und dafür Fachgäste zum Vortragen einladen. Das steht nach wie vor im Raum.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Bis 24. November müsste auf jeden Fall eine Vorlage möglich sein. Das würde ich jetzt, ohne die Kollegen gefragt zu haben, sagen.

Vorsitzender Michael Sailer: Es war kein besonderes Zucken zu sehen. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann: Ich wollte darum bitten, dass die Studie, die Herr Kleemann heute Vormittag zitiert hat, uns zur Verfügung gestellt wird - oder ein Link darauf, falls sie schon veröffentlicht ist.

(Dr. Ulrich Kleemann: Ich kann sie weiterleiten!)

Den Vorschlag, dass wir uns mit diesem Unterpfad - oder wie man das jetzt nennen will - noch mal intensiver befassen, würde ich gerne aufgreifen wollen.

Vorsitzender Michael Sailer: Diese Studie stellen wir also dann als Material zur Verfügung.

Aber das beantwortet aus meiner Sicht eigentlich nur die Frage: Suchen wir in den drei traditionellen Formationen, oder gibt es auch Mischformationen, in denen wir suchen?

Im AkEnd hatten wir ja immer die Varianten: Der einschlusswirksame Gebirgsbereich ist im Wirtsgestein, oder das Wirtsgestein und der einschlusswirksame Gebirgsbereich sind in unterschiedlichen Bereichen. Das ist aus meiner Sicht eine Untervariante von den unterschiedlichen Bereichen und würde dann eher ins Suchverfahren führen. Aber es macht auf jeden Fall Sinn, dass wir das mal zur Kenntnis nehmen und überlegen, inwieweit uns das weiterhilft.

Aber es würde aus meiner Sicht damit enden, dass man sagt: Am Anfang des Suchverfahrens schaut man an mehr Stellen als an den traditionellen, die sonst immer genannt sind.

Dr. Ulrich Kleemann: Das hat ja noch einen anderen Aspekt. Wenn wir uns über spezielle Kristallinkriterien Gedanken machen und zum Beispiel eine höhere Durchlässigkeit akzeptieren, dann wäre das ja ein Konzept, dass man sagt: Kristallin unter einer abdichtenden Deckschicht ist auch eine Variante, die man betrachten kann. Insofern spielt das schon in unsere Kriterien mit hinein.

Dr. Detlef Appel: Aus meiner Sicht ist die Situation, die da beschrieben wird, durchaus mit dem AkEnd-Konzept kompatibel, auch im Hinblick auf den einschlusswirksamen Gebirgsbereich, so wie eben von Herrn Sailer angedeutet. Das liegt einfach daran, dass es ein Wirtsgestein gibt, das nicht dasselbe ist wie das Gestein, das den einschlusswirksamen Gebirgsbereich liefern soll; das ist in diesem Fall jetzt Steinsalz. Diese Trennung ist durchaus kompatibel mit dem System. Nur schneidet sie in einer rein theoretischen Beurteilung im Vorfeld aufgrund der Konfiguration - wie liegen denn die einschließenden Gesteine und die Abfälle aufnehmenden Gesteine zueinander? - zunächst einmal relativ schlecht ab.

Große Tiefe und bestimmte Gesteinsausprägung sind dann natürlich wieder abwägungswesentliche Einzelaspekte, die da einfließen können. So gesehen, ist das sicherlich kompatibel. Da muss man in diesem Fall nicht große Aufstände machen, denn das gedankliche System ändert sich zunächst einmal nicht.

Vorsitzender Michael Sailer: Nachdem wir jetzt versucht haben, eine leicht divergierende Einordnung zu geben, schlage ich vor: Das geht als Unterlage hin; dann können wir noch einmal darüber diskutieren und auch die Frage behandeln, ob wir mit den Kollegen in Kontakt treten oder ob wir es nur als eine Variante zur Kenntnis nehmen. Aber erst einmal bekommen Sie alle Gelegenheit, das anzuschauen; dann sehen wir weiter.

Heißt es eigentlich Kristallinkriterien oder Kristallinmindestkriterien? Was wäre das, was wir in der Novembersitzung als Vorlage erwarten können?

Dr. Ulrich Kleemann: Einen vollständigen Satz von Kriterien.

(Heiterkeit)

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Es wird sicher auch irgendwo Mindestanforderungen, Ausschlusskriterien und Abwägungskriterien geben. Wir sind bemüht, diese schriftlich zu fassen. Inwieweit es vollständig wird, werden wir dann sehen.

Vorsitzender Michael Sailer: Mit so etwas kann man ja leben.

Dr. Detlef Appel: Mit großer Sicherheit wird es eine Abweichung von den strengen Mindestanforderungen des AkEnd mit einer bestimmten Gebirgsdurchlässigkeit geben. Da wird es wohl eine Öffnung geben müssen. Da sage ich jetzt nur, dass das in Skandinavien eine Öffnung um zwei Größenordnungen ist. Das heißt, da ist nicht 10^{-10} - was immer das jetzt bedeutet - die kritische Größe, sondern da ist 10^{-8} die Größe. Ob das dann dasselbe sein wird, sei dahingestellt.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir sind das letzte Mal, als wir darauf kamen, dass wir die separaten Kriterien brauchen, eigentlich von etwas anderem ausgegangen. Wir müssen nicht schauen, ob die AkEnd-Kriterien, die nur für Salz und Ton gemacht worden sind, als Einzelkriterium sich auch im Kristallin abbilden lassen, sondern wir müssen es andersherum machen: Wir müssen sagen, wir brauchen für das Kristallin einen Kriteriensatz, der das optimale Kristallin aussucht. Das ist eine leicht andere Herangehensweise.

Wenn man dann sagt, die und die Kriterien sind die gleichen wie bei Ton und Salz, und die und die Kriterien sind eben anders, weil ich beim Kristallin ein Optimum anders beschreibe, dann macht das einen richtig klaren Unterschied in der Herangehensweise. Es nützt uns nichts, wenn wir eine AkEnd-konforme Interpretation der Kriterien haben, aber damit nicht das optimale Kristallin finden, weil die wichtigen Sachen vom Kristallin gar nicht in den Kriterien abgebildet sind. Die Überlegung ist ja: Wie bekomme ich das schönste Kristallin?

Jetzt habe ich von allen ehemaligen AkEnd-Mitgliedern inklusive Herrn Bräuer Wortmeldungen.

Dr. Volkmar Bräuer: Was man bei der ganzen Diskussion ja nicht vergessen darf, ist, dass man auch eine Konzeptänderung damit verbindet. Wir alle wissen: Die Skandinavier haben ein ganz anderes Konzept als das Konzept, das bisher hier favorisiert wurde. Wenn man sich das jetzt vor Augen hält, dann kann man auch nicht das Kristallin mit den gleichen Maßstäben messen wie zum Beispiel Ton und Salz.

Wir müssen uns allerdings darüber im Klaren sein: Wenn klüftige Gesteine weiter in der Diskussion bleiben sollen, dann heißt das auch, dass man das Konzept öffnet, dass man nicht sagt, die geologische Barriere ist die Hauptbarriere, sondern man öffnet dieses Konzept und sagt: Die geologische Barriere ist auch eine Barriere, kann aber durch eine zusätzliche geotechnische Barriere oder technische Barriere so ausgestattet werden, dass 100 Prozent Sicherheit erreicht werden.

Noch einmal: Wenn man diese klüftigen Gesteine mit ins Kalkül zieht, ist das mit einer Konzeptänderung verbunden.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Insofern würde ich schon erwarten, dass wir im Rahmen der Abwägung uns Gedanken machen, ob es da nicht Vor- und Nachteile gibt, und die auch bewerten. Der Auffassung, dass es jetzt nur darauf ankommt, zu entscheiden, was der schönste Granit oder das schönste Kristallingestein ist, würde ich so nicht folgen wollen. Denn sonst könnten wir uns noch über andere Gesteinstypen unterhalten und uns fragen, was dort das schönste ist, wenn wir sie einfach nur nebeneinanderstellen.

Der Querbezug und die Bewertung, auch am Ende unter dem Aspekt, ob wir nicht heute schon erkennen können, was da unter Robustheitsgesichtspunkten oder auch unter anderen Gesichtspunkten eine bestmögliche Lösung ist, ist eine Aufgabe, der wir uns schon auch stellen sollten.

Dr. Detlef Appel: Als ehemaliges AkEnd-Mitglied und als jemand, der sich immer und auch bis

heute noch um den Einschlussansatz, den Gedanken des einschlusswirksamen Gebirgsbereiches, kümmert, ist mein Interesse klar. Herr Bräuer hat es genau gesagt: Es gibt ein anderes Konzept, und das bedeutet - ich sage es jetzt mal platt, selbst wenn das im Moment vielleicht nicht direkt zur Lösung führt -: Es wird darin bestehen, dass die Anforderungen an die Geologie nicht so hoch sind wie bei dem gedanklichen Konzept, wie wir das heute Morgen diskutiert haben, und dass im Hinblick auf das Einschlussvermögen etwas an diese Stelle treten muss.

Mein Interesse daran - es ist egal, wie dann die Kriterien im Einzelnen aussehen - ist, dass diese beiden Systeme doch wenigstens einerseits gedanklich und zweitens auch in der Praxis, in der Erwartungshaltung, die man ihnen gegenüber haben kann, in gewisser Weise vergleichbar sind. Wenn das nicht gelingt, muss man sich fragen: Warum hat es dann diese Entwicklung im Bereich des AkEnd in Richtung auf den einschlusswirksamen Gebirgsbereich und die Priorität der geologischen Barrieren gegeben?

Ich denke dann an ein System, bei dem die Geologie im Hinblick auf das, was sie eigentlich möchte und sollte, nicht so viel leistet. Ich denke, dass es dann andere Teile dieses Systems machen sollen, richten sollen sozusagen, und dass man das zunächst gedanklich kompatibel und dann auch kriterienmäßig kompatibel bekommt mit dem Gedanken des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs.

Das heißt, der wesentliche Unterschied zu dem Modell Skandinavien, also im Wesentlichen Schweden und Finnland, ist, dass an der Oberfläche geschaut wird, was die Auswirkungen und die Folgen sind. Im AkEnd-Prinzip wird am Rand des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs geschaut. Das andere wird auch betrachtet, aber das ist die Kernidee sozusagen.

Dies miteinander in Einklang zu bringen, ist für mich das methodisch und bei der Herangehensweise schwierige Problem. Ich sehe das aber nicht als aussichtslos an. Wenn es anders wäre, dass wir da Abstriche machen müssten, dann muss ich sagen: Dazu habe ich nun keinen großen Drive, nachdem man sich zehn Jahre dafür

stark gemacht hat, es akzeptiert ist und es der einzige sicherheitstechnische Fortschritt ist, den es gedanklich seit Jahrzehnten gegeben hat.

Vorsitzender Michael Sailer: Wenn wir Ton- und Salzstandorte suchen, bekommen wir sofort entgegengehalten: In Granit ist es doch viel besser. Schaut mal, die Schweden und die Finnen machen das.

Wir kommen im deutschen Verfahren, nachdem wir alle drei Gesteine haben, nicht drum herum, alle drei Sorten Gesteine, zumindest in dem ersten, möglicherweise auch in dem zweiten Auswahlschritt, noch mit dabei zu haben.

Es gilt noch immer der Grundsatz: Ich muss konkrete Standorte vergleichen; denn innerhalb von Granit, innerhalb von Salz und innerhalb von Ton gibt es so viel Varianz, dass man nur die guten Standorte von allen drei Sorten miteinander vergleicht. Ich glaube, Detlef, die konzeptionellen Sachen gehen dann in den Vergleich zwischen den Standorten ein, die man dann genannt hat.

Als ich „schönster Granit“ gesagt habe, meinte ich ja nicht, dass das der schönste Granit ist, sondern dass das die geeignetste Formation für ein Konzept im Granit ist.

Es wurde in der Diskussion von verschiedenen Seiten zu Recht darauf hingewiesen: Wir müssen uns da ein Stück weit vom ewG wegbegeben; denn einen ewG im Granit zu konstruieren, geht ja nicht. Ich habe arge Zweifel, dass wir eine Konstruktion für einen ewG finden, in dem alle 1 900 Behälter drin sind. Das heißt, wir brauchen einen einschlusswirksamen Bereich, und das ist im Zweifel Außenkante Bentonit, oder aber wir definieren etwas anderes. Ich sehe aber erst mal nichts anderes.

Wenn wir sagen, wir konstruieren Außenkante Bentonit - - Zur Erinnerung noch mal: Ich habe, sagen wir mal, abgebrannte Brennelemente oder Glas innen drin. Ich habe drum herum den Kupferbehälter oder von mir aus auch einen anderen. Der Kupferbehälter ist vollständig von Bentonit eingeschlossen, also von quellfähigem, künstlichem Ton. Damit ist die Abschirmung, also die

Verhinderung des Wasserzutritts oder Wasserablaufs, da. Dann habe ich die Anforderung daran, dass das absolut dicht ist, ähnlich wie das beim ewG ist. Ich habe die Anforderung an den Granit, dass er so ist, dass keine Beschädigung der Konfiguration auftreten kann, die die Konfiguration kaputt macht.

Ich kann jetzt darüber diskutieren, ob die Konfiguration Sinn macht. Aber ich sehe nicht ganz, wie wir hier Kriterien für Granit entwickeln können, ohne dass wir uns zumindest ein Grobkonzept dazu vorstellen. Herr Thomauske sagt ja immer zu Recht: Man kann sich nicht einen schwebenden Abfall in irgendeinem Gebirge vorstellen, sondern man muss sich ein ganzes Stück Technik dazu vorstellen.

Mein Vorschlag ist jetzt an dieser Stelle: Wir sagen, der einschlusswirksame Bereich ist um jeden Lagerbehälter die Außenkante Bentonit, und der Rest, der außenherum stattfindet, hat den einen Zweck, den einschlusswirksamen Bereich vor allem zu schützen, was in den Millionen Jahren an Gebirgsbewegung und sonst was passieren kann. Das hat möglicherweise auch noch die Funktion, die Ausbreitung von kontaminiertem Wasser zu behindern. Aber mehr geht nicht.

Entweder nehmen wir das, oder wir entwickeln etwas anderes. Ich sehe jetzt nur nicht, was etwas anderes sein kann. Aber wir können keine Kriterien für einen guten Granitstandort entwickeln, wenn wir nicht diese oder eine andere ähnlich konkrete Vorstellung im Hinterkopf haben, weil wir sonst gar nicht hinterfragen können, ob unsere Kriterien vernünftig sind. Insofern müssen wir den Gedankensprung jetzt machen. Sonst kommen wir bei den Granitkriterien nicht weiter.

Ich habe jetzt Wortmeldungen von Herrn Fischer, Herrn Bräuer, Herrn Backmann und Herrn Kudla gesehen.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Wenn ich dem folge, was Sie gerade gesagt haben, dann sind wir, meiner Meinung nach, bei der Frage, ob wir für Granit tatsächlich das Gedankenmodell des ewG verlassen, da herausgehen, dafür etwas anderes machen und dann am Ende in der vergleichenden Bewertung wahrscheinlich bei einer detaillierten

Sicherheitsanalyse landen; denn anders kommen wir ja dann zu keinem Vergleich. Das wäre quasi die Konsequenz daraus. Ich denke, wir müssen die Entscheidung fällen, ob wir das wollen; denn bisher war ich davon ausgegangen, dass unser ewG-Modell tatsächlich noch der Kern der Betrachtung ist.

Vorsitzender Michael Sailer: Gut. - Herr Bräuer war der Nächste.

Dr. Volkmar Bräuer: Das, was Herr Fischer eben gesagt hat, ist ein Teil von dem, was auch ich sagen wollte. Es kommt aber noch etwas hinzu. Wenn Sie diesen, ich würde mal sagen, Trick machen wollen, also Außenkante Bentonit, dann sagen Sie nichts über den Inhalt bzw. das Kristallin aus. Das heißt also, Sie können praktisch mit jedem Kristallin - ich sage das jetzt einmal als exzentrische Meinung - mithilfe des Bentonit einen ewG erzeugen. Wie, mit welchen Kriterien wollen Sie dann einen Kristallinbereich suchen, wenn Sie jeden gebrauchen können? Auf diese Schwierigkeit möchte ich hinweisen.

Vorsitzender Michael Sailer: Die besteht sicherlich. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann: Daran gleich anknüpfend stellt sich für mich die Frage: Geht das nicht auch beispielsweise bei einem Tongestein, das die Kriterien, die wir ansonsten entwickelt haben, nicht erfüllt, dass man sagt, man gleicht das aus, und auch dort gibt es dann einen künstlichen einschlusswirksamen Bereich?

Das ist für mich ein doppelter Systembruch: Zum einen nähern wir uns jetzt plötzlich vom Ergebnis her. Wir sagen: Das Ergebnis nimmt uns keiner ab. Deswegen muss Granit weiterhin drin bleiben. Aber in der Systematik, wenn wir uns schrittweise nähern, würden wir hier eigentlich an eine Grenze stoßen.

Zum anderen müsste dies dann, wenn man es so machen würde, wohl ehrlicherweise als eigener Pfad definiert werden. Dann haben wir aber nicht mehr den klassischen Pfad, wie wir ihn bisher haben, sondern wir haben etwas ganz Neues,

nämlich eine Kombination oder ein Kombinationsmodell. Das ist für mich auch qualitativ etwas anderes.

Die Frage wäre für mich tatsächlich: Machen wir die ganze Debatte dann nicht ein Stück weit angreifbar, weil uns jeder sagen kann: „Wenn ihr einmal mit genug Aufwand in schlechte Tonformationen guckt, bekommt ihr es vielleicht auch dort hin oder vielleicht noch in ganz anderen Gesteinsarten, die ich nicht kenne“?

Vorsitzender Michael Sailer: Okay. - Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Den Widerspruch, den Herr Backmann hier sieht, sehe auch ich. Wenn wir ein Endlager in Kristallin mit einem Endlager im Tongestein vergleichen, dann sind wir an sich sofort bei den Sicherheitsuntersuchungen. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir uns auch diesem Thema noch widmen müssen. Sicherheitsuntersuchungen setzen voraus, dass man ein Endlagerkonzept hat und weiß, wie das aussieht, und dass man dann entsprechende Berechnungen anstellt. Wir müssen eine Methodik dafür ausweisen, wie das geht. Dabei wird dann schon ein Ergebnis für das entsprechende Endlager herauskommen. Aber entscheidend ist schon, dass wir das Kristallin auf jeden Fall in der Kommission noch mitbehandeln und den Widerspruch zwischen ewG beim Kristallin und ewG im Tongestein aufzeigen.

Vorsitzender Michael Sailer: Stefan Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Immerhin ist Kristallin das im internationalen Vergleich mit am weitesten entwickelte Lagerkonzept, zumindest wenn man sich einmal die Schweden oder die Finnen vor Augen führt. So viele Beispiele haben wir international ja gar nicht. Deswegen wäre es, glaube ich, fatal, wenn wir diese Option links liegen lassen würden; das will eigentlich auch niemand.

Die zweite Frage ist: Wie definiert man den zu schützenden Bereich? Wenn man sich den Bentonit und den Kupferkörper in der Mitte anschaut, den die Schweden wählen, aber auch wenn man über Ton spricht und guckt, was die Schweizer machen, oder Salz und die bisherigen

Überlegungen dazu betrachtet, stellt man immer fest: Man redet auch über Behälter, über Konditionierung und muss auch hier eine Betrachtung vornehmen, die je nach Wirtsgestein spezifisch ist.

Weil ich in der letzten Sitzung nicht da war, würde mich interessieren, wie weit das Thema hier schon vertieft wurde, was hinterher an wirtsgesteinsspezifischen Definitionen bei den anderen beiden Gesteinen erforderlich ist.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir haben das nicht diskutiert. Ich erwarte mir den Anknüpfungspunkt aus der Diskussion im November über die Behälter, weil wir da automatisch auch über die Umgebung der Behälter reden müssen oder wohin die passen. Das müssen wir aber sehen.

Ich bin nicht unbedingt ein Fan von dem, was ich vorhin gesagt habe. Mir geht es jetzt eher um die logische Ableitung. Wenn wir nicht definieren, was zu schützen ist und wie zu schützen ist, können wir keine Kriterien entwickeln, um zu sagen: Das ist ein Ort im Gestein, der passt oder nicht passt. Das ist die eigentliche Aufgabe.

Ich habe jetzt etwas skizziert, wohin man vom Denklogischen kommen könnte. Herr Backmann hat genau gesagt, welche Tür und welches Tor das öffnet, wenn man es so macht, also der Rückschlag auf die anderen Gesteine, wo man dann möglicherweise ganz schnell bei der Theorie ist, man kann mit beliebig viel Technik beliebig schwierige Geologie heilen. Ich verallgemeinere einmal das, was Sie gesagt haben.

Wenn wir sagen, wir haben Kriterien für Kristallin gemacht, muss für uns klar sein, was wir schützen wollen. Eine andere Lösung geht. Aber die muss auch klar definiert sein.

(Dr. Detlef Appel: Es gibt andere Vorstellungen, als nur die kleinen Einheiten, die da sind, zu schützen! Man kann das auch anders machen! Man kann sagen, wir nehmen einmal eine umhüllende Fläche!)

Dr. Ulrich Kleemann: Ich finde, wir reden jetzt sehr abstrakt. Auf jeden Fall gehört mit dazu, dass wir uns konzeptionelle Gedanken machen, wenn man Kriterien für Kristallin entwickelt, dass dazu eben auch das Endlagersystem gehört. Ob das unbedingt ein eigener Pfad sein muss oder ob das ein bestimmter Typ von Endlager ist - der AkEnd hat ja auch verschiedene Typen des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs definiert. Teilweise ist die abdichtende Schicht außerhalb des Endlagerbereichs. Dann hat man den einschlusswirksamen Gebirgsbereich eben etwas anders definiert. So müsste das wahrscheinlich auch hier ablaufen.

Der Wunsch wäre jetzt von meiner Seite, dass wir diese etwas abstrakte Diskussion zurückstellen, bis wir konkrete Vorschläge haben, und uns dann noch einmal darüber unterhalten, damit wir jetzt bei den Abwägungskriterien weiterkommen.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich sage es jetzt noch einmal in deinem Sinn: Wir verlagern die nächste Diskussionsrunde, was man konzeptionell dahinter sieht, in die kleine Dreiergruppe. Es wäre dann, wenn wir im November über die Ergebnisse reden, wichtig, auch klarzulegen, über welches Schutzkonzept man redet bzw. welches Schutzkonzept hinter den Kriterien steht.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Trotzdem noch eine Anmerkung: Mir scheint das wirklich ein Systembruch zu sein. Bisher haben wir klar gesagt: Vorrang auf der Isolationswirkung der Wirtsgesteine. Wenn wir das Kristallinkonzept nehmen, dann haben wir den Vorrang einer technischen Komponente - das ist der Behälter -, einer geotechnischen Komponente, und das Wirtsgestein selbst hat nur einen peripheren Beitrag für den Schutz. Das ist ein völliger Systembruch gemessen an dem, was wir gemacht haben.

Im Hinblick auf das, was ich heute Morgen gesagt habe: Natürlich wäre ein solches Konzept, wenn wir dem folgen würden, hervorragend als Kombi-Endlager geeignet. Dann könnte man einen bestimmten Teil ohne Bentonit machen - dann kann das Gas herauspfeifen -, und einen bestimmten Teil macht man mit Bentonit; der ist dann dicht. Dann sind wir im schwedischen

Konzept; denn die Schweden machen das genauso. Die packen alles, auch die vernachlässigbar wärmeentwickelnden Abfälle, in den Granit und haben keine Abdichtung. Aber sie haben das Verdünnungsmodell, weil es darüber die Ostsee gibt.

Ich würde davor warnen, dass wir an dieser Stelle die ganzen Grundprinzipien, die wir bislang als Basis hatten, nun auf einen Schlag über Bord werfen und sagen: Wir machen jetzt gesteinspezifische Schutzziele.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich habe als Nächsten Herrn Pegel auf der Rednerliste.

Min Christian Pegel: Lassen Sie mich eine Warnung zurückgeben. Auch ich würde davor warnen, zu sagen: Weil wir 40 Jahre lang ein System für bestimmte Gesteinstypen gebildet haben und uns in genau diesem Grundkonstrukt wissenschaftlich so wunderbar wohlfühlen, werfen wir das, was der höchste Auftrag der Kommission ist, nämlich ein Stück weit ergebnisoffen auf die Dinge zu schauen, über Bord. Das ist nicht böse gemeint. Ich verstehe jeden, der sagt: Ich habe über viele Jahre wissenschaftlich etwas für mich in Gänze, auch systematisch und dogmatisch gut begründet. - Ich höre immer ein bisschen das Grundargument, dass gesagt wird: Weil wir das seit 40 Jahren als Fundament mit uns herum-schleppen, können wir jetzt schwerlich in Gänze bei null anfangen und da wieder neu beginnen.

Schon Ihre Reaktionen zeigen mir, dass ich ein kleines bisschen den Finger in die Wunde gelegt habe. Ich höre gerne aufmerksam zu. Aber wir werden bei bestimmten Dingen vermutlich nicht mit den standardisierten Vorüberlegungen an völlig andere Gesteinstypen herangehen können.

Am Ende kann man in der Gesamtabwägung gerne sagen: Das ist es uns nicht wert, weil uns das zu wenig ist. - Aber die Idee der Kommission war doch gerade, diese Mehrwegetheorie aufzumachen und am Ende eine Abwägung mit Kriterien zu haben, die man nach Möglichkeit auch vorher schon einmal bestimmt, über die wir an dieser Stelle in erster Linie reden wollen, die dann zwischen drei, vier, fünf verschiedenen

Standorten mit völlig unterschiedlichen Konzept-
hintergründen das optimale Ergebnis finden.

Insoweit gebe ich Ihnen recht: Das Problem ist,
dass die Vergleichbarkeit natürlich schwerer ist,
wenn ich Radfahrer, Dreiradfahrer und Autofah-
rer vergleiche. Aber ich werde für alle drei ver-
schiedene Verkehrswege und verschiedene Ver-
kehrsregeln brauchen. Trotzdem werden sie sich
am Ende treffen müssen, weil sie ja gemeinsam
in einem Straßenraum unterwegs sind. Genau das
Gleiche werden wir auch an dieser Stelle haben.

Ich habe keine Antwort darauf. Dafür sind eher
Sie die Fachleute. Aber mein Gefühl ist, dass wir
aufpassen müssen, nicht zu sagen: Das passt
nicht zu dem, was wir uns viele Jahre überlegt
haben. - Ein Stück weit knüpft die Kommission
genau an dieser Idee an, dass sie mit manchen
Dingen brechen sollte, die vielleicht viele Jahre
als festgefügte Grundüberlegung im Raume stan-
den.

Ich werbe dafür, dass wir nicht zu früh eine Tür
zuschlagen. Ob das am Ende die richtige Tür ist,
weiß ich nicht. Ihre Argumente mögen am Ende
in der Einzelbetrachtung durchschlagen. Aber
lassen Sie uns trotzdem versuchen, ein bisschen
offener darauf zuzugehen und nicht zu sagen:
Weil diese Form von Grundsubstanz drum herum
nicht zu den für andere Grundsubstanzen entwi-
ckelten Kriterien passt, ist sie falsch. Das fände
ich verfrüht. So habe ich einen Teil der Diskus-
sion verstanden. Wenn ich Sie missverstanden
habe, freue ich mich.

Lassen Sie uns an dieser Stelle genau gucken,
dass wir vermutlich in manchem eine andere Elle
anlegen müssen, weil das mit den alten Ellen, die
wir anlegen, eben nicht zu diesem Gesteinstyp
passt.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Backmann
noch. Aber dann sollten wir in froher Erwartung
sein, was wir im November als Hintergrund be-
kommen. Denn ich glaube nicht, dass wir jetzt
mit einer ausführlichen Diskussion weiterkom-
men, weil das ein typischer Fall ist, bei dem sich
eine kleine Gruppe vorwärts, rückwärts und seit-
wärts sortieren muss, bis das Ganze dann seine
Logik hat. So etwas sollte man nie mit 30 Leuten

im Raum machen. Wir alle wissen doch, dass das
nicht zielführend ist. Wir brauchen Gedanken,
was wir diskutieren; denn Gedanken entwickeln
können wir hier nicht. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann: Weiterverfol-
gen, ja, das sehe auch ich so. Das ist aber für
mich dann eher etwas wie die tiefen Bohrlöcher,
nämlich ein gesonderter Pfad.

Ich kann mir nur schwer vorstellen, wie man,
wenn man eigene Kriterien hat, untereinander
abwägen will. Wenn jedes System seine eigenen
Abwägungskriterien hat, dann kann man natür-
lich zwei Standorte im Granit miteinander ver-
gleichen. Man kann auch zwei im Ton mit einan-
der vergleichen. Aber das eine mit dem anderen
zu vergleichen, wenn man ganz unterschiedliche
Anforderungen stellt, da fehlt mir die Phantasie.

In diesem Zusammenhang die Frage an Herrn
Bräuer: Wüssten Sie denn eigentlich, nach wel-
chem Kristallin dann zu suchen wäre, wenn man
sagt, das Einschlusswirksame ist das Bentonit?
Das kann man ja letztlich überall platzieren. Gibt
es dann überhaupt eine nennenswerte Eingren-
zung? Nach was suchen wir dann in der Geolo-
gie, frage ich mich.

Dr. Volkmar Bräuer: Wenn Sie das vom Konzept
her so offenlassen, dann ist Ihre Bemerkung völ-
lig richtig. Wir haben dann die Sache so offen,
dass wir sagen: Die Geologie spielt nicht mehr
die Hauptrolle. Wir können alles mit der techni-
schen und geotechnischen Barriere so weit klä-
ren, dass wir die Hauptbarriere eingerichtet ha-
ben. Das umgebende Wirtsgestein oder das Barri-
eregestein spielt nur noch insofern eine Rolle, als
es die geologisch stabilen Bedingungen für den
Betrachtungszeitraum eine Million Jahre auf-
rechterhält. Das gilt nicht nur für Kristallin, son-
dern für jedes geklüftete Gestein, aber auch für
andere Gesteine; ganz klar.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir kommen an
dieser Stelle nicht weiter. Lassen Sie uns jetzt
bitte zu dem Punkt kommen - -

Dr. Volkmar Bräuer: Das war nur eine Antwort.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja, ja, aber ich kenne noch drei Leute, die dann wieder eine Antwort geben wollen. Ich hoffe, dass die Wortmeldung jetzt nicht auch nur eine Antwort ist. Wäre es nicht besser, wenn wir im November weiterdiskutieren, wenn wir dann den konkreten Vorschlag haben?

Min Stefan Wenzel: Ich stelle fest, dass wir viele Anleihen bei den Diskussionen im AkEnd nehmen. Viele der hier am Tisch Sitzenden haben damals die Diskussion geführt.

Für mich ist es selbstverständlich, dass wir mit unterschiedlichen Gesteinen zum Teil auch unterschiedliche wirtsgesteinsspezifische Ansprüche formulieren.

Von Herrn Thomauske gibt es den Satz: Endlager sucht man nicht, sondern die baut man. - Ich meine, er war von Ihnen. Das fand ich immer ein sehr kritisches Zitat, weil es den Eindruck erweckt, als wenn es auf den Standort und vor allen Dingen auf den bestmöglichen Standort gar nicht mehr ankommt.

Ich hatte immer den Eindruck, dort wollte man der Diskussion über schlechte oder ungeeignete Standorte ausweichen und am Ende eine Argumentationskette aufbauen, um jeden zu nehmen, der einem aus irgendwelchen Gründen opportunistisch erscheint.

Es gab die Argumentation zu dem Beispiel, das Sie aufgeworfen haben, Herr Bräuer. Wenn man den ewG so definiert, wie Herr Sailer das gemacht hat, dass man den Außenteil des Bentonits im Granit, im Kristallin nimmt, dann könnte man zu so einer Frage kommen. Das hatten Sie ja eben als Option aufgeworfen. Aber im Salz beispielsweise stellt sich das anders dar, weil da ewG ganz anders definiert ist, bei Ton auch. Ich glaube nicht, dass es uns gelingt, das alles über einen Kamm zu scheren.

Oder vielleicht habe ich etwas aus den alten Diskussionen nicht verstanden. Dann bitte ich um einen Hinweis, wie die Diskussion im AkEnd um wirtsgesteinsspezifische Kriterien gelaufen ist.

Wobei sich der AkEnd ja insbesondere auch nur mit Salz befasst hat,

(Vorsitzender Michael Sailer: Das stimmt nicht!)

diese Diskussion deswegen vielleicht gar nicht vertieft geführt hat und erst im Nachhinein die Zweifelsfragen geklärt hat, als er mit der Arbeit schon fertig war, um zu prüfen: Sind auch die anderen Gesteine geeignet?

Vorsitzender Michael Sailer: Einmal abgesehen von der Unterstellung, die jetzt allen in den Fingern juckt, dass wir im AkEnd Salz gemacht hätten. Das sollten wir lassen. Das haben wir schon zehnmal ausdiskutiert. Wir haben Salz und Ton gemacht.

Ich würde es jetzt an dieser Stelle wirklich lassen. Wir müssen an den geologischen Kriterien weiterarbeiten. Vom Vorgehen her haben wir zwei Dokumente. Wir sind ja schon einmal durch die Ausschlusskriterien gegangen; das wissen alle. Wir sind die Mindestkriterien durchgegangen. Wir haben bei den Mindestkriterien noch ein paar offene Punkte gehabt, nämlich die Frage, wie der Schutz des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs aussehen soll. Daran müssen wir noch arbeiten.

Mein Vorschlag wäre jetzt, dass wir erst mal durchmarschieren. Das heißt, der nächste Teil wäre die Erklärung, wie die Abwägungskriterien zusammenhängen. Dazu haben wir einen Text. Der Text aus Niedersachsen geht ja über alles. Den würde ich gern im zweiten Durchgang zu den Kriterien besprechen. Also jetzt erst einmal das, was wir zur Erklärung der Sachlage haben.

Detlef, wenn du vielleicht einführen könntest.

Dr. Detlef Appel: Ich habe sehr kurzfristig - dafür bitte ich um Entschuldigung - ein Papier vorgelegt, das heißt: Einführung in ein Kapitel „Abwägungskriterien“. Dabei ging es mir darum, dass es im AkEnd ein logisches Konstrukt gibt, das aus verschiedenen Elementen besteht, von denen rein von der Begrifflichkeit her nur eines die Kriterien sind. Als übergeordnetes Struktur- oder

Gliederungselement gibt es die allgemeinen Anforderungen. Darunter sind diejenigen Anforderungen zu verstehen - wie dies der AkEnd damals getan hat -, die wir jetzt hier - oder die Gesellschaft - formulieren könnten in Richtung auf eine günstige geologische Gesamtsituation oder - anders ausgedrückt - für ein sicheres Endlager, dessen Sicherheit man dann entsprechend nachweisen kann.

Dazu sind insgesamt zehn übergeordnete Anforderungen formuliert worden. Diese Anforderungen sind jeweils mit einem Kriterium oder mehreren einzelnen Kriterien untersetzt. Sie beziehen sich auf Elemente eines Endlagersystems, dessen Eigenschaften überprüft werden können, wenn man auf dem Weg der Standortsuche ist und wo man feststellen kann, ob bestimmte Bedingungen, die vorab formuliert sind, um die Anforderungen einhalten zu können, tatsächlich erfüllt sind. Das sind die Kriterien, die sich auf die verschiedenen Anforderungen beziehen. Diese Kriterien operieren mit unterschiedlichen Eigenschaften und dazugehörigen Beurteilungsgrößen. Eine haben wir jetzt immer schon angesprochen, zumindest gemeint, nämlich die Durchlässigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs bzw. des entsprechenden Wirtsgesteins. Das wäre ein Kriterium, das sich mit einer Eigenschaft verbindet, für die man eine Beurteilungsgröße formulieren kann.

Nun gehört zur Anwendung dieser Kriterien mit diesen Beurteilungsgrößen auch noch, dass man fragt: Was ist denn dann gut oder schlecht oder weniger gut? Das sind die Erfüllungsfunktionen. Das heißt, es handelt sich um eine logische Verknüpfung zwischen den Anforderungen bzw. den Kriterien und den realen Verhältnissen, sodass man die realen Verhältnisse daraufhin überprüfen kann, ob sie den Bedingungen genügen.

Dazu gibt es die Erfüllungsfunktionen, die entweder abstrakt, allgemein oder zum Teil auch quantitativ formuliert sind. Bei der Gebirgsdurchlässigkeit - um dabei zu bleiben - gibt es die eine Mindestanforderung, und alles, was günstiger ist, wird dann im Hinblick auf „besser“ oder „weniger gut“ bewertet. So ähnlich funktioniert das auch bei anderen Kriterien.

Am Ende des Papiers finden Sie Tabellen. In der einen Tabelle finden Sie die Anforderungen und die zugehörigen Kriterien aufgeführt, einfach als Zitate aus dem AkEnd-Bericht, die zehn Anforderungen und die zugehörigen Einzelkriterien. Sie finden zusätzlich eine Tabelle - das ist die im Querformat -, in der die Erfüllungsfunktionen quantitativ oder qualitativ - je nachdem - dargestellt sind.

Warum habe ich dieses Papier geschrieben? Man könnte natürlich die Abwägungskriterien einfach aneinanderhängen. Aber nach meiner Überzeugung ersparen wir uns sehr viel gedankliche Arbeit, wenn wir uns auf das AkEnd-Konstrukt stützen. Dann muss dies aber auch in unseren Darstellungen deutlich werden. Dann sollten wir uns so eng, wie dies geht und wie wir es für sinnvoll halten, an die Struktur des AkEnd mit den Anforderungen, den Kriterien, den zugehörigen Erfüllungsfunktionen usw. halten.

Wir sollten uns dann im Einzelfall überlegen - das ist jetzt schon Zukunftsmusik -: Ist das, was der AkEnd im Hinblick auf die Anforderungen, die zugehörigen Kriterien und möglicherweise die Erfüllungsfunktionen geschrieben hat, noch richtig? Wir sollten das dann überarbeiten und hätten dann einen Satz Abwägungskriterien.

Wenn wir davon abweichen, dann müssen wir all die gedankliche Arbeit, die der AkEnd vorher gemacht hat, die sich in dieser Struktur niederschlägt, selber machen. Ich möchte das nicht noch einmal tun. Aber das hat etwas mit meiner „Vorschädigung“ zu tun.

(Heiterkeit)

In dem Papier sind vorne noch einige Randbedingungen genannt, unter denen die Kriterien angewendet werden können oder eben nicht; denn es gibt Kriterien, bei denen man die eigentlich gewünschten Beurteilungsgrößen nicht zur Anwendung bringen kann, weil man sie zum Beispiel nicht wirklich erheben kann. Wenn sie für die Fragestellung wichtig sind, muss man die Informationen trotzdem verarbeiten und dann einer Entscheidung zuführen. Dazu muss man sich überlegen, ob es „Ersatzgrößen“ gibt, Indikatoren, wie sie nicht nur beim AkEnd heißen, sondern

auch in anderen vergleichbaren Kriteriensätzen wird das ähnlich gehandhabt, also was man nicht direkt messen kann, wo man zu einem bestimmten Zeitpunkt der Kriterienanwendung oder grundsätzlich keine Möglichkeit sieht. Man muss das aber im Rahmen dieser Kriterienanwendung bewerten und nach Ersatzmöglichkeiten suchen. Die sind auch ausgewiesen.

Ich habe auch noch einen kurzen Vortext geschrieben. Wenn man das komplette System, also auch die Beschreibungen des AkEnd, insgesamt übernimmt, dann nehmen allein die Herleitung und die Begründung der Kriterien und der Erfüllungsfunktionen eine Größenordnung von 75 Seiten ein. Das ist für unseren Bericht sicherlich zu groß. Das heißt, da muss auf jeden Fall gekürzt werden. Deswegen sollten wir überlegen, was in den eigentlichen Textteil kommt und was man vielleicht in einen Anhang oder woandershin stecken kann, in tabellarischer Form, sodass das handhabbarer wird.

Wir haben uns bei der letzten oder vorletzten Sitzung darüber unterhalten, dass man in einem Text, wie wir ihn produzieren wollen, den Begriff „Mächtigkeit“ gut erläutern sollte. Ich finde das auch richtig. Das kann man sicherlich mit einer Begriffserklärung - oder wie auch immer - machen. Aber für umso wichtiger halte ich es, dass die Herleitung der Kriterien in diesem Bericht nachvollziehbar ist und dass auch die Begründungen für die Kriterien einigermaßen vollständig sind. Wie gesagt: Da sollten wir uns die Arbeit so einfach machen, wie es geht, und auf das zurückgreifen, was da ist.

Vorsitzender Michael Sailer: Gut. - Jetzt haben wir einen Überblick und eine Einführung bekommen. Ich frage einmal vor die Klammer gezogen: Besteht mit der grundsätzlichen Herangehensweise Einverständnis, dass wir die Abwägungskriterien als einen Gegenstand erklären, der in sich zusammenhängt, und dass nicht jedes einzelne Kriterium beliebig abgewandelt werden kann, ohne dass man in das Gesamtgefüge eingreift? Halten wir es für richtig, dass wir das so darstellen? - Das würde ich jetzt erst mal so sehen.

Das heißt, wir können, wenn wir mehr Richtung Endredaktion kommen, noch mal final über den Text drübergehen. Aber wir sagen erst einmal: Die Darstellung gehört in das Living Paper. Muss man jetzt aus heutiger Sicht massiv etwas ändern? - Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Weil ich gleich weg muss, eine Frage: Ein Punkt, Herr Appel, der mir im Hinblick auf die Konsequenzen nicht ganz klar ist, ist das Abwägungskriterium. Da sagen Sie: Je größer die obere Kante des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs ist, desto schlechter ist der Standort im Rahmen der Abwägung.

(Dr. Detlef Appel: Je geringer der Abstand!)

Also, der einschlusswirksame Gebirgsbereich soll möglichst tief liegen?

(Dr. Detlef Appel: Ja!)

Das kann beim Ton dazu führen - der in weiten Bereichen ja doch oberflächennäher ist, als wenn ich zum Beispiel einen Salzstock nehme, wo ich deutlich tiefer gehen kann -, dass man im Rahmen der Abwägung sagen würde: Dann ist ein solcher Tonstandort im Rahmen der Abwägung schlechter als ein Salzstandort, bei dem ich tiefer gehen würde. Da ist die Frage: Haben Sie das so gemeint? Zumindest würde ich das bei der jetzigen Formulierung als einen nicht unproblematischen Punkt ansehen. Mir würde reichen, dass die Oberkante hinreichend tief sein muss; das würde mir genügen. Aber wenn Sie sagen: „Je tiefer, je besser“, dann öffnen Sie da Spielräume.

Dr. Detlef Appel: Je tiefer, desto besser - das stimmt bei Tonstein ohne Weiteres ohnehin nicht; denn bei Tonstein kann man nicht beliebig tief gehen. Aber sonst ist da ja was dran. Wenn es solche Probleme nicht gäbe, dann ist die Tiefe zunächst mal ein einfach erhebbares Kriterium usw.

Ein Ansatz, ein Gedanke des AkEnd, den er mehr oder weniger konsequent umgesetzt hat, wo immer das ging, war, dass nach Möglichkeit quantitative Angaben da sein sollten. Jetzt kann man über die 300 Meter streiten. Auch wir haben ja

schon in mehreren Sitzungen angesprochen, ob nicht vielleicht 500 Meter Rinnenbildung usw. gingen. Dann ist man aber bei Tonstein schon wieder nach unten begrenzt.

Deswegen gibt es aus meiner Sicht den Ansatz, bei den Ausschlusskriterien oder Mindestanforderungen in dem Bereich etwas zu tun. Das sollten dann 800 Meter sein. In der Abwägung hat man dann entsprechend den Möglichkeiten, die man mit Tonstein hat, grundsätzlich den Gedanken im Hinterkopf: Tiefer gehen bedeutet größeren Schutz. Damit kann man dann abgestuft umgehen.

Im Hinblick auf die 300 Meter sehe ich ohnehin noch Überarbeitungsbedarf; denn die Vorstellung zum Beispiel bei einem Salzstockstandort, dass die 300 Meter oberhalb des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs aus Salz bestehen, bis zur Oberfläche sozusagen, ist mir ein bisschen grauslich - auch den meisten anderen. Darüber hat natürlich niemand nachgedacht. Da müsste man noch eine Differenzierung einführen. Aber das ist jetzt ein Spezialproblem.

Vorsitzender Michael Sailer: Heißt das jetzt, dass wir an der Formulierung aus deiner Sicht etwas ändern?

Dr. Detlef Appel: Wir hatten dies doch schon einmal durchgesprochen - war das nicht so? - und uns bei den Ausschlusskriterien darauf verständigt.

Vorsitzender Michael Sailer: Bei den Ausschlusskriterien haben wir uns darauf verständigt, dass das - -

Dr. Ulrich Kleemann: Darüber haben wir gesprochen. Was haben wir gesagt? 800 Meter - nicht?

Dr. Detlef Appel: 1 000 Meter, glaube ich.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Wir haben es bei 1 000 Metern belassen. Aber 800 Meter müssten eigentlich das Bessere sein, weil es keine Erfahrungen mit Bergwerken gibt.

Dr. Detlef Appel: Es geht nicht tiefer. Die Schweizer sagen - ich glaube, Herr Bräuer hatte schon beim letzten Mal darauf hingewiesen - 700 Meter. Das sehen die als Schmerzgrenze an. Alles andere wird dann schwierig.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir haben die Diskussion gehabt. Aber wir haben die Diskussion bei den Mindest- bzw. Ausschlusskriterien gehabt.

Dr. Detlef Appel: Genau, noch nicht bei den Abwägungskriterien.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Thomauske sagt, es führt ein Stück weit in die Irre, wenn man es so absolut stehen lässt. Es war anders gemeint, aber das wird aus dem Textzusammenhang nicht klar. Deswegen war meine Frage, ob das jetzt zu einer Änderung führt. Vor die Klammer gezogen: Ich wollte wissen, was wir jetzt mit dem Papier machen müssen, wenn wir davon ausgehen, dass wir nicht die 75 Seiten schreiben, sondern im Wesentlichen referieren, was im Ak-End ist. Bei den Abwägungskriterien müssen wir im Zweifel noch einmal Sachen nachregulieren. Wir müssen jetzt darüber reden, was wir in der Kriterienformulierung ändern.

Dr. Detlef Appel: Ich sehe es nicht.

Vorsitzender Michael Sailer: Heißt das, du findest es nicht, oder du siehst nicht, dass man es ändern muss?

Dr. Detlef Appel: Nein, ich sehe die Notwendigkeit so nicht. Aber vielleicht habe ich Herrn Thomauske da noch nicht ganz richtig verstanden. Solche Anmerkungen wird es immer wieder geben; denn wir können nicht ausschließen, dass wir bei der weiteren Beschäftigung mit den Kriterien auch bei anderen wieder so einen Kinken feststellen, wo man sagt: Man sollte noch einmal darüber nachdenken, ob das tatsächlich so richtig ist. - Aber ich denke, die Sache mit den 300 Metern hatten wir im Grunde ausdiskutiert.

Vorsitzender Michael Sailer: Weil Herr Thomauske gerade auf dem Sprung ist, vielleicht noch einen Kommentar, falls es etwas hilft.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das ist bei Herrn Appel sichergestellt.

(Dr. Detlef Appel: Seien Sie sich nicht zu sicher!)

So, wie es jetzt dasteht - „Je tiefer, desto besser“ -, führt das dazu - ich will nur darauf hinweisen; nicht weil ich ein Gegner der Konsequenz wäre -, dass man sagen würde: Ein Endlager, bei dem der einschlusswirksame Gebirgsbereich im Salz bei 800 Metern Oberkante endet, ist besser als beim Ton, wo er bei 500 Metern endet, weil: Je tiefer, desto besser.

Insofern: Im Rahmen der Abwägung komme ich dann aus der Tonformation heraus und gehe in die Salzformation hinein. Es war meine Sorge, dass das mit diesem Abwägungskriterium in der Konsequenz dazu führen könnte, obwohl es möglicherweise gar nicht so gemeint ist.

Vorsitzender Michael Sailer: Da würde ich jetzt einfach sagen: Die Botschaft ist angekommen. Ich würde Sie dann darum bitten, mit dieser Botschaft umzugehen.

Dr. Detlef Appel: Es ist vielleicht auch nur eine Formulierung, nämlich die Formulierung des Kriteriums oder die Erfüllungsfunktion - -

Vorsitzender Michael Sailer: Ja, in dieser Kiste waren wir schon vor zehn Minuten.

Dr. Detlef Appel: Ich habe das nicht verstanden.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Michael Sailer: Das ist nun einmal so, wenn es philosophisch-physikalisch ist. - Jetzt habe ich vier Wortmeldungen. Erst einmal Herr Fischer, dann Herr Kudla, dann Herr Pegel und dann Herr Wenzel.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich denke, jetzt im Einzelnen über die Abwägungskriterien zu diskutieren, ist vielleicht sehr mühsam. Das ist auch nicht mein Thema.

Ich habe im Moment noch kein klares Bild davon, wie wir aus der Erfüllungsfunktion, die Sie dargestellt haben, am Ende die Aggregation erreichen, die Sie, so haben Sie hier geschrieben, letztendlich nicht formalisiert machen wollen, sondern verbal-argumentativ. Das lässt natürlich alles offen. Insofern ist ein Eins-zu-eins-Vergleich am Ende immer nur in eingeschränktem Maße möglich. Wenn man verschiedene Systeme miteinander vergleicht, dann ist man bei der verbal-argumentativen Begründung immer auf Interpretationsspielräume angewiesen bzw. wird bei denen nachher auch Konflikte haben.

Ich weiß nicht, ob es noch Vorstellungen gibt, wie man das noch etwas stringenter fassen kann. Mir ist schon klar, dass man daraus keine mathematische Formel machen kann. Aber das kommt mir momentan noch etwas kurz in diesem einen Satz, den Sie da reingebracht haben.

Vorsitzender Michael Sailer: Okay. - Dann ist Herr Kudla dran.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Kurz zu dem, was Herr Fischer gesagt hat: Es muss ja dann abgewogen werden, und Standorte müssen verglichen werden. Das kann aber nicht allein aufgrund der Abwägungskriterien erfolgen, sondern dies muss auch anhand der Sicherheitsuntersuchungen getan werden, wo Freisetzungsberechnungen durchgeführt werden müssen. Das kommt noch hinzu. Darüber haben wir hier noch gar nicht diskutiert. - So viel als Antwort dazu.

Herr Appel, Sie haben das in Ihrem Papier aus dem AkEnd praktisch eins zu eins übernommen. Ich habe das erst heute früh sehr schnell durchlesen können, weil es gestern wegen der anderen Sitzung nicht ging.

Wir haben bei der letzten Sitzung der AG 3 Kriterien, die ursprünglich bei den Mindestanforderungen standen, in die Abwägungskriterien geschoben. Hier sind zum Beispiel als Kriterien noch zu nennen: günstige hydrochemische Verhältnisse, seismische Aktivität, Beschreibung des Gebirges und Prognostizierbarkeit des Gebirgsverhaltens. Das waren früher nach AkEnd Abwägungskriterien bzw. Ausschlusskriterien. Die hat-

ten wir bei der letzten Sitzung zu den Abwägungskriterien hinzugezogen. Da müssten wir jetzt noch schauen, wie wir die in das System der Erfüllungsfunktionen und in das Gewichtungssystem des AkEnd hineinbekommen. Das müssten wir noch leisten. Da muss die Tabelle des AkEnd bei der Gewichtungsgruppe 3 vermutlich noch etwas ergänzt werden.

Vorsitzender Michael Sailer: Gut, das müsste man auf jeden Fall festhalten. - Dann kommt Herr Pegel dran.

Min Christian Pegel: Ich möchte noch bei Herrn Fischer anknüpfen. Ich habe jetzt von der anderen Seite geguckt, nämlich wenn ich mit Kolleginnen und Kollegen am Ende säße und in der Not wäre, nachdem zwei Siebe funktioniert haben. Das erste Sieb sind die Ausschlusskriterien. Das zweite Sieb sind die Mindestanforderungen. Wer diese beiden Siebe durchlaufen hat, der bleibt in dem großen Topf. Dann bin ich in einem Abwägungsvorgang, bei dem dann noch Sicherheitsanalysen - das sagen Sie zu Recht - ergänzend eine Rolle spielen müssen.

Ich bin am Ende auch bei sozioökonomischen und gesellschaftlichen Kriterien. Da versuche ich mir vorzustellen, was eigentlich der konkrete Prozess ist, ob man versuchen muss, den sich in einer zugespitzten Diskussion noch stärker bewusst zu machen, um zu schauen, wie man so einen Prozess determiniert.

Momentan ist die Gefahr groß, auch wenn es hier manchen erschrickt - vorhin war das bei Kristallin angeklungen -, es bleiben auf einmal ganz viele Standorte im Topf. Es ist eine der Grundideen dieser Kommission, dass die Standortauswahl durchaus auf breitere Ressourcen zurückgreift. Aber die hat den Nachteil, dass sie dann in der Tat in einem - negativ gesprochen - „willkürlicheren“ Bereich, in einem stärker von Abwägung geprägten Bereich zu einem Ergebnis kommen muss. Der ist natürlich an ganz vielen Stellen - ich werde dann mit den Protagonisten der verschiedenen Regionen sprechen - hochgradig interessengeleitet, was ich auch verstehen kann. Da hat jeder Partikularinteressen.

Eine mathematische Lösung schwebt auch mir nicht vor. Ich glaube, die ist unmöglich. Trotzdem würde ich gerne einmal ein Gefühl dafür bekommen, wie das sowohl zu den Sicherheitsanalysen als auch zu den gesellschaftlichen Kriterien und auch in der Abwägung hier ins Verhältnis gesetzt wird.

Das ist bei Herrn Thomauskas Hinweis sehr deutlich geworden, als er gesagt hat: An der einen Stelle bedeutet das, bei den Ton- und Salzformationen, die es jetzt immerhin durch zwei Siebe geschafft haben, würde Ton immer herausfallen, weil dies im Regelfall - so habe ich es verstanden - weltgeschichtlich vorgeprägt ein bisschen höher liegt, ein bisschen dichter an der Erdoberfläche als Salze. So war ja seine Sorge. Er sagte, im Regelfall würden die verlieren.

Nun ist das ja kein weiteres Sieb, sondern einer von vielen Punkten. Wenn Ton an sieben anderen Stellen eher in der Siegerpose und an einer Stelle in der unterlegenen Pose ist, dann ist eben die Abwägung, dass man sagt: Na ja, ich nehme ein bisschen mehr Unsicherheit hin, weil ich sieben Siegerpunkte habe. - Die Frage, wie ich das rein praktisch mache, finde ich noch immer spannend. Theoretisch kann ich mir das gut vorstellen.

Ich stelle mir einmal vor, wenn ich mit den Kolleginnen und Kollegen vor diesen Karten säße, wir lauter Skizzen über Standorte hätten und dann anfangen müssten, in einer Tabelle Punkte zu machen. Es darf dabei nicht den Vorwurf geben, dass eine Region deswegen herausgefallen ist, weil wir wussten, woher jemand kam. Vielmehr brauchen wir ein System, das stärker ein Signal aussenden kann, dass es willkürfrei ist.

Dafür würde ich gerne noch ein Gefühl bekommen. Ich habe noch keines. Dafür bin ich vermutlich auch fachlich nicht tief genug drin. Möglicherweise haben Sie im AkEnd solche Dinge stärker bis ins Konkrete durchgespielt und können mir sagen: kein Problem, das verhielte sich wie folgt. - Dann würde ich sicherlich ein Gefühl dafür bekommen. Ich glaube, es müsste sich abbilden in dem, was wir hinterher in den Bericht schreiben oder was ein Gutachter für uns da hinein formuliert.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich würde jetzt für die Diskussion vorschlagen: Wir haben noch zwei Wortmeldungen - nicht von dieser Seite -, die wir noch drannehmen. Dann wäre die Bitte an die drei auf dieser Seite - Herr Bräuer, falls Sie zuschlagen wollen, gerne -, dass man dann mal auf die Punkte eingeht, die angesprochen worden sind; denn Zwiegespräche wären jetzt schwierig. Aber jetzt einfach reinspeisen ohne Respons, wäre auch nicht gut. Das ist jetzt der Versuch. Es wären jetzt noch Stefan Wenzel und als Zweiter Herr Backmann dran.

Min Stefan Wenzel: Ich habe noch ein paar Fragen. Erstens. Wie ist denn die Vorstellung, wie tiefgreifend die Beschreibung der einzelnen Punkte am Ende werden soll? Denn mit einem Satz ist ja nicht viel beschrieben. Das ist eine ziemlich beliebige Geschichte. Jeder Autohersteller würde sich über solche Anforderungen freuen, weil man die sehr flexibel erfüllen kann. Ich meine, mit so einem allgemeinen Satz können wir doch am Ende nicht rausgehen; das kann ich mir nicht vorstellen. Da wäre meine Frage: Wie tiefgreifend ist da die Vorstellung? Wie detailliert soll das sein? Alles, was wir nicht beschreiben, definiert am Ende jemand anderes. Irgendetwas wird man untergesetzlich oder sonst wie, hinterher in technischen Anforderungen, viel detaillierter regeln müssen. Da ist immer die Frage: „Wer macht das?“, wenn man das alles offenlässt.

Die zweite Frage ist: Warum sind jetzt in diesem Papier die Themen seismische Aktivität und Deckgebirge gar nicht mehr dabei?

Vorsitzender Michael Sailer: Wir sind ja jetzt bei den Abwägungskriterien.

Min Stefan Wenzel: Ja. Aber die standen in dem Papier von Herrn Kudla unter Abwägungskriterien. Ich habe in meinem Papier deutlich gemacht, dass ich der Meinung bin, dass wir die Frage Deckgebirge nicht unter den Abwägungskriterien, sondern unter dem Thema Mindestanforderungen führen müssen. Ich habe das in meiner Darstellung auch so zum Ausdruck gebracht.

In dem Papier von Herrn Appel tauchen jetzt weder seismische Aktivitäten noch Deckgebirge

überhaupt auf, zwei andere auch nicht. Mich würde nur einmal interessieren, welche Überlegung dahintersteht. Tauchen die an einer anderen Stelle wieder auf, oder wie ist das gemeint?

(Dr. Detlef Appel: Dazu kann ich etwas sagen!)

Vorsitzender Michael Sailer: Ich würde jetzt um Folgendes bitten, und zwar von der Diskussionslogik her, weil wir die Sachen sonst nicht abgearbeitet bekommen: Die Sachen, die zu den Mindest- und Ausschlusskriterien gehören, müssen wir in einem zweiten Durchgang diskutieren. Aus meiner Sicht gehört die Frage mit dem Deckgebirge dazu. Die müssen wir diskutieren, weil es offensichtlich unterschiedliche Sachen gibt. Ich würde heute gerne rausgehen, weil wir das Thema Abwägungskriterien so gut umrissen haben, dass man an dem Papier weiterarbeiten kann. Wir haben ja noch genug Zeit, das eine Stunde später zu machen. Es geht nicht um ein Abwürgen, sondern nur um das Sortieren, damit wir jetzt mal in den Abwägungskriterien bleiben. - Herr Backmann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann: Das ist mir jetzt nicht ganz klar. Wir waren ja bisher bis einschließlich Mindestanforderungen gekommen und hatten die abgeschlossen.

Vorsitzender Michael Sailer: Im ersten Durchgang, ja.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann: Genau. – Diskutieren wir jetzt die Abwägungskriterien gleich noch einmal jedes für sich? Dann würde ich meine Frage zurückstellen; denn die bezieht sich auf ein konkretes Kriterium. Die Formulierung ist für mich in Ordnung.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich würde die Frage schon noch mitgeben, weil wir bei den Abwägungskriterien sind. Die anderen Fragen bezogen sich ja teilweise auch auf einzelne Kriterien.

Dr. Detlef Appel: Vielleicht erleichtert es die Diskussion, wenn ich kurz eine Anmerkung dazu mache.

Die Listen dienen nur der Veranschaulichung. Es ist weder eine Auswahl getroffen worden, noch ist sonst irgendetwas daran gemacht worden, sondern das diene nur der Darstellung, was da ist. Wir werden uns natürlich noch inhaltlich mit den Kriterien beschäftigen müssen. Aber mir ging es jetzt zunächst einmal um die Struktur und darum, klarzumachen, wie das aussieht. Das ist vielleicht auch die Antwort auf die Frage von Herrn Wenzel.

Also: Da ist nichts hinausgeschossen worden. Weil ich nicht meine eigene kommentierte Kriterienliste da anhängen wollte, habe ich das genommen, was im AkEnd steht, einfach zur Veranschaulichung, wie es da aussieht. Ich hoffe, ich habe damit alle Fragen beantwortet, die sich darauf beziehen. Es war nicht meine Absicht, da etwas hinauszukicken oder sonst etwas. Es steckt keinerlei Bewertung dahinter.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich nehme jetzt trotzdem alles, was bisher kam, als Fragen oder Kommentare. Ich würde darum bitten - alle drei auf dieser Seite haben sich gemeldet -, darauf einzugehen. Wir brauchen auch eine Orientierung: Sollen wir jetzt nur zum Allgemeinen diskutieren? Sind die Abwägungskriterien, die da in der Tabelle stehen, nur Beispiele, oder ist das der vollständige Satz? Dann kann man diskutieren, was fehlt. Wir müssen einfach wissen, was wir diskutieren müssen. Bei den drei Wortbeiträgen wäre einfach die Bitte, da ein Stück klarer zu kommen.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich hatte mich zum methodischen Ansatz gemeldet. Herr Fischer hat gefragt - ich glaube, auch Herr Pegel hat in diese Richtung gefragt -: Wie läuft denn ein solcher Vergleich dann tatsächlich ab? Wie muss man sich diesen Abwägungsprozess vorstellen?

Es gibt zwei grundsätzliche Ansätze, wie man solche Vergleiche macht: Der eine ist ein numerischer Ansatz; den hatten Sie kurz angesprochen. Der andere ist ein verbal-argumentativer Ansatz. Bei dem numerischen Ansatz versucht man, die verschiedenen Kriterien mit mathematischen Formeln in irgendeine Form von Gewichtung zu bringen, was problematisch ist; denn natürlich

lässt das den ganzen Abwägungsprozess nicht transparent erscheinen.

Deshalb macht man seit zehn, zwanzig Jahren diesen Vergleich verbal-argumentativ. Das erfolgt in der Regel durch einen Paarvergleich, dass man immer zwei Standorte miteinander vergleicht und schaut: Ist dieser ein Standort bei den Kriterien besser oder schlechter? Aus diesem Paarvergleich heraus macht man dann eine Bewertungsmatrix, woraus man ersehen kann, bei wie vielen Kriterien der eine Standort besser ist als der andere. Das Ganze bringt man dann in eine Rangfolge.

Das hat den Vorteil, dass man eine hohe Transparenz hat. Man kann immer wieder zu den einzelnen Kriterien und zu den Einzelbewertungen gehen und nachvollziehen, warum man bei dem einen Kriterium den einen Standort besser bewertet hat als den anderen. Man kann das auch diskutieren. Das ist bei einem numerischen Vergleich eben nicht möglich, weil das Ganze durch irgendwelche Bewertungsfaktoren verkleistert ist.

Wahrscheinlich werden wir dazu noch einen kleinen Hinweis geben und in den Bericht einarbeiten, um zu verdeutlichen, was wir mit verbal-argumentativer Methodik meinen. Es gibt hinreichende Publikationen dazu. Man kann das alles auch zitieren. Es gibt genug Beispiele dafür, wie man einen solchen Vergleich tatsächlich durchführt.

Ziel ist auf jeden Fall, dass das Ganze transparent ist und man jede Einzelbewertung nachvollziehen kann. Das ist in diesem einen Satz abgehandelt. Deshalb ist vielleicht nicht ganz so deutlich, was damit gemeint ist.

Vorsitzender Michael Sailer: Gut. - Herr Kudla und dann Detlef.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Kurz noch zu der Bewertung: Die Bewertung muss auch in meinen Augen verbal-argumentativ erfolgen. Das wird noch näher erläutert. Wenn Sie da ein Beispiel nachvollziehen wollen, dann schauen Sie einmal in das Schweizer System. Dort ist eine Einigung erfolgt, nämlich von sechs Standortregionen auf

zwei heruntergebrochen. Dort ist das Ganze verbal-argumentativ bewertet worden. Ich glaube, das ist sogar einmal als Kommissionsmaterial eingestellt worden.

Ich möchte noch kurz auf den Beitrag von Herrn Wenzel zurückkommen, weil Sie gesagt haben, hierin fehlten Kriterien. Nochmals: Herr Appel hat in dem Papier die Kriterien 1 bis 9 des AkEnd eins zu eins übernommen. Das sind in dem Papier, das wir das letzte Mal diskutiert haben, die Abwägungskriterien, die ebenfalls von 1 bis 9 nummeriert sind. Ich habe vorhin zu den Abwägungskriterien 10 bis 14 gesagt, die müssten hier noch ergänzt aufgenommen werden. Dazu muss noch eine Bewertungsfunktion aufgelistet werden. Das ist eine Arbeit, die noch gemacht werden muss. Hier ist also nichts weggefallen.

Dr. Detlef Appel: Zur Aggregation ist schon einiges gesagt worden. Ich wollte hier ja nicht schon die Lösung anbieten, sondern auf das Problem hinweisen, dass da noch Arbeit auf uns zukommt. Der AkEnd hat dazu nicht sehr viel gesagt.

Man kann es auch auf den Begriff „verbal-argumentativ“ reduzieren. Das hat er so gesagt. Da gibt es eine methodische Entwicklung, da gibt es neue Ansätze im Bereich des Verbal-Argumentativen. Das liegt zehn Jahre zurück. Jetzt macht man es schon ein bisschen anders, als man es damals noch gemacht hat. Aber das Prinzip soll erhalten bleiben.

Das Prinzip, das auch erhalten bleibt, ist das Problem der wechselseitigen Bedeutung von Ergebnissen der Kriterienanwendung, ganz nackt mit Zahlen oder wie auch immer definiert. Wie geht man verbal-argumentativ damit um? Wo ergibt sich insbesondere die Notwendigkeit?

Hinsichtlich der Erfüllungsgrade, die da formuliert sind, kann man nicht a priori davon ausgehen, dass sich dahinter immer exakt dieselben Verhältnisse, dieselben Bedeutungen im Hinblick auf die Sicherheit verbergen.

Die Abgrenzungen in diesen Beurteilungsfunktionen sind mathematisch hergeleitet. Ich will nicht

sagen, dass sie willkürlich sind. Aber sie sind hergeleitet ohne Rücksicht auf bestimmte konkrete Verhältnisse, die man dabei nicht im Kopf haben konnte.

Was das an einem konkreten Standort tatsächlich bedeutet, wäre dann auch noch zu hinterfragen und vor allen Dingen zu beschreiben. Das spielt vor allem dann eine Rolle, wenn man verschiedene Standorte mit verschiedenen Wirtsgesteinen miteinander vergleicht. Da kann es durchaus sein, dass gewisse Unterschiede bestehen, obwohl im Hinblick auf die Kriterienanwendung zwei Standorte mit unterschiedlichem Wirtsgestein in dieselbe Kategorie gefallen sind. Dann sind eben verbal-argumentative Ansätze zusätzlich zu dem generellen Prinzip hilfreich.

Auf eines will ich auch noch hinweisen: Das ist nicht nur die Vorgehensweise, mit der man die Ergebnisse zusammenführt, sondern das hat etwas damit zu tun, mit welchem Gewicht die verschiedenen Kriterien - oder schon die Anforderungen - in die Zusammenfassung, in die Zusammenführung eingehen. Diesbezüglich hat der AkEnd drei Gewichtungsgruppen eingeführt und hat die Qualität des Einschlusses und seines Nachweises, die Schutzfunktionen, die sonst noch da sind, und den ganzen Rest unterschieden. Man kann sich überlegen, ob man diese Struktur und diese Begründung genau übernimmt. Vor dem Hintergrund der Anforderungsformulierung und auch der zugehörigen Kriterienformulierung war es damals logisch, es so zu machen. Das passte zusammen, und der Einschlussgedanke stand eben auch im Vordergrund.

Warum Seismik und Deckgebirge nicht dabei sind, hatte ich vorhin schon gesagt: weil das nicht Gegenstand war. Damit bleibt, so denke ich, noch der Punkt „Günstige hydrochemische Voraussetzungen“. Die Anforderung ist in die Tabelle übernommen worden, aber hinten, bei den Kriterien und bei den Erfüllungsfunktionen, finden sich keine Funktionen wieder. Das liegt schlicht daran, dass sich der AkEnd nicht imstande gesehen hat, solche Erfüllungsfunktionen zu formulieren. Er hat lediglich die Kriterien aufgeschrieben und hat gesagt: Wenn man mehr darüber weiß, muss man das machen.

Sicherheitsanalysen, Sicherheitsuntersuchungen. Je nachdem, an welcher Stelle im Verfahren man sich befindet, handelt es sich mit Sicherheit nicht um Sicherheitsanalysen, sondern um Einzeluntersuchungen, die gedanklich in diese Richtung gehen, aber irgendwann fängt es dann mit vorläufigen Sicherheitsanalysen an, und dann muss man sehen, wo es am besten hinpasst, auch im Übrigen im Verfahren.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja, aber wir waren beim Prozess schon einmal so weit, dass wir uns wieder bewusst gemacht haben: In der Phase 1 haben wir keine neuen Erkenntnisse, sondern sammeln nur das, was bei den verschiedenen Geologieämtern unterwegs ist. Das heißt, an der Stelle können wir sicherlich keine Sicherheitsanalysen im klassischen Sinne durchführen, sondern wir können qualitative Sicherheitsanalysen machen. Das heißt, in der Phase 1 kommt das nicht vor. Wir können erst mit Ergebnissen der oberirdischen Erkundung in der Phase 2 etwas machen.

Aber wenn ich jetzt wieder eine Pressemitteilung hingelegt bekomme - -

(Zuruf - Heiterkeit)

Ich glaube, wir sind uns hier noch nicht ganz sicher, worüber wir genau diskutieren. Wir haben jetzt eines herausgearbeitet. Wir haben Ausschlusskriterien diskutiert, wir haben Mindestkriterien diskutiert. Wir haben gesagt, wir diskutieren sie noch einmal durch. Von Niedersachsen gibt es Zustimmung oder eine andere Version, je nachdem, welches Kriterium es ist. Das heißt, wir müssen es dann noch einmal diskutieren. In dem Kapitel über geologische Kriterien im Endbericht gibt es, wenn man so will, drei Unterkapitel. Die beiden Unterkapitel „Ausschlusskriterien“ und „Mindestkriterien“ diskutieren wir im Moment nicht. Das dritte Unterkapitel beinhaltet die Abwägungskriterien. Ich selbst habe auch noch nicht verstanden, wie unser Kapitel „Abwägungskriterien“ im Endbericht aussieht, was in dem Text schon enthalten ist und welche die Texte sind, die wir uns dazu vorstellen müssen. Denn davon hängt auch ab, an welcher Stelle wir welche Themen diskutieren.

Daher bitte ich um Aufklärung, wie das Gesamtkapitel „Abwägungskriterien“ aussehen würde. - Soweit ich mich erinnere, lautete die erste Frage vorhin, wie viel Text zu den Abwägungskriterien darin steht; das ist ja etwas Ähnliches. - Was ist also die Vorstellung dabei? Manche diskutieren, dass das, was wir jetzt haben, der Vorspann zum Kapitel „Abwägungskriterien“ ist, andere diskutieren die konkreten Abwägungskriterien. Insoweit brauchen wir jetzt einfach eine Hilfestellung.

(Dr. Detlef Appel: Soll ich sagen, wozu ich mir das gedacht habe?)

- Die Frage lautet nicht nur, wozu du dir das gedacht hast, sondern auch, wie du dir das ganze Unterkapitel „Abwägungskriterien“ vorstellst, damit man das in Relation sieht.

Dr. Detlef Appel: Den Text nicht im Hinblick auf die Ausführlichkeit, in der die einzelnen Abschnitte dargestellt sind, aber eine solche Struktur könnte ich mir im Vorlauf zu der Behandlung der einzelnen Anforderungskriterien und Beurteilungsfunktionen vorstellen. Diese müssen meiner Ansicht nach in irgendeiner Form auch in ein solches Kapitel aufgenommen werden. Ich hatte vorhin schon angedeutet, dass man sich überlegen muss, wie man das dann handhabbar und lesbar machen kann, indem man bestimmte Dinge, die sehr ausführlich dargestellt werden - vielleicht auch ausführlich dargestellt werden müssen -, entweder kürzt oder aber in einen Anhang aufnimmt - oder wie auch immer man damit umgeht -, damit ein solches Kapitel dann lesbar ist.

Über die Reihenfolge, die jetzt hierin enthalten ist, dass am Ende in diesem Kapitel, aber im Vorlauf zur Behandlung der einzelnen Abwägungskapitel mit den Anforderungen usw. etwas zur Aggregation der Ergebnisse und folgerichtig dann auch noch zur Gewichtung steht - - Das kann man natürlich auch woanders hinschreiben. Das kann man auch ans Ende stellen. Mir erschien es nur sinnvoll, einen Überblick über das, was es gibt, und über das, was an Arbeit zu leisten ist, zu geben und das voranzustellen.

Vorsitzender Michael Sailer: Sage bitte noch einmal, was nach deiner Vorstellung noch fehlt.

Dr. Detlef Appel: Nach meiner Vorstellung würde fehlen, dass man das auf Vollständigkeit, also daraufhin prüft, ob alles abgedeckt ist, was tatsächlich in einem Vorspann dazu zu schreiben ist. Dann würde sich als Nächstes die Auseinandersetzung mit den einzelnen Anforderungen, Kapiteln und Beurteilungsfunktionen anschließen. Dabei sehe ich das interessante Problem der Mengenaufteilung oder der schiereren Masse an Seiten. Wie gesagt, 75 Seiten sind es allein im AkEnd-Bericht. Insoweit muss man sich überlegen, wie man damit umgeht.

Vorsitzender Michael Sailer: Diese Frage sollten wir heute beantworten.

Dr. Detlef Appel: Meine Intention an dieses Papier war ja im Wesentlichen, dass Klarheit darüber herrscht, damit man dann konzentriert daran arbeiten kann. - Wer immer das dann macht.

Es gibt natürlich auch Kombinationsmöglichkeiten, indem man das nicht alles in Tabellenform macht, sondern die allgemeinen Anforderungen und die zugehörigen Kriterien mit den Begründungen dafür in einen Abschnitt bringt. Da gibt es also verschiedene Möglichkeiten. Ich wollte mich mit allen nicht so sehr beschäftigen.

Vorsitzender Michael Sailer: Mir liegen jetzt drei Wortmeldungen vor. Die Kollegen Fischer, Wenzel und Kleemann bitte in dieser Reihenfolge!

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich möchte versuchen, das Ganze zu operationalisieren; denn ich denke, nur das Papier zu haben, so wie Sie es in der Einleitung nachvollziehbar beschrieben haben - - Wir brauchen ein Kapitel, in dem die Kriterien im Einzelnen erläutert werden. Das ist auch nachvollziehbar. Aber wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie man hinterher damit umgehen wird. Wir befinden uns hier an der Stelle, an der wir nach Ausschluss und Mindestanforderung letztendlich als Vorhabenträger - in diese Rolle versetze ich mich jetzt einmal - entscheiden wollen, welche Standorte für die ober-tägige Erkundung empfohlen werden sollen. Das

ist genau der Punkt: Ende der Phase 1. Da ist die Frage zu stellen: Wie ist das jetzt möglich? Ist es alleine mit dieser verbal-argumentativen Analyse möglich? Ist das dann quasi die Bewertung, mit der ich sage: Von den 30, die Sie immer nennen, Herr Sailer, bin ich jetzt in der Lage, auf sechs zu kommen, oder wie muss ich das verstehen? Ich stelle mir das gerade vor. Ist das in der Größenordnung das Zahlenverhältnis, das ich herausbekomme? Dazu fehlt meines Erachtens noch Handwerkszeug. Noch reicht es nicht aus, um es jemandem in die Hand zu geben und zu sagen: Bitte schön, mache! Da brauchen wir noch mehr, dazu brauchen wir noch ein „Kochrezept“, wie wir das dann umsetzen.

Min Stefan Wenzel: Mir ist alles, was jetzt aufgeschrieben ist, zu beliebig. Allein das Konstrukt „einschlusswirksamer Gebirgsbereich“ - wie wird das hinterher operationalisiert? Da wird am Ende ein Mathematiker sitzen, der anhand bestimmter Kriterien oder Logarithmen oder Funktionen errechnet, ob bestimmte Werte dazu führen, dass man den ewG für sicher hält oder nicht. Am Ende fließen 50 bis 100 verschiedene Parameter ein, um diese Rechnung durchzuführen. Das kann kein Mensch nachvollziehen, wenn nicht vorher genauer definiert wird, welche Parameter bei der Bildung dieses mathematischen Modells zur Definition der Sicherheit eines einschlusswirksamen Gebirgsbereichs heranzuziehen sind. Wenn man dann noch sagt, man wäge nur verbal ab, dann hat man ja wieder nur weiche Kriterien, und wenn man dann noch bei den Sicherheitsanforderungen propabilistische Maßstäbe heranzieht, dann wird es vollends beliebig.

Propabilistik, Wahrscheinlichkeitsrechnung, in Bereichen, in denen ich weniger als 1.000 oder 2.000 Fälle in der Grundgesamtheit habe, sind, was die Eintrittswahrscheinlichkeit angeht, höchst beliebig. Wir haben es hier, wenn wir Gesteine beurteilen, in der Regel nicht mit 1.000, sondern mit zwei, drei, fünf oder sieben Fällen in der Grundgesamtheit zu tun. Da überhaupt mit Propabilistik zu kommen, ist ein höchst schwieriger und problematischer Ansatz.

(Dr. Ulrich Kleemann: Nicht in Phase 1!)

- Meines Erachtens schon. Insoweit muss ich noch überzeugt werden. - Ich sehe im Moment, dass beispielsweise das, was wir im Jahr 1983 noch hatten, was auch im Jahr 1995 noch die BGR - Herr Bräuer - in ihrem Salzgutachten gesagt hat, mit dem Rupelton als Deckgebirge im Salz, das wird hier alles im Rahmen des ewG zu einem am Ende beliebig mathematisch definierbaren Objekt. Das ist mir zu wenig.

Deswegen haben wir an der Stelle auch noch einmal sehr deutlich gesagt, welche Kriterien unserer Meinung nach zum Beispiel beim Deckgebirge angesetzt werden müssen. Aber das ist nur ein Beispiel unter vielen.

Dass wir am Ende auf Anhänge verweisen, ist auch problematisch. Wir kommen so noch nicht zum Ziel. Ich sehe das noch nicht. Nicht mit zwei Sätzen und indem wir dann sozusagen alles der Nachwelt überlassen.

Vorsitzender Michael Sailer: Wie soll es aussehen?

Min Stefan Wenzel: Es braucht noch viel Vertrauensbildung, um das Konstrukt ewG der Nachwelt schmackhaft zu machen.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich fände es gut, würden die Vorstellungen, was enthalten sein muss, deutlicher herausgearbeitet. Es ist ja inzwischen klar, dass es für einen Teil von dem, was enthalten ist, das Ansatzpapier ist. Aber wenn wir jetzt einfach von den Reihenfolgen her - -

Dr. Ulrich Kleemann: Ich merke, dass wir immer wieder ähnliche Diskussionen führen. Man muss sich vielleicht noch einmal die Schrittfolge vor Augen führen und dann überlegen, welche Informationen zu welchem Zeitpunkt zur Verfügung stehen.

Zu welchem Zeitpunkt greifen zum Beispiel probabilistische Berechnungen? Sie greifen erst ganz am Ende, wenn ich bei den Sicherheitsanalysen bin und wenn vor allen Dingen die Sicherheitsanforderungen speziell die Eignung eines Endlagerstandorts prüfen sollen. Sie greifen nicht am Anfang. Ich habe am Anfang ja noch gar nicht die

Informationen. Das heißt also, in Phase 1 dieses Standortauswahlverfahren - ich hatte von Schritten gesprochen, aber das ist egal -, wenn es um die Einengung von Standortregionen geht, hat man noch nicht diese vertieften Erkenntnisse, wie man sie zum Beispiel an einem Standort hat, an dem man untertägig erkundet hat. Das heißt, man muss einen Vergleich auf einer Basis vornehmen, mit der man noch nicht alle Informationen hat und davon ausgehen muss, dass zunächst einmal bestimmte Mindestanforderungen zu erfüllen sind. Es kann sich im späteren Verlauf des Verfahrens herausstellen, dass diese Mindestanforderungen nicht erfüllt sind; dann scheidet dieser Standort im Laufe des Verfahrens wieder aus, aber am Anfang muss ich auf der Basis der Informationen, die vorliegen, von einer gewissen Grundannahme ausgehen. Deshalb kann man dann auch noch nicht mit quantitativen Rechnungen an die Dinge herangehen, sondern kann eigentlich nur einen Abwägungsprozess durchführen, bei dem man beispielsweise sagt: Hier habe ich die Informationen für irgendeinen Granit in Bayern und einen Salzstock in Niedersachsen, und ich schaue mir einmal an, was ich an Literaturkenntnissen habe, wie es mit den Eigenschaften dieses Gesteins aussieht, und bringe das in eine solche Abwägungsmatrix. Das ist noch keine Rechnung, das ist noch keine Sicherheitsanalyse. Das kann auf dieser Basis noch gar nicht erfolgen, weil man viele Informationen gar nicht hat.

Deshalb ist es meines Erachtens auch ganz wichtig, dass wir dieses Ablaufschema immer vor Augen haben und es vielleicht auch, so wie wir es beim letzten Mal besprochen haben, zu Papier bringen. Ich hatte damals einen Vorschlag gemacht. Wir haben darüber diskutiert. Wir haben es etwas anders gemacht. Du hast auch einen Vorschlag gemacht. Das müssen wir zu einem Papier zusammenführen, damit wir wissen, an welcher Stelle wir uns eigentlich befinden.

Ich hatte mich eigentlich zu Wort gemeldet, weil gefragt wurde, welchen Umfang dieses Papier jetzt hat. Wir können sicherlich nicht über 75 Seiten Abwägungskriterien in unseren Bericht aufnehmen. Ich schlage vor, dass wir den AkEnd-Bericht zitieren, in dem man sich ja nun wirklich hinreichend Gedanken zu allen diesen Kriterien

gemacht hat, und dass wir, nur wenn wir von der AkEnd abweichen, dies noch einmal begründen und darlegen. Wir müssen nicht alles abschreiben, was der AkEnd damals geschrieben hatte. Das ist nachvollziehbar. Aber in dieser Diskussion ist mir deutlich geworden, dass wir das alles zusammenführen müssen, dass wir schauen müssen, wie das Endlagersystem ist, wie die Phasen definiert sind und welche Kriterien in welchem Stadium greifen, damit wir nicht immer wieder die gleichen Diskussionen führen. Ich habe den Eindruck, manchmal drehen wir uns in unserer Diskussion wirklich im Kreis. - Aber wir sind eigentlich schon recht weit.

Vorsitzender Michael Sailer: Das geht mir manchmal genauso. Wir haben jetzt bei den Phasen einfach das Problem, dass der Kollege Grunwald etwas dazu schreiben wollte, aber bislang damit noch nicht weitergekommen ist. Es gibt einmal das Problem - da bitte ich auch die Geschäftsstelle, noch einmal zu schauen -: Man kann nach der Sitzung praktisch nur dann nachschreiben, wenn das Wortprotokoll bald da ist. Das war in dem Fall, in Bezug auf die Diskussion, die wir zu den Papieren geführt hatten, ein Problem.

Wir müssen die Sachen also verhaften, aber es ist eigentlich auf der To-do-Liste des Kollegen Grunwald. Ich gebe dir natürlich Recht: Wären die Sachen konkreter da, wäre es einfacher; dann könnte man sich immer wieder auf den Diskussionsstand beziehen.

Jetzt spreche ich wieder als Diskussionsleiter: Detlef Appel ist an der Reihe, dann Herr Pegel und Herr Kudla als Dritter.

Dr. Detlef Appel: Was die „Kochanleitung“ betrifft: Klar, da muss noch ein bisschen mehr dazu. Aber ich denke, das ist weniger Streitwürdig. Das muss man hineinschreiben.

Nicht ganz verstanden habe ich die Kritik an dem Begriff „ewG“ bzw. wie hier damit umgegangen wird. Es muss ein Kapitel geben - nach meinem Verständnis an anderer Stelle in diesem Bericht -, in dem die Philosophie, die sich damit verbindet, oder das Konzept - wie immer man das nennen will -, wonach sich die Kriterienentwicklung und

das gesamte Verfahren gerichtet haben, dargestellt wird.

(Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das hatten wir schon festgelegt!)

- Ja, dass das irgendwo sein sollte. Deshalb muss das hier nicht - - Hier ist ja der Begriff „ewG“ lediglich die Grundlage, um darauf bestimmte auf Standorte oder Standortregionen anzuwendende Kriterien formulieren und später anwenden zu können. Er ist das Objekt, um das es geht, aber worum es sich dabei im Einzelnen handelt, muss an ganz anderer Stelle und sehr viel grundsätzlicher gesagt werden.

Ein Problem gibt es irgendwann - das hat dann auch schon etwas mit dem Standortauswahlverfahren usw. zu tun -, soweit man eine Handvoll von Informationen und dann immer mehr Informationen hat und die Ausweisung dieses tatsächlichen Konstrukts, dieses ewG, in der Realität schon grob beschreiben kann, und so, dass man tatsächlich eine Bewertung vornehmen kann. Das hat mit den Abwägungskriterien und mit den Ausschluss- und Mindestanforderungen noch nicht so viel zu tun. Diese beziehen sich gerade nicht auf diese Situation. Aber wie die Ausdehnung des ewG um die Einlagerungshohlräume gestaltet ist, wie das konfigurativ im Einzelnen aussieht und wie die Abstände sind, wird man dann noch festlegen müssen, das wird durch die realen Verhältnisse am Standort bestimmt werden. Darüber wird man dann sicherlich im Einzelnen streiten können.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Pegel ist der Nächste.

Min Christian Pegel: Ich will Sie noch einmal mit der Laienbetrachtung quälen und bin immer noch bei Ihrem Hinweis, dass man Paarbildung vornehmen und versuchen soll, sie quasi verbal abzuwägen. Ich stelle mir das immer noch für 30 bis 45 Standorte vor. Dann hat man schon die Diskussion, warum eigentlich der bayerische Standort mit dem niedersächsischen gepaart wurde und nicht mit dem hessischen; dann hätte er viel bessere Chancen gehabt. - Schlechtere.

Ich überlege die ganze Zeit, wie man diese zehn Punkte, zum Teil mit drei bis fünf Unterpunkten - insgesamt zwischen 40 und 50 an der Zahl - herunterbrechen kann, und stelle deshalb eine Frage, bei der ich dankbar wäre, wenn Sie versuchten, sie aus der Laienperspektive aufzugreifen und mir eine Reaktion zu geben, ob das völlig undenkbar ist.

Wenn ich die einzelnen Punkte lese, so lassen sie sich oft in Zahlen - eine Abweichung von einem Optimalzustand oder eine Annäherung an einen gewissen Wert oder möglichst viel Distanz zu einer Oberfläche - beschreiben. Sie lassen sich, auch wenn es nicht mathematisch herunterrechenbar ist, trotzdem beschreiben. Ich stelle mir jetzt vor, ich bilde für jeden dieser 40 bis 45 Unterpunkte eine Tabelle und sage: Der, der dem optimalen Zustand am nächsten kommt, ist Platz eins meiner Bundesliga, und der, der den schlechtesten Platz hat, liegt im Extremfall auf Platz 45. Wenn ich das 35- oder 40-mal gemacht habe und dann einfach Platzziffern summiere, dann bin ich hart an der Grenze zum Mathematischen. Vielleicht muss ich es auch in einzelnen Bereichen machen - da bin ich noch nicht am Ende meiner Überlegungen angelangt -, um zu schauen. Wenn ich Abwägungen vornehme, heißt das ja: Ich habe keine Kriterien, die „Kopf-ab-Kriterien“ sind, sondern irgendwie bin ich schon in einem Bereich von Dingen, die möglich sind, und jetzt schaue ich nach dem, was am besten geht.

Wenn wir darüber einen Prozess hinbekämen, in dem es sich noch leicht operabel machte, im Übrigen auch eine gewisse Transparenz bliebe und mir dann auch ein bisschen deutlicher wäre, wie ich die Dinge beschreiben muss, weil ich dann immer eine Beschreibung wählen muss, die hinterher eine Tabellenbildung zulässt, bei der ich entweder den Optimalzustand beschreibe oder zumindest sage, wie zu bemessen ist, was besser und was schlechter ist, dann wäre möglicherweise die Beschreibung leichter. Damit bin ich ein bisschen aus Ihrer verbalen Beschreibung heraus. Ich glaube, die wird erst in einem zweiten oder dritten Schritt, je nachdem, wie Sie nummerieren wollen, leichter sein. Wenn ich nur noch fünf oder sechs habe und daraus die letzten zwei oder drei oder den einen herleite, dann, so

glaube ich, wird man ganz stark in das verbale Beschreiben kommen.

Bei dem ganz großen Pott stelle ich es mir nicht ganz leicht vor. Ich erwähne auch noch einmal die Paarbildung. Es gibt tausend Debatten, warum gerade die beiden verglichen wurden. Wenn ich die anderen verglichen hätte, wäre alles viel schöner. - Immer von dem Standort her gesehen, der sich als Verlierer fühlt.

Ich überlege, ob es darüber ein Stück weit ginge. Ich bin noch nicht bis zum Ende, ob man innerhalb Ihrer drei Kategorien oder innerhalb der zehn Ziffern jeweils Tabellensummierungen bilden muss und dann den besten und schwächsten Standort hat. Aber vielleicht erreicht man darüber einen Prozess des Sich-langsam-Annäherns. In der Mathematik gibt es ja auch solche merkwürdigen Näherungsrechnungen, mit denen man nicht zum richtigen Ergebnis gelangt, sondern sich nur quasi einer Nulllinie annähert. Ein ähnlicher Prozess ist ja der Abwägungsprozess aus juristischer Sicht beinahe auch.

Ich versuche, es zurückzuspiegeln, ob so etwas denkbar ist. Dann wäre ein bisschen klarer, wie wir formulierungsmäßig vorgehen müssten, welche Kriterien man möglicherweise braucht, um das operabel zu machen.

Vorsitzender Michael Sailer: Mir liegen jetzt noch die Wortmeldungen von Herrn Kudla und von Herrn Fischer vor. Ich würde auch mit Blick auf die Vier-Uhr-Pause darum bitten, dass die Dreiergruppe noch eine Aussage dazu trifft, was jetzt mitgenommen worden ist, was in die Formulierungen geht. Damit schließen wir aber den Teilpunkt ab. Das wäre hilfreich. Nach der Menge an Hinweisen schaffen wir es nicht mehr, dies stark zu vertiefen. - Herr Kudla!

Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Was ich ganz klar mitgenommen habe, ist: Dieses Kapitel zum ewG - was ist ein ewG, wie wird er ermittelt? - müssen wir schnellstmöglich formulieren, damit wir hier eine Grundlage haben.

Dann habe ich auch mitgenommen, dass wir noch näher unterlegen müssen, wie das Verbal-Argumentative erfolgt.

Jetzt haben Sie zum Beispiel gerade den Vorschlag einer Reihung gemacht. Man gewichtet dabei jeweils, ob ein Standort unter „günstig“, „bedingt“, „weniger günstig“ fällt, in eins, zwei drei usw. Dann zählt man alles zusammen, und derjenige, der die wenigsten Punkte hat - also die meisten günstigen -, der hat sozusagen gewonnen.

Das ist nur bedingt möglich. Es kann durchaus sein, dass beispielsweise ein Standort einmal in die Kategorie drei - „weniger günstig“ - fällt, aber bei einer Eigenschaft so danebenliegt, so herausfällt, dass man ihn einfach nicht nehmen kann, obwohl er nur „weniger günstig“ ist. Das kann man mit der mathematischen Formulierung „eins, zwei drei“ alleine nicht mehr erfassen, sondern da schlägt dann diese eine ganz schlechte Eigenschaft durch. Das muss möglich sein, und das kann man letztlich nur verbal-argumentativ machen. Deswegen: Solche methodischen Reihungen sind zwar möglich, aber sie dürfen nicht zur letztendlichen Entscheidung führen, sondern die letztendliche Entscheidung muss - auch ich bin dieser Meinung - verbal-argumentativ erfolgen.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Pegel, direkt dazu!

Min Christian Pegel: Ich will nur die Nachfrage stellen, ob wir dann nicht eigentlich die Rolle rückwärts für Kriterien machen, die eigentlich schon Ausschluss- oder Mindestanforderungen sind. Wenn es sozusagen Bereiche gibt, bei denen ich sage: Wer da herausfällt, der hat schon wegen dieses einen Punktes den Kopf ab, dann bin ich nach meinem Gefühl eigentlich in der Kategorie davor. Wenn Sie sagen, sie versteckt sich darin, dann würde ich gerne überlegen, ob es Extremwerte gibt, die man jetzt definieren muss, die eigentlich in das Ausschluss- oder in das Mindestanforderungsprofil aufgenommen werden müssten. Wer da nicht durchkommt, der ist schon gar nicht in der Abwägung. So habe ich Sie verstanden. Sie sagen: Es gibt Dinge, die sind so „tödlich“, die können nicht dazu führen, dass ich in

diesen Pott komme. - Nur die vorsichtige Nachfrage, ob wir nicht möglicherweise oben noch ein, zwei Schwellenwerte brauchen, die zeigen: Der biegt schon vorher ab. Dann braucht der gar nicht mehr in den großen Topf.

(Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Darf ich ganz kurz?)

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Fischer ist immer so zurückhaltend, zumindest in dieser Runde.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Danke schön. - So positiv wie ich es sehe, das so zu machen, wie Sie vorgeschlagen haben, sehe ich allerdings Grenzen, und die haben wir uns, so glaube ich, vorhin ein Stück weit selbst geschaffen. Das, was wir vorhin diskutiert haben, dass wir jetzt für unsere Kristallingesteine andere Kriteriensätze brauchen, bringt uns nachher natürlich in die Problematik, dass wir diese Reihung für alles nicht mehr machen können. Deswegen bin ich auch der festen Überzeugung, dass wir jetzt, so wie es Herr Kudla eben gesagt hat, dieses Papier brauchen, wie wir den ewG verstehen, und darin muss eingearbeitet sein, wie wir das eigentlich beim Granit machen. Das ist die Grundvoraussetzung, um zu sagen, ob so etwas möglich ist oder nicht. Es wird da seine Grenzen finden.

Ich würde sie auch gerne einfach nebeneinander stellen, aber ich glaube, wir werden dies am Ende nicht auf eine solche Art und Weise lösen und brauchen andere Argumente. Die Argumente sind dann entweder - in Anführungszeichen - „nur“ verbal-argumentativ oder aber sicherheitsgerichtet, aber dann eben mit begrenzten Parametern, weil wir nicht alles haben. Das ist die Konsequenz.

Vorsitzender Michael Sailer: Detlef, bitte auch mit einem Ausblick darauf, was wir jetzt tun!

Dr. Detlef Appel: Ich fange damit an. Mit Sicherheit muss auch bei der „Kochanleitung“ noch nachgebessert werden. Ich habe einige Beiträge so verstanden, dass im Text auf jeden Fall Begründungen für die Kriterien und Herleitungen, vielleicht auch für die Funktionen, angeführt werden sollten. Dass sie auf jeden Fall in einem

solchen Bericht aufgeführt werden müssen, habe ich vorhin schon mit dem Hinweis auf den Umgang mit Fachbegriffen angedeutet. Ein solcher Bericht sollte schon für sich nachvollziehbar sein. Die Frage ist nur, wie weit man da hineingeht.

Noch kurz zu Ihrem Ansatz: Rein optisch kann man sich sicherlich vorstellen, dass man die drei verschiedenen Gruppierungen mit verschiedenen Farben versieht und die Kriterien untereinander schreibt. In der Vertikalen hat man dann wie in einem Gitterpapier die Standorte. Es funktioniert aber nicht, Gelb und Grün jeweils zu addieren und unten eine Summe zu bilden. Voraussetzung dafür wäre, dass die Kriterienbeurteilungen alle gleichgewichtig und gleichwertig wären. Das heißt, das funktioniert nur optisch, kann aber trotzdem eine interessante und sinnvolle Darstellungsweise sein. Aber man darf sich dadurch eben nicht täuschen lassen und sagen: Hier haben wir fünfmal gelb; da gelb das Beste ist, schneidet das am besten ab. Das muss nicht so sein, weil sie nicht gleichgewichtig sind.

Das ist auch einer der Gründe, warum man gesagt hat: Wenn wir es nicht verrechnen können, weil die Art der Kriterien und der Umsetzung dagegenspricht, dann müssen wir es verbal-argumentativ machen. Im Übrigen ist das flexibler und nach meiner Überzeugung und Erfahrung im Nachhinein immer überzeugender. Hinterher wird nämlich über - was weiß ich - Nutzwerte und darüber gestritten, ob das tatsächlich gleichwertig ist usw. - Aber gut.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Pegel, wollten Sie noch etwas sagen?

Min Christian Pegel: Erstens. Ihren Hinweis, dass sie unterschiedlich gewichtig sind, hatte ich vorhin im Kopf. Da muss man möglicherweise einen Faktor mal zwei rechnen oder was auch immer. Ich weiß, dass es mathematisch ganz einfach nicht abbildbar ist.

Ich hatte im Übrigen die Platzziffern 1 bis 45 vor Augen. Ich hatte nicht gelb, rot, grün, Ihr Ampelsystem, vor Augen; ich habe gesagt. Wer am weitesten von der Erdoberfläche weg ist, wenn man dieses eine Kriterium nimmt, hat eben darin

Platz eins, weil er bei diesem Kriterium in der Abwägung den größten Sicherheitsabstand hat, und wer am dichtesten dran ist - Ton ist offenbar immer ein bisschen schlechter mit den Plätzen -, ist dann weiter hinten bei den Platzierungen. Aber wenn ich das bei 28 Kriterien gemacht habe, habe ich schon eine ganz gute Mischung.

Zweitens. Es mag Bereiche geben, bei denen man sagt: Wer da rot ist, ist per se raus. Das habe ich verstanden, obwohl ich noch einmal frage - das können wir in der Pause machen -, warum sie nicht weiter oben stehen.

Drittens. Meine Sorge ist: Wenn ich bei 28 Punkten jeweils eine verbal beschreibenden Bewertung vornehme, im Zweifel bei zwischen 35 und 40, bei 32 Standorten, dann habe ich - - Was Sie flexibel nennen, wird dann in Diskussionen ganz oft willkürlich genannt werden. Das ist meine Sorge. Ob das dann zu einer größeren Befriedung führt? Ich suche momentan immer den Weg einer größeren Befriedung, die auch Transparenz schafft. Mit Argumentation - als Jurist habe ich sie von der Pike auf gelernt - bekommen wir beinahe jedes Ergebnis hin.

(Heiterkeit)

Das ist die alte These: Zwei Juristen, drei Meinungen. Das ist nicht das Problem. Das kann ich mir alles gut vorstellen. Die Frage ist, ob ich hinterher bei den Menschen Vertrauen und den Eindruck erwecke, dass nicht vom Ergebnis her argumentiert worden ist, sondern tatsächlich Treppenstüfchen für Treppenstüfchen nach oben. Da sind Beschreibung und Begründung dann eben so relativ, wie Menschen mit ihren Gefühlslagen sind. Ich weiß aber, dass das andere genauso risikobehaftet ist, ich habe nur versucht zu schauen, ob sich darüber ergründen lässt, wie man diese Kriterien anders beschreibt.

Zu guter Letzt mag es Kriterien geben, bei denen mein System leichter ist. Vielleicht muss man die dann für dieses System ausgliedern. Es mag Kriterien geben, die man wirklich nur verbal hinbekommt, oder man hat auch da eine Stufung. Ich versuche bloß möglichst viel Handhabbarkeit für die armen Schweine, die am Ende draußen stehen und sich im Übrigen drei Jahre lang für diese

Kommission nicht interessiert haben, aber wenn es sie in sieben Jahren halbwegs schwer erwischt, retropektiv sagen: Jetzt bin ich dran; jetzt hätte ich es aber gern nachvollzogen. - Dann ist der große Besinnungsaufsatz zumindest nicht leichter.

Dr. Detlef Appel: Es kann auch sein, dass nur ein paar Kriterien die ausschlaggebenden sind. Das wissen wir noch gar nicht. Es sind nicht alle - -

Vorsitzender Michael Sailer: Aber dass wir es hier immer wieder geschafft haben, noch einmal auf die konkrete Anwendbarkeit und die armen Teufel, die es dann sauber anwenden müssen - - Wir müssen für die - das haben wir beim AkEnd zugegebenermaßen in bestimmten Feldern einfach nicht gemacht, auch weil wir ein Stück weit hängengeblieben bzw. nicht fertig geworden sind - - Das muss man dann hier in dieser Kommission leisten. Da bin ich voll bei Herrn Pegel. Das muss man nachher durchexerzieren können, für die, die es exerzieren müssen, durchprüfen können, für die, die es prüfen müssen, und von der Öffentlichkeit her abfragen können, ob das sauber gemacht worden ist, egal, welcher Spieler.

(Min Christian Pegel: Ich habe eine letzte Sachfrage, weil ich in der Pause los muss!)

Vorsitzender Michael Sailer: Ja?

Min Christian Pegel: Zu fragen ist, ob die Kriterien jetzt vollständig sind. Ich habe aus der letzten Diskussion, an der ich leider nicht teilnehmen konnte, verstanden: Es gibt auf jeden Fall zwei, die noch hinein müssen. Die haben wir ja hier schon verschoben.

Die zweite Bitte wäre, ob dem Kreis derer, die fachlich tiefer drinstecken als ich, Institutionen einflielen, die schon in der Vergangenheit so intensiv mit unserem Prozess betraut waren, dass man ihnen noch einmal eine Liste schickt - auch außerhalb des AkEnd - und fragt: Fallen euch noch zwei, drei Kriterien ein, die euch entweder immer in den Nacken geschlagen sind, weil ihr sie nicht berücksichtigt habt, oder die ihr in eurer Arbeit vermisst habt? Möglicherweise bekommt

man, wenn man eine Drei- oder Vierwochenfrist setzt, vom BGR, vom Amt für Strahlenschutz entsprechende Rückmeldungen. Ähnliches wird uns im Zweifel im Januar bei der Veranstaltung auch noch einmal passieren. Oder man fragt die AG 1, ob man sich einen Prozess vorstellen kann, bei dem man jetzt schon die aktiven Gruppen, die es ja gibt, befragt, ob sie nicht nach ihrem Gefühl, wenn sie so einen Katalog hätten, etwas vermissen würden, sodass wir im Zweifel früh ergänzen. Dann kann man schauen. Manches Kriterium mag ja wissenschaftlich nicht das durchschlagendste sein. Dass man aber trotzdem sagt: Wenn das zu einem friedvollen Ergebnis beitragen kann - - Oder wir sagen: Wenn ihr euch das angeschaut habt, hilft uns das.

Ich kann es bei mir ins Haus geben und sagen: Schaut einmal. Dann sagen alle: Wir haben noch nie ein Endlager gebaut. Ich glaube, dass wir schauen müssen, wer bei solchen Prozessen schon einmal voll im Feuer stand. Dann mögen auch Rückkoppelungen kommen. Wir müssen ja nicht heute die Liste dazu bekommen. Wir werden trotzdem den Prozess irgendwann einmal zu Ende bringen müssen.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich denke, darüber haben wir heute schon diskutiert. Erstens ist der Fachkongress Ende Januar insoweit zentral. Aber ich glaube, wir können uns bei den Fachgruppen auch nur sehen lassen, wenn wir etwas vorführen, was so aussieht, wie wir es jetzt definiert haben, aber nicht, was so aussieht wie das, was wir bisher haben.

Zweitens gehe ich davon aus, dass bei der GRS und bei der BGR und möglicherweise auch beim BfS Diskussionen dazu existieren, und ich weiß - das hatte ich schon einmal gesagt -, dass wir in der Entsorgungskommission praktisch die Kriterien des AkEnd auch durchdiskutieren. Dazu gibt es interne Drafts, die an manchen Stellen so aussehen wie hier, an manchen auch anders. Ich suche gerade noch einen Weg, wie man das hier sinnvoll einspeist, weil das natürlich auch eine Spiegelung ist, weil viele Leute, die Sicherheitsanalysen, Beurteilungen machen wollen, auch in der Entsorgungskommission dabei sitzen. Ich glaube, das können wir heute nicht ausdiskutieren. Nur, das Wesentliche ist: Wir

müssen uns hier einmal vorläufig einig werden, was wir sagen würden, wenn uns keiner hinein-spricht. Das heißt, wir brauchen einfach eine Fo-lie.

Ich möchte auch noch einmal erwähnen: Das, was wir gestern aus Niedersachsen bekommen haben, ist ja zu den Ausschluss- und Mindestkri-terien auch entweder eine Bestätigungs- oder eine Änderungsansage. Auch solche Prozesse sind natürlich möglich.

Wir haben es also. Wir müssen das jetzt zusam-menführen, aber wir brauchen einmal die An-sage, was wir hier denken, falls uns niemand hin-einredet, damit die anderen das dann kritisieren können.

Ich würde sagen, wir machen jetzt eine Pause und setzen nach der Pause, so wie ich es vorhin angekündigt habe, mit einer kürzeren nicht öf-fentlichen Sitzung fort. Das heißt, ich muss dann leider jene, die als Zuschauer mit dabei sind - die Ränge sind ja nicht so genau getrennt wie sonst - bitten, draußen zu bleiben. Diesen nicht öffentlichen Teil wird der Kollege Kleemann lei-ten. Ich werde auch draußen bleiben.

Ich sage jetzt einfach: Pause bis 16:20 Uhr, und dann bist du, Uli, mit Herrn Janß zusammen an der Reihe.

Für die Zuschauer: Nach der nicht öffentlichen Sitzung könnte man wieder teilnehmen.

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung von
16:08 bis 16:26 Uhr)

(Wiederbeginn des öffentlichen Sitzungsteils:
16:26 Uhr)

Vorsitzender Michael Sailer: Wenn wir jetzt auf die Tagesordnung schauen, dann könnten wir in die Diskussion des niedersächsischen Papiers eintreten, aber erstens habe ich angesichts der ge-troffenen Vertreterregelung den Verdacht, dass man es trotzdem noch einmal diskutiert,

(Heiterkeit)

und zweitens steckt mindestens an einer Stelle, vielleicht auch an zwei, ein massiver inhaltlicher Unterschied, den wir nicht zwischen Tür und Angel ausdiskutieren sollten. Deswegen lautet mein Vorschlag, dass wir nun zu den Punkten 7 - alt 6 - und 8 - alt 7 - kommen. Diese beiden Themen sollten wir noch ein sinnvolles Stück voranbringen und dann gegen halb sechs aufhö-ren, wenn es genehm ist. - Okay.

Wir kommen also zu

Tagesordnungspunkt 7: Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit der AG 1 zu Phase 1 im Standortauswahlverfahren

Vorsitzender Michael Sailer: Das Management hat jetzt den Termin für die gemeinsame Sitzung mit der AG 1 festgelegt. Diese findet im An-schluss an die Sitzung am 2. Oktober statt. Nach diesem Modell kann die AG 2 gehen, und AG 1 und AG 3 bleiben nach der Sitzung der Kommis-sion da. Das läuft auf ca. 17 Uhr hinaus. Die Uhr-zeit weiß ich jetzt nicht genau, aber bitte merken Sie es sich rein terminlich vor.

Jetzt werden wir höchstwahrscheinlich auf ein Problem stoßen. Wir wollten ja dieses Phasenmo-dell diskutieren. Ich hatte vorhin erwähnt, dass es Herr Grunwald bislang leider nicht geschafft hat, die Papiere zu fusionieren. Das war ja die Aufgabe, die er übernommen hatte. Entweder schafft er noch eine Fusionierung, die wir aber dann mangels Sitzung nicht beliebig abstimmen können, oder wir müssten mit den drei Papieren als Mitteilung in die Sitzung mit der AG 1 hin-eingehen. Das sind das Papier Kleemann und Kollegen, das Papier von Ihnen, Herr Fischer, und das Papier von Herrn Grunwald und mir. Dann gehen wir halt damit hinein, aber wir soll-ten den Diskussionsstand darstellen, den wir dar-aus generiert haben.

Ich möchte gleich in die Diskussion übergehen, aber noch feststellen: Aus der AG 1, insbesondere aus Diskussionen mit Herrn Gaßner, habe ich ge-lernt, dass dort das Durchdenken am Prozess und an den Rollen, wie wir es in unserer eigenen Dis-kussion vollzogen haben, noch nicht so klar an-gekommen ist. Es gibt ganz viele Fragen, die ge-

nau auf den Prozess zulaufen, aber es wird sicherlich wichtig sein, vom Prozess her durchzumarschieren, und es gibt ein paar Punkte, die möglicherweise zur Diskussion an dem führen, was wir uns überlegt haben.

Der eine Punkt ist: Wir hatten ja gesagt, es gibt nach dem Gesetz nur einen Bericht des Vorhabenträgers, in dem sowohl vorgeführt ist, wie man auf die ungefähr 30 besser geeigneten Regionen kommt, als auch die Begründung für die Auswahl der sechs, sieben oberirdisch zu erkundenden Standorte enthalten ist. Da gibt es zum Beispiel die Überlegung von Herrn Gaßner, es sei viel besser in der Öffentlichkeit vermittelbar, schon einmal zu diskutieren, wenn man viele Standorte hat. Da ist eine Meinungsbildung zu der Frage: Wo machen wir jetzt wie Öffentlichkeitsbeteiligung? Sein Argument ist aus irgendeiner Erfahrung, die er einmal in Sachsen gemacht hat: Wenn man viele Standorte hat, muss man nicht am Standort diskutieren, sondern kann in der Landeshauptstadt diskutieren. Ich bezweifle, ob das eins zu eins auf unser Thema zu übertragen ist.

Einen zweiten Punkt hat Frau Staudte in einer Diskussion genannt. Herr Grunwald und ich haben in unser Papier geschrieben, dass der Vorhabenträger für sich arbeitet und arbeiten muss, weil er ja erst einmal Arbeiten anwenden und seinen Bericht schreiben muss und erst mit der Veröffentlichung des Berichts des Vorhabenträgers die Diskussion a) beim Bundesamt für Entsorgung und b) in der Öffentlichkeit anfängt. Insofern gibt es teilweise andere Vorstellungen, die heißen, dass die Aktionen des Vorhabenträgers, also die Stufen, die in den beiden anderen Papieren sehr detailliert beschreiben sind - erst einmal Ausschlusskriterien, dann Mindestkriterien, dann Abwägungskriterien, praktisch alles - schon öffentlich laufen müssen, sodass man also darüber diskutieren muss, wie der Vorhabenträger zu seiner Entscheidung kommt.

Das sind mögliche Diskussionspunkte, die wir aus dem, was ich gehört habe, aufschlagen. Möglicherweise hat der eine oder andere von Ihnen auch noch Punkte gehört.

Das ist meine ganze Kenntnis, die ich zur Vorbereitung einspeisen kann. Jetzt müssten wir einfach diskutieren, was wir machen. - Herr Pegel!

Min Christian Pegel: Ich habe bisher auch die Protagonisten der AG 1 in der Kommission als relativ diskussionsfreudig erlebt. Ich wäre dankbar, wenn es in einer Runde davor - ich glaube, das muss vorgeschaltet sein - eine gewisse Grundabstimmung gäbe, die der Schnittstellenklärung dient. Wenn es dazu führt, dass wir alle Papiere, die wir hineingeben, komplett ein zweites Mal in einer gemeinsamen AG diskutieren, um dies dann ein drittes Mal in der Gesamtkommission zu besprechen, dann - so meine Sorge - kommen wir auf keinen grünen Zweig. Deshalb finde ich es richtig, einmal sehr genau zu beschreiben, was eigentlich unsere Erwartungshaltung ist, was die Erwartungshaltung der AG 1 sein kann, und möglicherweise hinterher noch einmal zu gemeinsam zu fokussieren, was eine solche gemeinsame Sitzung bringt.

Meine bisherige Einschätzung war, um es vorsichtig zu formulieren, dass möglicherweise die AG 1 unsere Papiere an dieser oder jener Stelle anders wünschen würde - dann hätte jeder von ihnen hier Mitglied sein können - und dass man in der Kommission mit Sicherheit alles noch einmal hochkant stellen kann, sich aber vor allen Dingen in einem Prozess überlegen muss: Wo gehen sie auf der Grundlage unserer Dinge in der Öffentlichkeitsarbeit bewusster vor, um das öffentlich in Sturm zu stellen? Umgekehrt muss es für uns wichtig sein zu wissen, wann sie in Sturm stellen und welche Mechanismen sie dabei anwenden wollen, um ein Gefühl dafür zu bekommen, was wir möglicherweise noch ergänzend tun müssen. Wenn sie zum Beispiel auf das Internet verzichten, sind wir vielleicht diejenigen, die es in einen Blog stellen müssen. Oder umgekehrt: Wäre das deren vornehmliche Vorgehensweise mit Jugendlichen, würden nur Laien angesprochen, müssten wir überlegen, ob es noch Anknüpfungspunkte unsererseits gibt, um mit der Wissenschaftsszene ins Gespräch zu kommen.

Das stelle ich mir unter einer Schnittstellendiskussion an dieser Stelle vor. Ich habe eine gewisse Sorge, dass das große Ganze - - dass es

quasi eine kleine Kommissionssitzung wird. Dann haben wir, glaube ich, keinen echten Ertrag, und dann ist auch das Zeitfenster, das wir ins Auge gefasst haben, zu klein.

Ich möchte sehr dafür werben, auch wenn ich mir vorstelle, dass das kein ganz einfaches Gespräch ist, dass sich die Vorsitzenden auf einen solchen Kanon einigen. Beide beteiligten AGs müssten dann auch versuchen, diesen Kanon einzuhalten. Man müsste vermutlich mit einer etwas restriktiveren Sitzungsleitung als sonst in der AG völlig zu Recht üblich versuchen, es immer wieder auf diesen Punkt zu bringen. Ansonsten haben wir eine komplett „aufgenudelte“, neue Debatte. Die Gefahr ist: Die haben auch eine komplett „aufgenudelte“, neue Debatte über die Aufgaben, für die sie bisher vorgearbeitet haben. Das kann am Ende wiederum nur Kommissionsarbeit sein. Ansonsten machen wir alles dreimal. Zweimal ist viel, das ist aber okay, aber dreimal erscheint mir einmal zu viel, und dann kriegen wir auch nichts gebacken. - Darum möchte ich bitten. Ich weiß, dass das schwer ist, ich möchte trotzdem dafür werben.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Kudla! - Herr Fischer, hatten Sie sich auch gemeldet?

(Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich bin zurückhaltend! Sie wissen es ja! -Heiterkeit)

Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich bin ja auch Mitglied in der AG 1, und ich war in der Sitzung anwesend, in der festgelegt wurde, dass eine gemeinsame Sitzung stattfinden sollte. Sie haben den Knackpunkt, um den es geht, schon genannt, aber ich möchte ihn noch etwas pointierter herausarbeiten.

In der ersten Phase des Standortauswahlverfahrens sollen die Regionen identifiziert werden. Da geisterte die Zahl 30 herum. Nach Standortauswahlgesetz soll der Vorhabenträger, nachdem er die Regionen identifiziert hat, sofort Abwägungskriterien anwenden und - ich sage jetzt einmal - sieben Standorte vorschlagen, die oberirdisch erkundet werden.

Bisher war es so vorgesehen, dass eine Öffentlichkeitsbeteiligung dann an den Standorten stattfinden soll, die oberirdisch erkundet werden sollen. So habe ich das Standortauswahlgesetz gelesen, und ich glaube, dass die meisten es so gelesen haben.

Die AG 1 sagt jetzt mit einigen Protagonisten darin: Das reicht nicht; es muss eine Öffentlichkeitsbeteiligung bereits in allen Regionen erfolgen. Der Vorhabenträger darf nicht sagen: An diesen sieben Standorten soll oberirdisch erkundet werden, sondern er muss im ersten Schritt sagen: Ich habe 30 Regionen ausgewählt, und dann muss er in 30 Regionen eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen.

Ich halte das, muss ich sagen, nicht für notwendig, weil die Daten auf deren Grundlage der Vorhabenträger die 30 Regionen auswählt und auf deren Grundlage er dann daraus die sieben Standorte für die oberirdische Erkundung auswählt, die gleichen sind. Dazwischen wird ja nichts näher erkundet. Die Datengrundlage ist die gleiche. Deswegen halte ich es an sich für ausreichend, wenn an den sieben Standorten für die oberirdische Erkundung eine Bürgerbeteiligung erfolgt.

Da ist man aber während dem in der AG 1 anderer Meinung, und das sollte eben mit der AG 3 diskutiert werden.

Vorsitzender Michael Sailer: Erst Herr Fischer und dann Herr Pegel!

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich kann zurückziehen, weil ich quasi das sagen wollte, was Herr Kudla eben gesagt hat. Ich habe einen ähnlichen Informationsstand von Herrn Jäger bekommen. Aber Sie waren selber dabei.

Min Christian Pegel: Ich würde mich momentan, weil ich nicht in der AG 1 mitgearbeitet habe und bewusst gesagt habe, dass ich nur einmal Kraft investieren kann und das hier tun möchte, mit der Bewertung ein bisschen zurückhalten.

Wir würden in der Tat das Argument einbringen zu sagen: Wir gehen davon aus, dass der Informa-

tionsgewinn inzwischen ein geringer ist. Umgekehrt kann ich mir abstrakt von außen vorstellen, dass man sagt: Bei 30 Regionen vergeht eine gewisse Zeit, bis es sieben sind. Es gibt eine Menge Unruhe; die kann man begleiten. Da will ich jetzt weder pro noch kontra sprechen. Möglicherweise sind die sieben, die endausgewählt werden, leichter zu befrieden, wenn man den 31 gesagt hat, welchen Prozess man macht.

Ich würde aber - mit aller Vorsicht formuliert - ungern diese Diskussion noch einmal komplett in die AG 3 ziehen wollen, weil wir an der Stelle sagen können, welche Grundlage wir haben. Wie damit öffentlich umgegangen wird, können wir in der Kommission noch einmal diskutieren. Dort werden wir ja unseren Bericht ebenso wie den der AG 1 noch einmal kritisch reflektieren. - Ob ich da wirklich der Richtige bin? Ich habe ein Bauchgefühl diesbezüglich, aber ich habe ja jetzt rund 15 Sitzungen der AG 1 nicht mitgemacht. Wenn man die Vorgeschichte nicht hat, fände ich es nicht leicht, sich endgültig festzulegen. Wir können versuchen zu vermitteln, was wir glauben, was die Datengrundlage ist, aber wenn jemand sagt, die gleiche Datengrundlage sei wurst, psychologisch sei es wichtig, dass zweimal mitgenommen wird, würde ich mich dem nicht entgegenstellen wollen.

Jetzt sind Sie in einer anderen Rolle, weil Sie in beiden AGs waren. Ich würde mir ein bisschen mehr Zurückhaltung auferlegen. Darüber würde ich erst in der Kommission intensiver diskutieren, weil wir nach meinem Gefühl nur die Schnittstelle beschreiben können. Sonst tue ich ja genau das, was ich umgekehrt an Sorge habe, und greife massiv in die Arbeit der AG 1 ein und sage denen nach 15 Sitzungen: Und jetzt bin ich nach zwei Stunden anderer Meinung. In der Kommission ist es ja schon schwer genug, wenn es dort passiert. Umgekehrt wäre es dann deren Berechtigung zu sagen: Jetzt reden wir einmal über eure Kriterien; die sind eigentlich so mistig, die kriegen wir öffentlichkeitsmäßig gar nicht verkauft.

Ich hatte mehr gehofft, dass wir eher in den frühen Stadien, nämlich bis wir unseren Bericht machen, mit ihnen ein Schnittstellengespräch führen und sagen: Im Januar gehen wir raus; wir

würden aber gern das Technische bringen, das Inhaltliche, und ihr bringt das Konzept darauf. - Das wäre meine Überlegung. - Und ihr müsst uns einmal sagen, was ihr denn im Mai, im Juli machen wollt, wo wir mit unseren Inhalten sein müssen, damit sie zu eurem Öffentlichkeitsbeteiligungskonzept passen.

Ich schaue ganz stark bei der AG 1 - die machen natürlich einen Entwurf -: Wie müsste eine künftige Entwicklung nach dem Abschluss unserer Arbeit in der Öffentlichkeitsbeteiligung weitergehen? Darüber können wir in der Kommission gern gemeinsam debattieren, aber zwischen den AGs hatte ich es zunächst als Schnittstellenbeschreibung und so verstanden, dass bis zu unserem Bericht eine Zusammenarbeit und ein Immer-wieder-Zusammenführen unserer Arbeit erforderlich ist.

Wenn Sie ein solches Vorsitzendengespräch führen und man sich hinterher hier so darüber einig werden sollte, wäre ich auch für ein Rücksignal dorthin dankbar. Das andere ist eher etwas, was wir in der Kommission gern debattieren. Um ehrlich zu sein, habe ich mit meinem laienhaften Verständnis momentan Sorge zu sagen, als AG 3 haben wir ein festgefügtes Bild, wobei ich nicht sicher bin, ob das unsere Arbeit negativ oder positiv beeinflusst. Wir können hinterher Leute auch zweimal anhören. Das macht den Prozess, den wir vorschlagen, vielleicht langsamer, aber nicht schlechter, hoffe ich.

Vorsitzender Michael Sailer: Gut. - Herr Backmann und dann Uli Kleemann.

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann: Die Frage, wie weit wir uns annähern, hängt für mich stark davon ab - da wäre für mich dann auch Raum für Kompromisse -, welche Form der Öffentlichkeitsbeteiligung der AG 1 vorschwebt.

Wir haben im Moment in dieser AG - das war für mich auch immer noch ein Merkposten - eine relativ restriktive erste Phase, was die Transparenz angeht. Da sehe ich durchaus noch ein bisschen Luft nach oben. Andererseits muss es auch der Sache angemessen sein. 30 Regionen - es ist ja nicht mehr passiert, als dass sie auf der Karte einmal näher in den Blick genommen werden. Es

passiert noch nichts wirklich vor Ort. Ich würde daher eine Öffentlichkeitsbeteiligung im Sinne von Debatten mit den Bürgern oder Ähnliches noch nicht als angemessen erachten, aber ich kann mir an der Stelle gut vorstellen, dass man eine Karte veröffentlicht, sagt, welche Regionen in die engere Auswahl gekommen sind, und dass man die Bürger auch darüber informiert, was das eigentlich für die Regionen heißt.

Dr. Ulrich Kleemann: Wie gefährlich solche Diskussionen in einer frühen Phase sind, hat man gesehen, als die BGR die Tonstudie erstellt hat und dann eine Karte kursierte und sich spontan überall Bürgerinitiativen gebildet haben. Das geht ja sehr schnell.

Ich teile die Sorge von Herrn Pegel, dass wir diese gemeinsame Sitzung ein bisschen strukturieren müssen. Dazu gehört meines Erachtens wirklich, dass wir noch einmal unseren Prozess zu Papier bringen, die Quintessenz oder Synthese aus diesen Papieren, zumindest in einer grafischen Form, damit wir vorlegen können, worüber wir überhaupt reden, welche Phasen, welche Schritte, welche Kriterien wann zum Tragen kommen und was wir zu dem Zeitpunkt haben, damit man das mit der Öffentlichkeitsarbeit verschneiden kann. Ich denke, wir sollten das unbedingt haben. Das muss noch nicht als fertiges Papier ausformuliert sein. Ich würde mich auch bereiterklären, es zu versuchen.

Vorsitzender Michael Sailer: Das Problem ist Folgendes - ich habe die beiden Wortmeldungen gesehen, aber ich muss noch eine Erschwernis einspielen -: Ich bin am 2. Oktober nicht da. Das geht bei mir nicht. Herr Grunwald ist da, aber Herr Grunwald hat die heutige Diskussion nicht miterlebt. Daher meine Bitte an einige von Ihnen, an der Stelle ein kräftiges Link zu spielen. - Aber jetzt nur als Einspielung sozusagen noch eine Spezialaufgabe. - Herr Kudla!

Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich möchte noch einmal darlegen, warum ich an sich gegen den Vorschlag der AG 1 bin, in 30 Regionen eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Der Vorhabenträger sucht die - sagen wir - 30 Regionen aus, wägt dann ab und zieht sieben Regionen heraus, in denen die Oberflächenerkundung erfolgen soll. Das geschieht quasi in einem Schritt und wird in einem Bericht dargelegt, und es soll auch nicht vorher herauskommen: Jetzt hat der Vorhabenträger 30 Regionen ausgewählt, und in einem Dreivierteljahr ist es soweit, dass sieben Standorte für die oberflächige Erkundung ausgewählt sind. - So soll es nicht sein.

Dadurch, dass in einem Bericht die Auswahl der Regionen und der oberflächlich zu erkundenden Standorte dargelegt wird, ist es nicht notwendig, in den verbleibenden 23 Regionen Unruhe zu erzeugen und eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Bei den Standorten, die für die Oberflächenerkundung ausgewählt worden sind, muss eine Bürgerbeteiligung erfolgen. Die Bürger werden sehr wohl nachschauen, aus welchem Grund dieser Standort für eine Oberflächenerkundung ausgewählt worden ist, und der Vorhabenträger muss plausibel darlegen, warum er aus den 30 zu den sieben Standorten gekommen ist. Da kann der eine oder andere Bürger oder die eine oder andere Initiative nach wie vor sagen: Halt! Die sieben Standorte sind nicht die richtigen. Ihr müsst die Standorte 21 und 25 noch einbeziehen. - Das ist nach wie vor möglich.

Deswegen bin ich an sich gegen eine so große Öffentlichkeitsbeteiligung, weil das nur Unruhe und Unfrieden erzeugt.

Vorsitzender Michael Sailer: Jetzt ist als Nächster Herr Pick an der Reihe und dann Herr Fischer.

Dr. Thomas Pick: Thomas Pick noch einmal für Herrn Wenzel. § 4 Abs. 2 Nr. 5 StandAG sagt ja ganz klar, dass die Kommission Vorschläge zur Öffentlichkeitsbeteiligung machen soll. Von daher ist der Impetus da, dass sich die Arbeitsgruppe 3 Gedanken darüber macht, wie sie das gestalten will und wo die Öffentlichkeitsbeteiligung ansetzen soll. Aus unserer Sicht sollte man den Fokus eher weiter als enger machen sollte. Das hat mit Erfahrungen in unserem Land zu tun. Ich kann dazu auch noch ein Beispiel nennen.

Die Firma Prognos hat in Bezug auf die Workshops, die sie veranstalten will, alle Landkreise angeschrieben. Sie hat auch geschrieben: „Als regionale Öffentlichkeit will die Kommission alle Regionen beteiligen, die derzeit von der Lagerung radioaktiver Abfälle betroffen sind.“ Demnach ist jeder Landkreis zum jetzigen Zeitpunkt betroffen. Das ist ja auch nicht ganz falsch. Das hat dazu geführt, dass bei uns Anfragen von Landkreisen eingegangen sind - beim Landesamt notabenelemente -, man solle doch einmal sagen, welche Geologie denn bei ihnen vorläge, weil hier ja ein Endlager gebaut werden sollte.

Die Erfahrung zeigt also: Je mehr man im Dunkeln lässt, umso mehr Spekulationen treten auf.

Vorsitzender Michael Sailer: Man kann auch über Organisation mit Leuten, die kein Gefühl dafür haben, in welchen Fettnapf-Regionen sie sich bewegen, reden.

(Heiterkeit)

Das haben wir auf dem Flur gerade zu der gleichen Geschichte - - Herr Fischer!

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich bin da eigentlich bei Herrn Kudla. Wir haben recht klar gesagt: Der Bericht am Ende der Phase 1 ist der erste Punkt, bei dem eine Entscheidung darüber gefallen ist, was als Nächstes passieren soll.

Begeben wir uns nichtsdestotrotz einmal einen Schritt zurück, und überlegen wir uns: Was könnte im Vorfeld eigentlich passieren? Soll eine Diskussion im Vorfeld, in der Öffentlichkeit, bei 30 Regionen unseren Auswahlprozess noch einmal verändern? Das kann ja nicht sein; denn den haben wir ja im Gesetz festgeschrieben.

Das Einzige, was man sich vorstellen könnte, ist, dass für den letzten Teilschritt in dieser Phase 1, nämlich für die Abwägung, welche Standorte für die obertägige Erkundung ausgewählt werden sollen, die vorhin diskutierte verbal-argumentative Begründung noch irgendwie einen Input bekommt; denn ansonsten kann ja nicht mehr passieren.

Ich habe aus dem, was in der Arbeitsgruppe 1 diskutiert worden ist - vielleicht können Sie das bestätigen oder dementieren -, gehört, dass man sich dort eher mit dem Gedanken angefreundet hat, nicht in jede einzelne Region zu gehen, sondern möglicherweise Regionen zusammenzufassen und zu sagen: Dann diskutieren wir einmal in solchen Gruppen von Regionen, wie denn dieser Prozess aufgesetzt worden ist. Das wäre vielleicht in irgendeiner Art und Weise eine Kompromissformel, wenn es denn dann so sein sollte, aber grundsätzlich glaube ich, dass unser Prozess klar vorgibt: Am Ende der Phase 1 muss etwas auf den Tisch und muss etwas in die Öffentlichkeit.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Backmann!

Dr. Dr. Jan Leonhard Backmann: Ich stelle mir vor, dass als erster Schritt eine Karte mit der Anwendung der Kriterien vorliegt und dass diese von großem Interesse für alle ist, die sich mit der Endlagersuche beschäftigen. Ja, man muss nicht in die einzelnen betroffenen Regionen gehen, aber man kann diese Karte veröffentlichen, und ich glaube auch, dass diese schon einen Erkenntniswert hat, beispielsweise im Hinblick auf die Fragen: Gibt es eine regionale Häufung? Hängt das möglicherweise damit zusammen, dass die Datendichte - das war ja hier in der Kommissionsarbeit auch immer wieder ein Thema - eben in manchen Regionen Deutschlands besser ist als in anderen?

Man kann durchaus eine Öffentlichkeitsbeteiligung dergestalt machen, dass man die Karte veröffentlicht und zum Beispiel ein Online-Verfahren oder Ähnliches wählt. Dann muss man nicht in 30 Regionen gehen, aber es findet zumindest eine Information der Bevölkerung und in gewissem Rahmen eine Debatte statt. Das ist, so finde ich, der Sache durchaus angemessen.

Vorsitzender Michael Sailer: Herr Hart!

MinR Peter Hart (BMUB): Vielen Dank, Herr Sailer. Ich will jetzt nicht zur Verwirrung beitragen, aber einen Gesichtspunkt erwähnen, der schon vor Phase 1 oder laufend zu Phase 1 zu einer gewissen öffentlichen Sensibilisierung führen

könnte. Das ist der Gesichtspunkt, dass möglicherweise Standorte oder nicht auszuschließende Regionen vorab gesichert werden. Das BMUB und die Bundesregierung haben ja noch den Auftrag, eine Regelung zur Sicherung aller potenziellen Regionen vorzulegen. Jetzt fragen Sie mich nicht, wie die aussehen kann, aber wenn wir so etwas vorlegen - ich hoffe, dass wir das können -, dann könnte das dazu führen, dass bestimmte Regionen schon vor Phase 1 oder laufend zu Phase 1 sensibilisiert sind.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja, das darf man nicht vergessen. Gerade die Nachricht nach Niedersachsen: Das Thema Veränderungssperre geht sonst nicht so richtig.

Mir liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor. Ich habe das Angebot des Kollegen Kleemann, dass er versucht, die Fassung zu machen. Herr Landsmann, ich würde Sie bitten, falls die Dokumente von Herrn Fischer und von Herrn Grunwald jetzt nur als PDF verteilt wurden, das noch einmal in einer brauchbaren Fassung, sprich in einer Word-Fassung oder so, möglichst schnell an Herrn Kleemann weiterzugeben; denn bis zum 2. Oktober sind nur acht Arbeitstage Zeit.

Dr. Ulrich Kleemann: Ich würde jetzt noch kein fertiges Papier machen, sondern nur dieses Schema, nicht wahr?

Vorsitzender Michael Sailer: Eine Hilfsskizze für genau diesen Zweck. Die können wir sicherlich irgendwann weiterentwickelt verwenden, also die Arbeit synergienmäßig nutzen.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Wir haben aber die Diskussion noch nicht beendet, inwieweit wir nur Symbolik oder Karten verwenden usw. Insofern sind wir noch in der Pflicht, etwas auszudiskutieren.

Vorsitzender Michael Sailer: Also vorsichtig sein!

Dr. Ulrich Kleemann: Wir haben es auch heute wieder gesehen: Man braucht so etwas als Diskussionsgrundlage.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja, sonst geht es nicht. Ich finde es ja auch okay. Du hast wahrscheinlich noch die Vorsichtsdiskussion, die wir auch hatten, im Ohr. Also bitte eher nicht mit Karten, sondern mit einem Flipchart oder etwas Ähnlichem.

(Zuruf)

- Wir hatten ja gesagt: In das richtige Papier kommen abstrahierte Karten. Das hatten wir anhand Ihres Beitrags diskutiert. Das sehe ich für den Bericht auch nach wie vor als richtig an. Es ist nur die Frage, was wir mit der AG 1 in zehn Tagen diskutieren. Nur dafür. - Gut.

Bitte daran denken, dass Sie mich ein bisschen unterstützen. Ich werde zwar morgen oder übermorgen mit Herrn Grunwald lange dazu telefonieren, aber es ist weniger gut, als es selbst mitbekommen zu haben.

Dann haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Tagesordnungspunkt 8 Inhaltsverzeichnis für Kapitel der AG 3 im Endbericht

Vorsitzender Michael Sailer: Sie haben es alle immer einmal wieder gesehen, dass es ein halbamtliches, offizielles Inhaltsverzeichnis für das Gesamte gibt. Lassen Sie es uns konzentriert probieren. Vielleicht müssen wir die Luft kurz ausperren, damit die Akustik auch draußen bleibt.

(Widerspruch)

- Wir können ja in Intervallen lüften. Die Konzentration ist nach einem so langen Tag einfach ein Problem.

Sie kennen alle - das haben wir jetzt nicht verteilt - das Inhaltsverzeichnis des Gesamtberichts, wo wir dann zwischen wichtigen ethischen und vergangenheitsbewältigenden und technikkritischen Kapiteln auch etwas sagen dürfen, also nicht in einem gesamten Kapitel, sondern irgendwie als Anhang. Es gab in der letzten Kommissi-

onssitzung und davor auch in der Vorsitzendenrunde die klare Ansage unsererseits - von Herrn Grunwald -: Wir wollen für die AG-3-Themen ein extra Kapitel; denn wir diskutieren das auch vom Inhalt her. Das ist jetzt zugestanden, jetzt müssen wir es aber auch ausfüllen.

Ich habe Ihnen jetzt, ehrlich gesagt, ohne Herrn Grunwald zu fragen, etwas vorlegen lassen. Herr Grundwald hat schon einmal zu einem Teil unserer Themenkomplexe so etwas Ähnliches wie Text produziert. Ich würde immer noch sagen: Wir müssen unsere fünf Themenkomplexe darstellen. Da gibt es fünf Kapitel oder auch vier, wenn zwei Themenkomplexe zusammenpassen. Wir müssen einen Überblick geben, und wir müssen unsere Spezialpunkte entsprechend gut herausstellen. Was wir gegenüber dem Nationalen Entsorgungsplan versprochen haben, dass wir uns mit den Abfällen und dem Inventar in unterschiedlicher Weise befassen, ist dabei ein Thema, wir werden sicherlich die Behälter auswählen müssen usw.

Jetzt können wir heute in der Sitzung auf keinen Fall ein Inhaltsverzeichnis so besprechen. Meine Idee ist: Die Nummerierung ist egal; unter Kapitel 1 und 2 sind jetzt andere Kapitel, die nicht aus der AG 3 kommen, zu verstehen. Das dritte Kapitel ist unser erster Themenkomplex, wie wir mit den verschiedenen Entsorgungspfaden umgehen, und ist ein Stück weit auch ein Überblick über den zweiten Themenkomplex, wie wir mit der Reversibilität umgehen, aber nur ein Stück weit Überblick, nicht insgesamt.

Das, was Ihnen jetzt als Kapitel 4 vorliegt, ist erst einmal die Phasenfrage, also die Prozessfrage, und dann eine Hinleitung zu dem, was in Kapitel 4.5 steht, zu den Entscheidungskriterien. Da haben wir, so wie wir es ja auch diskutiert haben, die geowissenschaftlichen, die gesellschaftlichen oder sozialwissenschaftlichen Kriterien, wie auch immer man das dann nennt, und noch ein Kapitel bezüglich der Funktionen der Kriterien im Auswahlverfahren eingefügt. Das ist ja das, was wir vor einer Dreiviertelstunde diskutiert haben.

Das ist jetzt noch nicht danach ausgedacht, dass wir alles, was wir in der AG 3 machen, abdecken,

weil wir einfach nicht die Zeit hatten, es auszuarbeiten. Jetzt wäre die Frage: Wenn Sie heute ad hoc noch Ideen oder Stichworte für Kapitel, die wir schreiben müssen, mitgeben wollen, würde ich Herrn Landsmann und Kollegen bitten, dass wir eine Auflistung der Kapitel bzw. Unterkapitel bekommen. Ich würde dann mit Herrn Grunwald zusammen probieren, aus dem, was wir im Kopf haben, und dem, was wir jetzt bekommen, ein vorläufiges Inhaltsverzeichnis für die AG 3-Themen zu machen. Das müssten wir eigentlich kurssieren lassen in dem Sinn, dass Sie den Entwurf, den Herr Grunwald und ich gemacht haben, kennen, bevor wir in vier Wochen unsere nächste AG 3-Sitzung haben, und dass wir dann ein vorläufiges Inhaltsverzeichnis für alle AG-3 Punkte in der Sitzung vorläufig finalisieren können. Das wird natürlich leben; man wird immer merken, dass man noch zwei Kapitel braucht, so wie wir heute gesagt haben: Wir brauchen ein Kapitel, in dem wir den ewG von der Philosophie her erklären. Das muss möglich sein, aber es ist relativ klar, wo ein solches Kapitel im Gesamtzusammenhang stehen müsste.

Das war jetzt die Herangehensweise an das Thema. Jetzt frage ich Sie, ob Sie es auch so sehen, dass wir damit weiter umgehen. Wie kommen wir also in vier Wochen zu einem vorläufig angesagten Inhaltsverzeichnis? - Ja?

Dr. Thomas Pick: Wollen Sie jetzt quasi einen Input haben, was noch fehlt?

Vorsitzender Michael Sailer: Soweit vorhanden. Das ist kein Ladenschluss, sondern nur, soweit jetzt vorhanden.

Dr. Thomas Pick: Wir würden das noch einmal inhaltlich prüfen und uns ein bisschen Zeit dafür lassen, aber was jetzt beim ersten Durchsehen aus unserer Sicht zu fehlen scheint, ist eine Möglichkeit, die Sicherheitsanforderungen zu diskutieren. Aber es kann auch sein, dass ich das nicht gefunden habe.

Vorsitzender Michael Sailer: Nein. Das ist nicht enthalten.

Dr. Thomas Pick: Der andere Punkt ist die Datengrundlage: Welche Daten liegen denn vor, auf deren Grundlage wir eine Entscheidung treffen wollen, insbesondere mit dem Hinweis auf die Heterogenität der in Deutschland vorliegenden Daten über den geologischen Untergrund?

Drittens. Die Frage der Einordnung der Zwischenlagerung wird hier als Entsorgungsoption angesprochen, aber unser Input war ja, dass man überlegt: Zwischenlagerung ist aus unserer Sicht ein Baustein der Überbrückungslagerung, der eben im Moment regulatorisch ist. Dazu gibt es hier auch kein Kapitel. Das war aber in dem Vorschlag, den wir gemacht haben, enthalten.

Vorsitzender Michael Sailer: Ich habe das wirklich nur aus zwei Kapiteln, an denen Herr Grunwald schreibt, herausdestilliert. Das hat überhaupt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich wollte es nur einmal zeigen, dass man in der Ebene hingeht. Wir brauchen aus meiner Sicht bei den Zwischenlagern - das haben wir ja mehrfach ausdiskutiert - zwei Kapitel. Wir brauchen ein Kapitel für die, die à la Holland erst einmal Zwischenlager machen wollen. Das kommt auch aus der entsprechenden Beauftragung. Das ist hier angesprochen. Und wir brauchen an einer anderen Stelle die Aussage: Liebe Leute, wir haben eine notwendige Überbrückungszwischenlagerung, und die dauert nicht nur 40,0 Jahre.

Da würde ich auch - das nächste Mal wahrscheinlich - ein Papier hereingeben, das bis dahin hoffentlich in der ESK verabschiedet ist, das man dann als Diskussionsgrundlage nehmen könnte. Wir könnten es beliebig ändern, aber wir hätten halt einen externen Input, auf den wir dann für ein solches Kapitel aufsetzen könnten.

Herr Kudla und als Zweiter Herr Fischer!

Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Als Grundlage ist das sicherlich brauchbar. Mir fällt nur auf: Der Abschnitt 4.5.2 heißt „Geowissenschaftliche Kriterien“. Das wird natürlich ein Riesenskapitel; denn dort ist alles enthalten, worüber wir diskutiert haben, sämtliche Mindestanforderungen, Abwägungskriterien, Ausschlusskriterien, alles. Das Kapitel müsste sogar eventuell noch einmal untergliedert werden. Ich weiß auch nicht, ob die

geowissenschaftlichen Kriterien nur als dritter Unterpunkt hier erscheinen sollten. Sie haben von der Gliederung her mehr oder weniger das gleiche Gewicht wie 4.7.2 - Endlagermonitoring. Dazu werden wir nicht viel schreiben. Da kommt etwas, aber das wird sehr überschaubar sein. Ich bitte noch einmal zu überlegen, ob das so richtig ist.

Ein Kapitel zum ewG muss noch hinein. Das haben wir bereits festgestellt. Dann fehlt mir noch ein Unterabschnitt zu Sicherheitsuntersuchungen. Zudem sollten alle Begriffe, die in § 4 Abs. 2 Anstrich 2 genannt sind - das ist der Absatz, in dem die wirtsgesteinsabhängigen und -unabhängigen Abwägungskriterien genannt sind -, auch in der Gliederung vorkommen, damit einer, der das sucht, es auch findet.

Vorsitzender Michael Sailer: Also der Bezug zum Auftrag,

Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ja, der Bezug, wenn das möglich ist.

Vorsitzender Sailer: soweit es Aufträge sind, die die AG 3 zu bearbeiten hatte.

Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Genau. Das scheint mir auch noch wichtig.

Als Letztes noch: Wäre es nicht günstig, wenn wir noch einen Abschnitt aufnähmen, in dem wir explizit benennen, welche Punkte aus der Öffentlichkeitsbeteiligung wir während des Standortauswahlverfahrens aufgenommen haben? Wir haben die Fachkonferenz, wir haben den Bürgerdialog Standortsuche. Wenn einer nachliest, kann er somit sehen: Aha, daraus haben die das gezogen. Ansonsten kommt von der Öffentlichkeitsbeteiligung an sich im Endbericht nicht mehr viel. Wo findet der Bürger das, bei dem er sich eingebracht hat, im Bericht wieder? Das sollte explizit genannt werden.

Vorsitzender Michael Sailer: Das Letzte würde ich aber gern von der AG 3 trennen. Manchmal muss man auch den Gesamtbericht im Auge haben. Wir sollten insgesamt etwas schreiben und

mitgeben, dass die AG-3-spezifischen Fälle deutlich gemacht werden. Das ist genauso wie mit der Frage der Vergangenheitsbewältigung, die wir auch schon diskutiert haben. Das gehört da, aus meiner Sicht, an einen passenden Platz, und es sollten nicht alle drei Seiten wieder zehn Zeilen dazu stehen. Das heißt, Herr Kudla, es gibt dann aber auch in Ihrem Sinn ab und an Sachen, die wir nicht bei uns unterbringen, die wir aber in die allgemeine Debatte oder in die allgemeinen Kapitel des Berichts noch adressieren müssen.

Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Mir geht es nur darum, dass sie untergebracht sind.

Vorsitzender Michael Sailer: Das können wir dann auch in unserem Inhaltsverzeichnis hinten unterbringen. - Herr Fischer!

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Ich denke, hiermit kann man durchaus starten. Beim ersten Durchschauen ist mir in den Sinn gekommen: Beschreiben wir eigentlich das uns zugrunde gelegte Endlagersystem mit Behältern usw.? Ich weiß es nicht; das könnte möglicherweise unter „Grundlagen und Prämissen“ beschrieben sein. Zunächst würde ich es vermissen. Aber sei's drum, Das kann man sicherlich noch auf Vollständigkeit checken und ergänzen.

Ich habe aber noch einen anderen Punkt und habe dazu die Gesamtunterlage. Gerade in den vorderen Bereichen sind viele Punkte enthalten, bei denen wir immer mit genannt sind und bei denen gesagt wird, dass wir etwas dazu beitragen sollen. Das ist fast der schwierigere Teil. Denn hier sind wir in der Arbeitsgruppe und können sagen, wie wir das machen wollen. Wir haben gerade heute Morgen gesagt, wir wollen uns insoweit zuarbeiten lassen. Hier bestimmen wir, wie das aussehen soll. Aber in den anderen Punkten müssen wir ja auch einen Prozess beschreiben, wie wir das hinbekommen. Teilweise sind das Punkte, bei denen ich mich frage, ob wir etwas doppelt oder dreifach machen. Wie sollte man das strukturieren? Dazu brauchen wir einen Prozess.

Vorsitzender Michael Sailer: Dazu ist mein Verständnis zurzeit - das von Herrn Grunwald

auch -, dass der Anstoß in der letzten Kommissionssitzung, die AG 3 wolle für ihre eigenen Sachen ein eigenes Inhaltsverzeichnis, eigentlich der Prozess ist. Ich sehe jetzt nicht ein, dass wir in diesen Text irgendetwas liefern. Der Text ist eine Einbettung für die meisten Dinge, die wir ausarbeiten, der aus meiner Sicht nicht passend ist. Aber die Vorsitzenden haben ja zu Recht gesagt: Macht bitte euern Alternativvorschlag. Wir reden jetzt über den Alternativvorschlag, mit dem wir grosso modo 90 % von dem, was ja auch seinen logischen Zusammenhang hat, aus der AG 3 in zwei, drei oder vier Kapiteln mit entsprechenden Unterkapiteln unterbauen, und da muss man an der Stelle schauen, was von den anderen Sachen noch gemacht wird, minus dem Beispiel, das Herr Kudla nannte, dass wir natürlich für allgemeine Kapitel noch Hinweise unterbringen müssen, dass wir diesbezüglich etwas machen. Aber für mich ist das Inhaltsverzeichnis in den Passagen, in denen „Geschäftsstelle“ und „AG 3“ steht - das steht fast überall in der letzten Fassung -, nicht mehr das, worüber wir reden sollten. Aber wir kriegen das in der Kommission und gerade mit dem Vorsitzenden kriegen wir das nur hin - - Der sagt: Macht einen Alternativvorschlag. Deswegen müssen wir in den nächsten AG-3-Sitzungen etwas produzieren, was wir dann auch weitergeben, und dann müssen die schauen, was sie dafür aus der alten Gliederung streichen.

Deswegen hatte ich auch vorhin die prozessualen Einleitungen gemacht. - Herr Pick, Sie sind noch an der Reihe.

Dr. Thomas Pick: Noch einmal zu dem, was Herr Kudla gesagt hat. Dass sich das, was im Gesetz vorgeschrieben ist, in der Gliederung wiederfinden muss, weil man ansonsten völlig den Weg verliert, können wir nur unterstützen. So haben wir auch unseren Vorschlag vom 6. Mai aufgebaut. Wir haben einfach nur abgeprüft, was im Gesetz steht, und dann einen Vorschlag bezüglich der Kapitel gemacht. Ihn kann man, so denke ich, recht gut als Arbeitsgrundlage verwenden, um es in das zu integrieren, was hier vorliegt.

Vorsitzender Michael Sailer: Das nehmen wir noch mit. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ist er am 6. Mai auch verteilt worden.

Dr. Thomas Pick: Ja. Aber wenn es nicht da ist, können wir es auch noch einmal zur Verfügung stellen.

Vorsitzender Michael Sailer: Gut. - Sie waren fertig. - Bitte sehr!

Dr. Ulrich Kleemann: Mir ist gerade aufgefallen, dass noch etwas fehlt. Wir haben darüber gesprochen und vorhin auch einen Beschluss dazu gefasst, dass das Nationale Entsorgungsprogramm auch in dem Bericht erwähnt werden soll, und welche Fragen sich damit verbinden.

Vorsitzender Michael Sailer: Stimmt.

Dr. Ulrich Kleemann: Das müsste auf jeden Fall ein eigener Unterpunkt sein.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja.

(Dr. Thomas Pick: Es wird immer mehr! - Das war nicht despektierlich gemeint!)

- Ja, aber es wird nicht so immer mehr. Als ich mit Herrn Grunwald überlegt habe, dass wir so intervenieren, wie ich es gerade erklärt habe, stand ja dahinter: Wir bekommen lauter zusätzliche Themen von außen. Wir können ja die Kapitel 3 und 4 in der amtlichen Gliederung - ich glaube, die sind es - lesen; wir bekommen noch 17 andere Aufgaben, die wir gar nicht für so wichtig halten, aber die Aufgaben, die wir für wichtig halten, kommen am Rande oder gar nicht vor. Deswegen die Intervention, aber deswegen können wir das auch ohne Problem so gestalten. Ich muss mich halt einmal zwei Stunden mit Herrn Grunwald hinsetzen.

Habe ich noch eine Wortmeldung übersehen? Gibt es noch eine dazu? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 9: Verschiedenes

Olaf Landsmann (Geschäftsstelle): Zuschriften hatten wir verteilt.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja, Zuschriften. Hat jemand hineingeschaut?

(Dr. Ulrich Kleemann: Ja, aber nicht gelesen! - Heiterkeit)

Ich habe, ehrlich gesagt, nicht hineingeschaut. Diejenigen von uns, die Schnellleser sind, könnten sie vielleicht ganz schnell durchgehen.

Dr. Ulrich Kleemann: Ein Vorschlag war uns früher schon einmal zugeleitet worden. Dabei geht es um die Firma, die die Zwischenlagerung quasi in das Containment der Kraftwerke machen will. Ich weiß nicht, ob man sich in dieser Runde bzw. in der Kommission überhaupt damit beschäftigen sollte.

Vorsitzender Michael Sailer: Den Herrn hatte ich auch schon ein paar Mal am Telefon.

Dr. Ulrich Kleemann: Es ist nichts Neues.

Vorsitzender Michael Sailer: Wir hatten vor drei oder vier Sitzungen Regeln festgelegt: Wir können erstens Sachen, die nicht dazugehören, nicht beantworten. Die Zwischenlagerung in dem Sinn, in dem er sie anspricht, gehört nicht dazu. Wir können zweitens Dinge nicht beantworten, die letztendlich erst durch den Bericht beantwortet werden. Wir können nicht Leuten einen Vorabbescheid geben, der besagt: Wir werden den Punkt, den Sie gerade vorbringen, wie folgt behandeln.

Ich muss jetzt wegen der Zuschauer - sonst müssten wir wieder nicht öffentlich tagen - abstrahieren: Die Baufirma, die eine andere Art von Zwischenlager bauen will, gehört nicht dazu, weil sie einfach zum Thema nicht dazugehört. Da müsste sich der BMUB etwas überlegen, aber ich würde es als BMUB auch nur begrenzt überlegen.

Dann blättern wir weiter durch.

Dr. Ulrich Kleemann: Der letzte Vorschlag geht in Richtung Tiefbohrung. Damit setzen wir uns auseinander.

Vorsitzender Michael Sailer: Das ist der letzte, der auf Privatpapier ist. Aber dem Kollegen können wir nur eine Antwort geben, wenn die Beurteilung der tiefen Bohrlöcher vorliegt. Er spricht

auch noch die technischen Konzepte sonstiger Art an. Das ist aber erst - -

Dann haben wir die handschriftliche. Sie ist, so wie ich das sehe, nachrichtenlos, wenn man so will, zumindest fragenlos.

Dann gibt es noch die - um es einmal so auszudrücken - sehr altertümlich maschinenschriftliche. Von dem Kollegen haben wir auch schon ein paar Mal etwas bekommen, aber er will nichts in Bezug auf die Endlagerung; er will andere Reaktortechnologien pushen. Das ist nicht unser Thema.

Dann haben wir noch eine Zuschrift auf einem weiteren Briefkopfpapier.

Dr. Ulrich Kleemann: Da ist eine Firma nicht zufrieden mit unserer Antwort.

Vorsitzender Michael Sailer: Ja. Diese Sache ist außerhalb unseres Horizonts, würde ich sagen. Wir definieren Kriterien und sagen, wie die Theorie dazu sein soll, und dann ist der Vorhabenträger gehalten zu schauen, wie er im Rahmen des Konzepts - was dann geht und auch im Gesetz umgesetzt ist - zu seinen Behältern kommt.

Die Firma möchte Behälter anbieten, aber wir sind nicht die, die entscheiden, welche Behälterkonzepte gehen. Insofern können wir da auch nichts machen.

Damit sind wir alle durchgegangen. Sie können alle nicht von uns bearbeitet werden. Ich bitte, dies entsprechend festzuhalten.

Dr. Ulrich Kleemann: Eine kleine Korrektur. Die letzte Zuschrift könnten wir schon in dem Sinne beantworten, dass wir uns mit dieser Tiefbohrlagerung beschäftigen und dass das Berücksichtigung findet. Insofern sollten wir schon kurz Nachricht geben.

Vorsitzender Michael Sailer: Kannst du eine formulieren?

Dr. Ulrich Kleemann: Dafür haben wir doch eine Geschäftsstelle. Es muss auch nur ein Satz geschrieben werden: Danke für das Schreiben; die Kommission beschäftigt sich damit, und es wird Berücksichtigung im Endbericht finden.

Vorsitzender Michael Sailer: Okay. Das kann man machen.

Damit haben wir die Zuschriften, die bis jetzt eingegangen sind, abgearbeitet. In Richtung Zuschauer gesagt: Aus Datenschutzgründen hätten wir sie eigentlich in einer nicht öffentlichen Sitzung behandeln müssen, aber sei's drum. Solange die Namen nicht genannt sind, ist der Datenschutz schon in einem gehörigen Maß befriedigt.

Zu Sonstigem unter „Verschiedenes“ liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich bedanke mich kräftig bei Ihnen und auch bei jenen, die schon gegangen sind.

(Heiterkeit)

- Nicht fürs Gehen, sondern für das intensive Mitdiskutieren. Wir sind wieder einmal ein Stück weiter, in der Hoffnung, dass wir bis Januar Vorführfähiges für den Workshop haben.

Einen guten Nachhauseweg und bis zum nächsten Mal!

(Beifall)

Die Vorsitzenden

Michael Sailer Prof. Dr. Armin Grunwald

(Ende der Sitzung: 17:20 Uhr)